

# **Die „Rosenrevolution“ in Georgien**

## **Das Ende der Ära Schewardnadse**



**Dokumentation von DW-Monitor Ost-/Südosteuropa**

**Herausgeber: Deutsche Welle**  
DW-Monitor Ost-/Südosteuropa  
Kurt-Schumacher-Str. 3  
53113 Bonn  
Fon: 0228/429-4162  
Fax: 0228/429-4195  
E-Mail: [monitor@dw-world.de](mailto:monitor@dw-world.de)  
Internet: [www.dw-world.de/monitor](http://www.dw-world.de/monitor)

**Leitung:** Felix Steiner

**Redaktion:**  
Ernst Meinhardt  
Markian Ostaptschuk  
Lydia Rahnert  
Therese Sambale

Bonn, Dezember 2003

# Inhalt

## Vorwort

## I. Die Parlamentswahlen und ihre Folgen

Georgien wählt ein neues Parlament - Präsident Eduard Schewardnadse spricht von bisher freiesten, gerechtesten und transparentesten Wahlen.....	7
Ergebnis der georgischen Parlamentswahl lässt auf sich warten – Opposition spricht von Wahlfälschung.....	8
Strafverfahren gegen georgische Oppositionsführer eingeleitet – Schewardnadse verurteilt Protestkundgebung.....	9
Mindestens fünf politische Kräfte ziehen ins georgische Parlament ein .....	10
Georgische Opposition bricht Verhandlungen mit dem Präsidenten ab .....	10
Ungewisse Zukunft - Präsident Schewardnadse sollte sich dem Wunsch nach einem Machtwechsel in Georgien beugen.....	11
Präsident Georgiens versichert sich der Hilfe des Führers Adschariens – Zu Abaschidses Verfassungsverstößen schweigt Schewardnadse.....	12
Eduard Schewardnadse fordert Opposition zu Verhandlungen auf – Proteste in Tiflis reißen nicht ab	14
Georgiens Wahlkommission schließt Wiederholung der Parlamentswahl aus – Vorläufiges Wahlergebnis nach Auszählung von 95 Prozent der Stimmen.....	14
Schließt Präsident Schewardnadse einen Rücktritt nicht mehr aus? – Georgisches Staatsoberhaupt fordert Opposition erneut zu Verhandlungen auf.....	15
Prorussische Partei „Einheit“ schließt sich der radikalen georgischen Opposition an – Druck auf Schewardnadse nimmt zu .....	16
Georgische Wahlkommission entzieht TV-Sender RUSTAWI-2 die Akkreditierung .....	17
Georgische Kirche fordert Staatsmacht und Opposition zu Verhandlungen auf .....	17
Georgisches Regierungsbündnis fordert Ergebnis der Parlamentswahl .....	18
Präsident Georgiens lehnt Rücktritt ab – Schewardnadse kündigt Verfassungsänderung an .....	18
„Bei der Computerisierung der Wählerlisten kam es zum Chaos“ – Eduard Schewardnadse fordert Untersuchungskommission .....	19
Leiter des staatlichen georgischen Rundfunks zurückgetreten – Schewardnadse mit Berichterstattung des Fernsehens unzufrieden .....	19
Endgültiges Ergebnis der Parlamentswahlen in Georgien – Opposition spricht von Fälschung und fordert Neuwahlen .....	20
„Pause auf unbestimmte Zeit“ - Mitarbeiter des georgischen Staatsfernsehens treten in den Streik....	20
„Wir dienen dem Staat, der Opposition und dem Volk“ - Georgisches Staatsfernsehen weist Kritik Schewardnadses zurück .....	21
„Der Präsident hat seine letzte Chance vertan“ - Georgische Opposition will Ergebnis der Parlamentswahlen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten .....	22
„Die Generalstaatsanwaltschaft hat völlig apolitisch zu sein“ - Stellvertretender Generalstaatsanwalt und Ehemann der georgischen Oppositionsführerin Burdschanadse legt aus Protest gegen Druck der Regierung sein Amt nieder.....	23
Eine Million Georgier fordern mit ihren Unterschriften den Rücktritt von Präsident Schewardnadse.	23
USA halten Ergebnis der georgischen Parlamentswahl für gefälscht .....	24
Schewardnadse beruft das neue Parlament für den 22.11.2003 zur ersten Sitzung ein .....	24

## II. Der Sturm auf das Parlament – Schewardnadse muss gehen

Präsident Schewardnadse zeigt sich zuversichtlich: Das Parlament wird seine Arbeit aufnehmen .....	24
Schewardnadse eröffnet die erste Sitzung des neuen Parlaments.....	26
Oppositionsführer Saakaschwili gibt Präsident Schewardnadse eine Stunde Zeit, sich den Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude zu stellen .....	26

Opposition dringt in das Parlament ein - Schewardnadse: Ich werde nicht zurücktreten .....	26
Parlamentspräsidentin Burdschanadse: Der Präsident hat dem Volk keine andere Wahl gelassen .....	27
Schewardnadse verhängt den Ausnahmezustand über ganz Georgien .....	28
Parlamentsvorsitzende Burdschanadse übernimmt vorübergehend das Präsidentenamt .....	29
„Vor einem Blutvergießen wurde ich unmissverständlich gewarnt“ - Ansprache von Verteidigungsminister Tewsadse an das Volk .....	29
Schewardnadse trifft Russlands Außenminister Iwanow .....	31
Parlamentsvorsitzende Burdschanadse: Neue Parlamentswahlen erforderlich.....	31
Eduard Schewardnadse stellt ein Ultimatum: Die besetzten Gebäude sind zu räumen - Zu Dialog mit der Opposition bereit.....	31
Schewardnadse entlässt den Chef des Nationalen Sicherheitsrates .....	33
„Ich gehe nach Hause“ - Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse gibt unter Druck sein Amt auf	33
Eduard Schewardnadse: Ich hätte schon früher gehen müssen .....	34
„Nach dem Beispiel Jugoslawiens“ - Ex-Präsident Schewardnadse wirft „einigen Botschaften“ vor, die Lage in Georgien destabilisiert zu haben .....	35
Saakaschwili: Wir sollten Schewardnadse sein normales Leben frei leben lassen - Oppositionsführer spricht sich im DW-TV gegen Strafverfolgung des Ex-Präsidenten aus .....	35
Zum Schluss das Richtige getan - Schewardnadse macht mit Rücktritt Weg für Neuanfang in Georgien frei .....	36

### III. Weichenstellungen für die staatliche Neuordnung

„Einen neuen, starken Staat aufbauen“ - Georgiens amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse kündigt Parlaments-Neuwahlen an.....	38
Micheil Saakaschwili: Die Zeit der Ein-Mann-Herrschaft in Georgien ist vorbei - Regelung der Beziehungen zu „allen georgischen Regionen“ als vorrangiges Ziel.....	39
„Oberste Priorität sind normale Beziehungen zu Russland“ – Saakaschwili rechnet mit stabilisierender Rolle Moskaus im Dialog zwischen Tiflis und Batumi.....	40
„Wir wollen die georgische Gesellschaft nicht erneut spalten“ - Übergangspräsidentin Nino Burdschanadse zu den kommenden Wahlen und dem Verhältnis zu Eduard Schewardnadse .....	40
„Die Revolution ist vorbei, jetzt müssen in Georgien Recht und Ordnung hergestellt werden“ –Surab Schwanija im ersten Interview nach seiner Ernennung zum Staatsminister .....	42
Washington erkennt georgische Interimspräsidentin Burdschanadse an – Wortlaut der Erklärung des US-Außenministeriums .....	45
Washington entsendet Beratergruppe nach Tiflis – IWF nimmt Zusammenarbeit mit Georgien wieder auf.....	46
Weltbank zur Zusammenarbeit mit neuer georgischer Regierung bereit.....	47
Georgier wählen am 4. Januar 2004 ein neues Staatsoberhaupt – Nino Burdschanadse beruft 1999 gewähltes Parlament zur außerordentlichen Sitzung ein .....	47
Georgische Parlamentswahl vom 2. November teilweise annulliert – Nino Burdschanadse fordert Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission.....	49
Tiflis hebt Ausnahmezustand in ganz Georgien auf .....	49
Georgischer Staatsminister Awtandil Dschorbenadse erklärt Rücktritt .....	50
Georgiens Innenminister Koba Nartschemaschwili stellt sein Amt zur Verfügung.....	50
Micheil Saakaschwili Präsidentschaftskandidat der georgischen Opposition – Nino Burdschanadse wird Liste bei Parlamentswahlen anführen .....	50
„In Teilen der Streitkräfte gibt es neuerdings einige Bewegungen“ - Micheil Saakaschwili warnt vor einem Putsch in Georgien .....	51
Spaltung innerhalb des Blocks „Burdschanadse – Demokraten“ – „Traditionalisten“ wollen bei den Parlamentswahlen eigenständig antreten .....	53
Neuer Innenminister für die Übergangszeit in Georgien ernannt - Auch Finanzminister tritt zurück ..	54
Surab Schwanija neuer Staatsminister Georgiens – Auch neuer Innen- und Finanzminister ernannt ..	54
Personelle Umbesetzung bei der georgischen Generalstaatsanwaltschaft .....	55
Polizeichef von Tiflis entlassen .....	56
Surab Tschiberaschili neuer Vorsitzender der georgischen Wahlkommission .....	56
Tedo Dschaparidse neuer Außenminister Georgiens .....	56

#### **IV. Gemeinsame oder getrennte Wege? – Georgiens Teilrepubliken**

„Abchasien wird seine Unabhängigkeit mit Waffen verteidigen“ – Außenminister Sergej Schamba zum künftigen georgisch-abchasischen Dialog.....	57
„Das ist eine innere Angelegenheit Georgiens“ - Premierminister Abchasiens in einem Interview für „Wremja nowostej“.....	58
Premier Abchasiens: Suchumi unterhält zur Übergangsregierung Georgiens keine Beziehungen .....	59
Ausnahmestand in der georgischen Teilrepublik Adscharien verhängt .....	59
Igor Iwanow nach Gesprächen in Adscharien wenig optimistisch .....	59
„Mit den neuen Machthabern in Tiflis kooperieren wir vorläufig nicht“ – Vertreter der Republik Adscharien in einem „Interfax“-Interview .....	60
Micheil Saakaschwili: Wir werden keine drastischen Schritte gegen Adscharien ergreifen.....	61
„Schändliches Gerede“ – Aslan Abaschidse: Adscharien wird sich nie von Georgien lösen.....	61
Landwehren in Adscharien sollen bei Bedarf ihre Familien schützen .....	62
Abaschidse rechnet bei einem offenen Konflikt zwischen Batumi und Tiflis mit Hilfe russischer Militärangehöriger – Befehlshaber der Landstreitkräfte Russlands: Grundlose Behauptung.....	62
„Unsere Standpunkte unterscheiden sich grundsätzlich“ - Präsident der abtrünnigen georgischen Republik Südossetien will von Verhandlungen und „irgendwelchen gemeinsamen Plänen“ mit den neuen Machthabern Georgiens zur Zeit nichts wissen .....	63
Südossetien lehnt Zusammenarbeit mit Tiflis nach wie vor ab – Präsident Kokojta spricht sich erneut für Beitritt zu Russland aus .....	64
Südossetien verstärkt Sicherheitsmaßnahmen an Grenze zu Georgien .....	64
„Südossetien ist ein von Georgien unabhängiger Staat“ – Die selbsternannte Republik wird nicht an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen.....	65
„Wir mischen uns in die Angelegenheiten eines benachbarten Staates nicht ein“ – Treffen der Führer Adschariens und Südossetiens in Moskau – Adscharien, Südossetien und Abchasien planen Abkommen über Festigung der Beziehungen.....	65
„Ernsthafte Wut“ - Nino Burdschanadse übt wegen Treffen von Führern georgischer Teilrepubliken mit dem russischem Außenminister heftige Kritik an Moskau .....	66

#### **V. Russland und seine strategischen Interessen**

„Eine Reihe von Fehlern in der Innen-, Außen und Wirtschaftspolitik gemacht“ - Wladimir Putin zum Machtwechsel in Georgien.....	66
„Gefahr des Bürgerkrieges ist mit dem Rücktritt von Schewardnadse nicht gebannt“ – Russische Politiker und Politologen zu den Ereignissen in Georgien .....	67
Igor Iwanow nach Gesprächen in Adscharien wenig optimistisch .....	69
„Noch musste dieser Hebel nicht eingesetzt werden“ - Georgien weiterhin von russischen Energielieferungen abhängig.....	69
Russischer Politologe Aleksandr Zipko: Für Russland sind die „Demokratie-Erstürmer“ schlimmer als Schewardnadse .....	70
„Moskau hätte sich mit jedem abfinden können, aber nicht mit Saakaschwili“ – Die Verhandlungen zwischen Moskau und Adscharien sind die erste Warnung an den „neuen Präsidenten“ .....	71
„Nur eine Föderalisierung des Landes kann Georgien retten“ - Denkt Moskau über den Anschluss von Abchasien und Südossetien an die Russische Föderation nach? .....	72
Georgien bittet Russland um Stundung von Schulden.....	73
„Wir betrachten Abchasien als Teil Georgiens“ - Außenminister Russlands Igor Iwanow zur Lage in Georgien und den russisch-georgischen Beziehungen.....	74

## *Vorwort*

Für das kleine Land im Kaukasus war es ein historischer Augenblick: Präsident Eduard Schewardnadse tritt zurück und überlässt die Macht drei jüngeren Politikern, die einst eng mit ihm zusammengearbeitet hatten, dann aber auf Distanz zum greisen Staatsoberhaupt gegangen sind. Nachdem der georgische Präsident einen ordnungsgemäßen Verlauf der Parlamentswahlen nicht garantieren konnte, viele ihm sogar vorwarfen, hinter den massiven Wahlfälschungen zu stecken, gingen Zehntausende auf die Straße und forderten seinen Rücktritt. Schewardnadse konnte sich nicht länger an der Macht halten.

Seine politischen Gegner rechnen ihm hoch an, mit seinem Amtsverzicht einen Bürgerkrieg verhindert zu haben. Der "alte Fuchs", wie ihn viele Georgier heute noch nennen, hat sich in sein Haus am Stadtrand von Tiflis zurückgezogen. Er empfängt Besucher, vor allem westliche Journalisten. Nach Deutschland ausreisen will er nicht, auch wenn ihn die Bundesregierung in Deutschland willkommen heißen würde. Die Deutschen haben nicht vergessen, welche Verdienste sich der damalige sowjetische Außenminister Schewardnadse bei der Wiedervereinigung Deutschland erworben hat.

Der DW-Monitor Ost-/Südosteuropa hat zahlreiche Quellen ausgewertet und übersetzt, welche die Ereignisse in Georgien beleuchten – die wichtigsten Texte legen wir Ihnen mit diesem Dossier „Die ‚Rosenrevolution‘ in Georgien – Das Ende der Ära Schewardnadse“ vor. Natürlich hat auch das Russische Programm von DW-RADIO laufend über die Revolution in Tiflis berichtet. Mitarbeiter der Russischen Redaktion der Deutschen Welle traten im deutschen Fernsehen als Experten auf, kommentierten den Rücktritt Schewardnadses.

Die Lage in Georgien wird auf absehbare Zeit instabil bleiben. Es droht ein Streit innerhalb der demokratischen Kräfte. Ganze Landesteile versuchen sich - mit tatkräftiger Unterstützung aus Moskau - vom georgischen Mutterland loszulösen. Da hilft es wenig, wenn amerikanische Politiker wie Donald Rumsfeld kurzfristig nach Tiflis fliegen und an Russland appellieren, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Georgiens einzumischen. Die USA sind im Kaukasus alles andere als ein ehrlicher Makler, verfolgen beim Kampf um das kaspische Öl eigene Interessen.

Nicht nur in Georgien, auch in den Nachbarstaaten im südlichen Kaukasus - in Aserbaidshan und in Armenien - bleibt die politische Lage angespannt. Auch im nördlichen Kaukasus rumort es. Tschetschenien ist noch lange nicht befriedet, auch wenn der russische Präsident Wladimir Putin dies wieder und wieder verkündet.

Weil das so ist, wird das Russische Programm von DW-RADIO mit Beginn der Sommerzeit 2004 ein sogenanntes „Kaukasus-Fenster“ eröffnen. Im Klartext: Es wird eine tägliche Zeitfunksendung geben, welche ausführlich aus und über die Region berichtet. Das Kaukasus-Fenster ist Teil einer neuen Programmphilosophie der Deutschen Welle. Im wesentlichen geht es darum, regionale Schwerpunkte zu setzen. Neben den zentralasiatischen Republiken, für die es bereits seit zwei Jahren eine Sondersendung in russischer Sprache gibt, steht nun auch die Krisenregion Kaukasus im Fokus der Programm-Macher in Bonn.

Miodrag Soric  
Chefredakteur Fremdsprachen  
Leiter Russisches Programm DW-RADIO

# I. Die Parlamentswahlen und ihre Folgen

## **Georgien wählt ein neues Parlament - Präsident Eduard Schewardnadse spricht von bisher freiesten, gerechtesten und transparentesten Wahlen**

**Tiflis, 3.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, russ., 3.11.2003

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission Georgiens nähert sich den vorläufigen Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 2. November zufolge die Stimmenanzahl, die die „Nationale Bewegung“ erhalten hat, der Stimmenanzahl des regierungsfreundlichen Blocks „Für ein neues Georgien“ an, das den vorläufigen Angaben nach führt. Die Angaben der Zentralen Wahlkommission zum Ergebnis der Parlamentswahlen aus 795 (von 2870 – MD) Wahllokalen nach dem Verhältniswahlrecht lauten:

1. Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“ – 23,1 Prozent
2. Saakaschwili – „Nationale Bewegung“ – 21 Prozent
3. Labourpartei – 15,1 Prozent
4. Union der demokratischen Wiedergeburt – 9,7 Prozent
5. Block „Burdشانadse–Demokraten“ – 8,4 Prozent
6. „Neue Rechte“ – 8 Prozent
7. „Industrie wird Georgien retten“ – 6,8 Prozent

Nach Ergebnissen einer parallelen Stimmenaushaltung, die von der Nichtregierungsorganisation „Internationale Gemeinschaft für faire Wahlen und Demokratie“ (Faire Wahlen) durchgeführt wird, liegt dem Ergebnis der Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht mit 26,6 Prozent der Stimmen die „Nationale Bewegung“ vor dem Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“, das 18,92 Prozent der Wählerstimmen erhielt. (...) (MO)

CIVIL.GE, russ., 3.11.2003

„Die Wahlen haben stattgefunden und das ist das Wichtigste. Diese Wahlen waren im Vergleich zu den bisherigen die freiesten, gerechtesten und transparentesten“, sagte der georgische Präsident Eduard Schewardnadse am Montag (3.11.) in seinem traditionellen Radiointerview im ersten Kanal des Staatlichen Rundfunks Georgiens. „Die Wähler haben ein neues Parlament gewählt, das eine historische Mission zu erfüllen hat“, betonte der Präsident.

Ihm zufolge haben die demokratischen Länder des Westens mit großem Interesse die Parlamentswahlen in Georgien beobachtet. „Der Westen und die USA werden niemals Gewalt und Unterdrückung während der Wahlen unterstützen“, erklärte der Präsident.

Der Präsident äußerte die Hoffnung, dass das neue Parlament der Gesetzgebung große Aufmerksamkeit schenken wird. Er sagte, das Land brauche ein „handlungsfähiges Legislativorgan“.

Seinen Worten nach ist es noch zu früh, von einem endgültigen Wahlergebnis zu sprechen, da die Stimmenaushaltung noch nicht abgeschlossen ist. Dem Präsidenten zufolge geben die „vorläufigen Ergebnisse das reale Bild im Lande wieder“. „Ich bin mit den Ergebnissen wirklich zufrieden. Es gab Verstöße, Ungenauigkeiten in den Wählerlisten sowie Gewalt und

Einschüchterung. Einige Abgeordneten kandidaten verletzen das Gesetz und wandten Gewalt an, was empörend ist. Aber das reale Ergebnis wird von einzelnen konkreten Verstößen nicht verändert“, sagte Eduard Schewardnadse. Der Präsident äußerte die Bereitschaft, mit dem neuen Parlament konstruktiv zusammenzuarbeiten und unterstrich, dass die bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2005 verbliebene Zeit für eine fruchtbare Arbeit genutzt werden sollte. (MO)

## **Ergebnis der georgischen Parlamentswahl lässt auf sich warten – Opposition spricht von Wahlfälschung**

**Bonn, 4.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, russ., 3.11.2003

Auch einen ganzen Tag nach Schließung der Wahllokale hat die Zentrale Wahlkommission nicht einmal die Hälfte der Stimmen der Wähler ausgezählt, die am 2. November an den Parlamentswahlen in Georgien teilgenommen haben. Nach Angaben von Vertretern der oppositionellen Kräfte – der „Nationalen Bewegung“, des Blocks „Burdschanadse–Demokraten“ und der Partei „Neue Rechte“ - ist die Verzögerung der Stimmenauszählung auf einen „Handel“ zwischen dem Regierungsbündnis und den Parteien zurückzuführen, die mit der Staatsmacht zusammenarbeiten - gemeint sind die „Industriellen“ und die „Wiedergeburt“. (...) Die Verzögerung der Stimmenauszählung begründete die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Nana Dewdariani, mit technischen Problemen. (MO)

CIVIL.GE, russ., 4.11.2003

Der Führer der „Nationalen Bewegung“, der Vorsitzende des Tifliser Stadtrates, Micheil Saakaschwili, hat den Führern der anderen oppositionellen Parteien vorgeschlagen, sich am 4. November zu treffen, um gemeinsame Schritte zu unternehmen, um Wählerstimmen zu retten und eine Wahlfälschung durch die Staatsmacht zu verhindern. „Die Regierung und der Präsident versuchen, unsere Stimmen zu stehlen. Wir, die Führer der Oppositionsparteien, müssen alles unternehmen, um unsere Wählerstimmen zu retten“, sagte Micheil Saakaschwili am 3. November.

Nach der Auszählung der Stimmen aus 44 Prozent aller Wahllokale teilte die Zentrale Wahlkommission mit, dass das Regierungsbündnis 24,3 Prozent und die „Nationale Bewegung“ 23,4 Prozent der Wählerstimmen erhielten. Den Ergebnissen einer parallelen Stimmenauszählung zufolge, die von Beobachtern der Nichtregierungsorganisation „Internationale Gemeinschaft für faire Wahlen und Demokratie“ durchgeführt wird, führt die „Nationale Bewegung“ mit 26,6 Prozent der Stimmen, gefolgt von dem Regierungsbündnis, das auf 18,9 Prozent kommt. (MO)

CIVIL.GE, russ., 4.11.2003

Die Vorsitzende des georgischen Parlaments, die Führerin des oppositionellen Wahlbündnisses „Burdschanadse–Demokraten“, Nino Burdschanadse, hat der Staatsmacht vorgeworfen, die Parlamentswahlen zu fälschen. Sie zeigte sich entschlossen, die Wählerstimmen zu retten.



„Wir sind bereit, die Stimmen unserer Wähler zu retten. Wir hatten gehofft, dass die Wahlen zu einem Machtwechsel führen und die Situation im Lande ändern werden, aber dies ist nicht eingetreten. Die Staatsmacht hat zwei Drittel der Bevölkerung des Landes das Stimmrecht genommen. Deswegen müssen wir die Wählerstimmen retten“, erklärte Nino Burdschanadse am 4. November bei einem Treffen mit den Führern der anderen Oppositionsparteien.

Die Führerin des oppositionellen Wahlbündnisses äußerte die Überzeugung, dass ihr Bündnis 15 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen konnte. Den offiziellen vorläufigen Wahlergebnissen der Zentralen Wahlkommission zufolge kommt das Bündnis auf jedoch 8,5 Prozent. (...) (MO)

## **Strafverfahren gegen georgische Oppositionsführer eingeleitet – Schewardnadse verurteilt Protestkundgebung**

**Bonn, 5.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE. russ., 5.11.2003

Die georgischen Behörden haben Strafverfahren gegen Führer der Opposition eingeleitet, die am 4. November in der Innenstadt von Tiflis eine Protestkundgebung veranstaltet haben, auf der gefordert wurde, objektive Ergebnisse der Parlamentswahl zu veröffentlichen. Das gab vor Journalisten Innenminister Koba Nartschewaschwili nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates bekannt, die in der Staatskanzlei stattfand.

„Einen Grund für die Eröffnung eines Strafverfahrens gibt es. Ein solches Vorgehen gegen Personen, die zum Sturz der Staatsmacht aufrufen, kann man rechtfertigen“, sagte Koba Nartschewaschwili. Der Minister sagte jedoch nicht, gegen wen genau Strafverfahren eingeleitet wurden.

„Sie können ruhig jetzt schon zum vierten Mal ein Strafverfahren gegen uns eröffnen und sie können ruhig versuchen, uns festzunehmen. Wir haben nichts Gesetzwidriges gefordert. Wir fordern die Staatsmacht auf, reale Wahlergebnisse zu veröffentlichen“, erklärte am 5. November einer der Führer des oppositionellen Bündnisses „Burdschanadse – Demokraten“, Surab Schwanija.

Am 4. November hatte vor dem Rathaus in Tiflis eine Kundgebung der Opposition stattgefunden, an der sich Tausende von Menschen beteiligten. Die Teilnehmer der Kundgebung forderten von der Staatsmacht, gerechte Ergebnisse der Parlamentswahl zu veröffentlichen. Heute (5.11.) versammelten sich die Führer und Anhänger der Opposition in der Tifliser Philharmonie, wo sie erneut die Staatsmacht aufforderten, den Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl am 2. November anzuerkennen. (MO)

CIVIL.GE. russ., 4.11.2003

Der georgische Präsident Eduard Schewardnadse hat die Protestkundgebung der Opposition, die am 4. November vor dem Tifliser Rathaus stattfand, verurteilt. Er erklärte, die Anwendung von Gewalt gegen die Staatsmacht werde nicht geduldet.

„Die Drohung, dass, falls die eine oder andere Partei nicht einen gewissen Prozentsatz der Stimmen erhält, der Präsident abzutreten habe, wird nicht akzeptiert. Alle müssen wissen,

dass die Anwendung von Gewalt gegen die Staatsmacht vom Gesetz verfolgt wird. Wir werden zusammenarbeiten müssen, weil es keinen anderen Weg gibt. Die jetzigen Parlamentswahlen waren bisher die gerechtesten und transparentesten“, sagte Präsident Eduard Schewardnadse vor Journalisten am Abend des 4. November. Ihm zufolge fürchtet er keine Drohungen. Er forderte die Opposition auf, sich zusammenzusetzen und mit einem Dialog zu beginnen. (MO)

### **Mindestens fünf politische Kräfte ziehen ins georgische Parlament ein**

**Tiflis, 5.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

Die Vorsitzende der georgischen Zentralen Wahlkommission, Nana Dewdariani, hat erklärt, dass gemäß den vorläufigen Ergebnissen der Parlamentswahl vom 2. November bisher nur fünf politische Kräfte die Siebenprozenthürde genommen haben. Nana Dewdariani sagte heute (5.11.) auf einer Pressekonferenz, den vorläufigen Ergebnissen zufolge hätten das regierungsfreundliche Bündnis „Für ein neues Georgien“, der Block „Saakaschwili – Nationale Bewegung“, die „Union der demokratischen Wiedergeburt“, die „Labourpartei“ und das Bündnis „Burdschanadse – Demokraten“ die Siebenprozenthürde geschafft. Ihren Worten nach könnten die Parteien „Neue Rechte“ und „Industrie wird Georgien retten“ diese Hürde noch nehmen. Gemäß den Angaben aus der Zentralen Wahlkommission, die auf den Ergebnissen aus 1826 Wahllokalen basieren, führt das Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“ mit 269 938 Stimmen, gefolgt von „Saakaschwili - Nationale Bewegung“ mit 255 047 Stimmen. Die „Labourpartei“ kommt bisher auf 156 143, das Bündnis „Burdschanadse – Demokraten“ auf 100 017 und die „Union der demokratischen Wiedergeburt“ auf 71 767 Wählerstimmen. (...) (MO)

### **Georgische Opposition bricht Verhandlungen mit dem Präsidenten ab**

**Tiflis, 10.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, russ., 10.11.2003

Nach zweistündigen Verhandlungen mit dem Präsidenten Eduard Schewardnadse hat der Führer der „Nationalen Bewegung“, Micheil Saakaschwili, als Zeichen des Protests den Verhandlungssaal in der Regierungsresidenz Krzanisi (nahe Tiflis) verlassen.

„Wir haben ihm unsere Forderungen vorgetragen und er (Schewardnadse) sagte uns, dass er mit Wahlbetrug, den Fälschungen der Wählerlisten und mit den Ereignissen in Sugdidi (dort wurden Teilnehmer einer Protestkundgebung beschossen) nichts zu tun habe. Er will für nichts Verantwortung übernehmen“, sagte Micheil Saakaschwili beim Verlassen der Regierungsresidenz. „Ich habe den Präsidenten gewarnt, dass er das Land in einen Bürgerkonflikt führt“, betonte Micheil Saakaschwili. „Er lehnt Zugeständnisse ab. Er sagte mir mit erhobener Stimme, er wünsche nicht, mit mir zu sprechen“, fügte er hinzu. „Ich fordere die Bevölkerung Georgiens auf, die Protestkundgebungen gegen dieses morsche Regime fortzusetzen“, sagte Micheil Saakaschwili. Ihm zufolge erklärte der Präsident, er habe in diesen Tagen Wichtigeres zu tun und dass die Wahlen für ihn eine drittrangige Sache seien. „Ich habe gefordert, dass er die Niederlage der Staatsmacht bei den Wahlen einräumt. Er sagte darauf, wir sollten eine Kommission bilden, der Rtscheulischwili, Chasaradse,

Sarischwili (Vertreter des Regierungsblocks) und andere angehören sollen. Damit hat der Präsident das Volk ein weiteres Mal betrogen“, sagte Micheil Saakaschwili.

Zehn Minuten später verließen die Regierungsresidenz auch Surab Schwanija und Nino Burdschanadse, die zusammen mit Micheil Saakaschwili an dem Treffen mit dem Präsidenten teilgenommen hatten. (MO)

CIVIL.GE, russ., 10.11.2003

Der georgische Verteidigungsminister Dawid Tewsadse hat am 9. November erklärt, dass die Situation im Lande „faktisch außer Kontrolle geraten ist“, da Tausende Teilnehmer von Protestaktionen den Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse fordern. „Ich denke, dass das, was derzeit geschieht, schlecht ist und dass die Situation außer Kontrolle ist“, erklärte vor Journalisten Dawid Tewsadse. Die Konfrontation zwischen der Staatsmacht und der Opposition nahm zu, nachdem am 9. November die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten und den Oppositionsführern ergebnislos beendet wurden. Die Opposition wirft der georgischen Staatsmacht vor, die Parlamentswahlen, die am 2. November stattgefunden haben, zu fälschen. (MO)

### **Ungewisse Zukunft - Präsident Schewardnadse sollte sich dem Wunsch nach einem Machtwechsel in Georgien beugen**

**Bonn, 11.11.2003. DW-RADIO / Russisch, Miodrag Soric**

Die Ära Schewardnadse in Georgien geht zu Ende. Eine Woche nach den Parlamentswahlen gehen die Menschen zu Tausenden auf die Straße und fordern den Rücktritt des Präsidenten. Noch gibt der 75-jährige Politiker mit den schlohweißen Haaren dem Druck der Straße nicht nach. Doch wie lange noch vermag er sich an der Macht zu halten? Armee und Polizei verhalten sich neutral, gehen nicht übermäßig brutal gegen die demonstrierenden Menschen vor. Sollte Schewardnadse ihm ergebene Spezialtruppen gegen die Demonstranten losschicken, käme es wahrscheinlich zu einem Volksaufstand, gar zu einem Bürgerkrieg. Man kann nur hoffen, dass Schewardnadse die Zeichen der Zeit erkennt und den Weg für einen halbwegs geordneten Machtwechsel freimacht. Miodrag Soric kommentiert:

Wie konnte es soweit kommen? Letztlich gelang es dem georgischen Präsidenten nicht, die Probleme des Landes zu lösen: Zum einen entmachtete er nicht die Lokalfürsten; die Einheit des Landes ist nach wie vor gefährdet. Zum anderen vermochte Schewardnadse nicht, die ökonomische Lage Georgiens zu verbessern. Zu sowjetischen Zeiten zählte das Land zu den reichsten Republiken der UdSSR. Nach der Unabhängigkeit begann der wirtschaftliche Niedergang Georgiens. Inzwischen beträgt das offizielle Durchschnittsgehalt 50 Dollar. In der Ära Schewardnadse haben eine Million Menschen - also jeder fünfte Bürger - das Land verlassen. Die Häuser in den Vorstädten verfallen, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Praktisch täglich fällt für mehrere Stunden der Strom aus. Korruption und Vetternwirtschaft tun ein übriges. Am schlimmsten ist, dass georgische Medien der Familie Schewardnadse unterstellen, Millionensummen in die eigene Tasche zu wirtschaften. Kurzum: Das Vertrauen der Menschen zur Staatsmacht ist erschüttert.

Deshalb gingen die Georgier in großer Zahl zu den jüngsten Parlamentswahlen. Sie standen zum Teil mehrere Stunden geduldig in der Schlange, um ihr Kreuz bei einer der Oppositionsparteien zu machen. Die Menschen wollten eine rasche Veränderung. Die

Enttäuschung begann, als Zehntausende ihren Namen nicht in den Wahllisten fanden. Noch am Wahltag machte der Vorwurf der Wahlfälschung die Runde. Schnell machte sich Wut breit. Sie richtet sich vor allem an die Adresse von Schewardnadse. Er trägt für die massive Wahlfälschung die Verantwortung. Freilich fürchten die meisten Georgier das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges, der zu Beginn der 90er Jahre das Land ins Chaos stürzte. Sie hoffen, dass es zu Verhandlungen zwischen den oppositionellen Parteien, die sich um ihren Sieg gebracht sehen, und dem Präsidenten kommen wird. Die Georgier wollen einen friedlichen Machtwechsel.

Ob es den geben wird, weiß derzeit niemand. Heißsporne unter den Oppositionspolitikern, allen voran der frühere Justizminister Micheil Saakaschwili, drohen Schewardnadse mit Erschießung, lassen sich auf ernsthafte Verhandlungen, auf einen wirklichen Kompromiss gar nicht erst ein. Gemäßigten Oppositionspolitikern werfen andererseits viele Georgier vor, gegenüber Schewardnadse zu nachgiebig zu sein. Kurzum: Die Opposition ist gespalten. Schewardnadse weiß das und spielt deshalb auf Zeit.

Selbst wenn er zurücktreten würde - derzeit gibt es nur wenige Politiker, denen Schewardnadse die Macht übergeben könnte. Sei einstiger politischer Ziehsohn Surab Schwanija, genannt der "listige Fuchs", hat sich rechtzeitig auf die Seite der Opposition geschlagen. Leider macht es eine latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit der Georgier praktisch unmöglich, dass der westlich orientierte Schwanija Präsident des Kaukasus-Staates wird: Schwanijas Mutter ist armenischer Herkunft. In Georgien gilt das bei vielen als Makel, ein Beleg für die politische Rückständigkeit des Landes.

Als letzte Hoffnungsträgerin Georgiens wird immer wieder der Name Nino Burdschanadse genannt, einst Parlamentspräsidentin des Landes. Die Mutter zweier Söhne zählt - wie Schwanija - zu den gemäßigten Oppositionellen Georgiens. Doch auch in ihrer Biographie fanden viele Georgier eine vermeintliche Schwachstelle: Burdschanadses Vater war viele Jahre ein politischer Weggefährte und Freund Schewardnadses. Georgien ist ein Land, in dem Verschwörungstheorien zum politische Alltag gehören. Die frühere Freundschaft zwischen den Familien genügt, damit radikale Oppositionelle Burdschanadse unterstellen, mit Schewardnadse unter einer Decke zu stecken. Davon aber kann keine Rede sein.

Wenn Schewardnadse jetzt glaubhaft seinen Rückzug aus der Politik ankündigte und einleitete, könnte sich die politische Lage rasch entspannen. Deutschland und der Westen sind an politisch stabilen, demokratischen Verhältnissen in Georgien interessiert. Nach wie vor genießt der georgische Präsident insbesondere in Deutschland hohes Ansehen. Die Rolle, die er Anfang der 90er Jahre bei der Wiedervereinigung Deutschlands gespielt hat, ist hierzulande unvergessen.

Für Georgien gilt aber: Wie immer das Machtspiel im Kaukasus ausgehen wird, die Ära Schewardnadse geht langsam aber sicher zu Ende. (TS)

### **Präsident Georgiens versichert sich der Hilfe des Führers Adschariens – Zu Abaschidse Verfassungsverstößen schweigt Schewardnadse**

**Tiflis, 11.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Während in Tiflis Tausende von Menschen auf Protestkundgebungen den Rücktritt des Präsidenten des Landes fordern, reiste Eduard Schewardnadse am 10. November in die

Hauptstadt Adschariens, Batumi, um sich der Unterstützung des Führers der autonomen Republik, Aslan Abaschidse, zu versichern.

Nachdem in der Regierungsresidenz Krzanisi (nahe Tiflis) das Treffen des Präsidenten mit den Führern der demokratischen Opposition ergebnislos beendet wurden, sicherte Abaschidse dem Präsidenten seine volle Unterstützung bei der Bewältigung der Krise zu. Einzelheiten der Verhandlungen unter vier Augen zwischen Schewardnadse und Abaschidse wurden nicht bekannt gegeben.

„Wir standen immer Seite an Seite und wir werden Seite an Seite stehen“, erklärte Schewardnadse im Stadion in Batumi vor Anhängern der „Union der demokratischen Wiedergeburt“, einer Partei, die die Interessen der Führung Adschariens vertritt. (...) „Die Demagogie muss ein Ende nehmen“, sagte Schewardnadse und meinte damit die Führer der Opposition. „Ihnen wird es nicht gelingen, das Land aufzubauen. Nur fleißige Menschen können Georgien aufbauen. In Georgien hat der Aufbau begonnen und er ging von Adscharien aus“, unterstrich der Präsident.

Nach vorläufigen offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission Georgiens führt den Wahlergebnissen zufolge der Regierungsblock „Für ein neues Georgien“, gefolgt von der zweiten Regierungskraft, der „Union der demokratischen Wiedergeburt“.

Nach dem Sieg seiner Partei bei den Parlamentswahlen am 2. November änderte Abaschidse die Verfassung Adschariens. Gemäß den Verfassungsänderungen ist Abaschidse nun Oberhaupt des Militärs in Adscharien. Ferner nimmt sich die autonome Republik das Recht, eigene Militäreinheiten zu bilden. Diese Änderungen verstoßen gegen die Verfassung Georgiens, nach der eine autonome Republik kein Recht hat, über eigene Militärkräfte zu verfügen. Schewardnadse zog es während seines Besuches in Adscharien vor, zu dieser Frage zu schweigen, da er jetzt, wo Tausende von Menschen in Tiflis auf einer kein Ende nehmenden Protestkundgebung seinen Rücktritt fordern, einen verlässlichen Verbündeten braucht.

Beide Führer, Schewardnadse und Abaschidse, haben einen gemeinsamen Gegner, den Führer der „Nationalen Bewegung“, den Vorsitzenden des Tifliser Stadtrates, Micheil Saakaschwili. Deswegen ist jetzt nicht die richtige Zeit, die ausstehenden Steuerzahlungen Adschariens an den zentralen Staatshaushalt Georgiens zu klären. Diese Frage stand Anfang des Jahres auf der Tagsordnung und deswegen waren die Beziehungen zwischen Tiflis und Batumi gespannt.

Vor den Gesprächen mit Präsident Schewardnadse rief Abaschidse die Bevölkerung der autonomen Republik Adscharien auf, „falls die ‚Nationale Bewegung‘ an die Macht kommt, dann wird dies für uns eine Katastrophe sein. Wir werden dies nicht zulassen. Wir werden Seite an Seite mit der gesetzlichen Staatsmacht stehen und die Demokratie im Lande schützen“.

Die Führung Adschariens sicherte Präsident Schewardnadse jegliche Hilfe zu. „Wir können nach Tiflis kommen, um nicht nur unsere Wählerstimmen zu verteidigen, sondern auch Ihre (Schewardnadses Block)“, erklärte gegenüber Schewardnadse einer der Führer der „Wiedergeburt“, Dschemal Gogitidse. „Wir können Präsident Schewardnadse auch mit bewaffneten Einheiten helfen, wenn nötig können wir auch die Hilfe der russischen Truppen (ein russischer Militärstützpunkt befindet sich immer noch in Batumi) in Anspruch nehmen“, sagte am 10. November Dschemal Gogitidse im Fernsehsender „Rustawi-2“.

Später wies Schewardnadse zurück, er und Abaschidse hätten sich über eine militärische Unterstützung geeinigt. „Ich werde mir niemals erlauben, Aslan Abaschidse um militärische Hilfe zu bitten“, sagte Schewardnadse im staatlichen Fernsehen Adschariens.

Ferner hat der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow ausgeschlossen, dass sich die in Georgien stationierten russischen Truppen in die Ereignisse in Georgien nach den Wahlen einmischen werden. Iwanow sagte gegenüber russischen Medien, die russischen Militärs würden nur dann Gewalt einsetzen, wenn man sie überfallen würde. (...) (MO)

### **Eduard Schewardnadse fordert Opposition zu Verhandlungen auf – Proteste in Tiflis reißen nicht ab**

**Tiflis, 12.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der georgische Präsident Eduard Schewardnadse hat den Führern der Opposition vorgeschlagen, sich noch ein Mal zu treffen und nach Wegen zu suchen, um die Spannung im Lande zu entschärfen. Eduard Schewardnadse erklärte, dass seine politischen Gegner, die ihm Wahlfälschung vorwerfen würden, seine Mitbürger seien und er einen Dialog mit ihnen anstrebe.

Der Führer der „Nationalen Bewegung“, Micheil Saakaschwili, lehnt jedoch Verhandlungen mit Schewardnadse ab. Er erklärte, die Forderungen der Opposition müssten erfüllt werden. Die Opposition verlangt, den Sieg der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen anzuerkennen. Zudem fordert sie den Rücktritt des Präsidenten.

Der Konflikt zwischen der Staatsmacht und der Opposition verschärfte sich nach dem am 9. November gescheiterten Treffen zwischen dem Präsidenten und den Oppositionsführern Nino Burdschanadse, Surab Schwanija und Micheil Saakaschwili. Bereits fünf Tage dauert vor dem Parlamentsgebäude Tag und Nacht eine Protestkundgebung an, deren Teilnehmer der Staatsmacht Fälschung der Wahlergebnisse vorwerfen. Sie fordern außerdem den Rücktritt des Präsidenten. (MO)

### **Georgiens Wahlkommission schließt Wiederholung der Parlamentswahl aus – Vorläufiges Wahlergebnis nach Auszählung von 95 Prozent der Stimmen**

**Tiflis, 13.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Georgiens, Nana Dewdariani, hat am 12. November vor Journalisten erklärt, dass „die Durchführung neuer Wahlen unrealistisch ist“.

„Ich hoffe, dass die Führer der Opposition ebenfalls der Ansicht sind, dass es keinen Grund für eine Wiederholung der Wahlen gibt“, betonte Nana Dewdariani.

Die Führer der Opposition fordern von der Staatsmacht, den Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen am 2. November anzuerkennen. Andernfalls, so wird verlangt, müssen die Wahlen wiederholt werden.

Nach offiziellen vorläufigen Angaben der Zentralen Wahlkommission führt nach Auszählung von 95 Prozent der Wählerstimmen das Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“ mit

20,9 Prozent der Stimmen, gefolgt vom zweiten Regierungsblock „Union der demokratischen Wiedergeburt“, der auf 18,3 Prozent kommt. Auf dem dritten Platz befindet sich mit 17,4 Prozent der Stimmen die „Nationale Bewegung“. Es folgen die „Labourpartei“ mit 11,7 Prozent, der Block „Burdschanadse - Demokraten“ mit 8,9 Prozent und die „Neue Rechte“ mit 6,9 Prozent der Stimmen. Für einen Einzug ins Parlament müssen Parteien oder Bündnisse die Siebenprozenthürde überwinden. (MO)

## **Schließt Präsident Schewardnadse einen Rücktritt nicht mehr aus? – Georgisches Staatsoberhaupt fordert Opposition erneut zu Verhandlungen auf**

**Tiflis, 14.11.2003, INTERFAX, russ.**

Präsident Eduard Schewardnadse hat am Freitag (14.11.) die Führer der Opposition aufgefordert, den Dialog wieder aufzunehmen und eine Eskalation der Lage im Lande zu verhindern. „Ich bin bereit, mit allen zu reden, damit es nicht zu einem Bürgerkrieg kommt“, erklärte der georgische Präsident in einer Fernsehansprache am Freitag. „Die Ressourcen für Verhandlungen sind noch nicht erschöpft und deswegen muss man sie fortsetzen.“

Eduard Schewardnadse forderte außerdem die Bevölkerung des Landes auf, Ruhe zu bewahren. Der Präsident bat seine Landsleute, nicht an den für Freitag angekündigten Kundgebungen der radikalen Opposition in Tiflis teilzunehmen. „Man sollte die Lage nicht dramatisieren, aber man darf sie auch nicht verharmlosen, weil es sehr schwierig ist, eine Menschenmasse, die außer Kontrolle gerät, zu kontrollieren“, sagte der georgische Präsident. (...)

Zu der Forderung der Opposition nach einem Rücktritt der Führung Georgiens sagte Eduard Schewardnadse: „Man muss diese Krise gemeinsam überwinden und erst dann über einen Rücktritt des Präsidenten diskutieren. Unter diesen Bedingungen wäre ein Rücktritt meiner Meinung nach verantwortungslos“, sagte der georgische Staatschef.

Nach Ansicht von Eduard Schewardnadse ist derzeit das Wichtigste, die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 2. November zusammenzufassen, alle zugelassenen Wahlverstöße zu bereinigen und für den 22. November eine Sitzung des neuen Parlaments anzusetzen. „Und dann wird sich, wie es die Verfassung verlangt, die Frage eines Rücktritts des Präsidenten stellen“, sagte Eduard Schewardnadse. „Möglicherweise werde ich dann die Forderung nach einem Rücktritt des Präsidenten als erster unterzeichnen“, erklärte das georgische Staatsoberhaupt.

Am vergangenen Donnerstag (13.11.) hatte einer der Führer der radikalen georgischen Opposition, Micheil Saakaschwili, auf einer Kundgebung in Tiflis erklärt, die Opposition habe die Verhandlungen mit der Staatsmacht abgebrochen. Er forderte seine Anhänger auf, an Massenkundgebungen in der georgischen Hauptstadt teilzunehmen. „Alle Ressourcen für Verhandlungen mit der Staatsmacht sind erschöpft und deswegen wird am Freitag um 16 Uhr eine Massenkundgebung in Tiflis stattfinden, auf der wir den Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse fordern werden.“ (...) (MO)

## **Prorussische Partei „Einheit“ schließt sich der radikalen georgischen Opposition an – Druck auf Schewardnadse nimmt zu**

**Moskau, 14.11.2003, KOMMERSANT, russ., Wladimir Nowikow, aus Tiflis**

(...) Gestern (13.11.) hat Micheil Saakaschwili (Vorsitzender der „Nationalen Bewegung“ - MD) eindeutig erklärt, dass er keine Verhandlungen mit Eduard Schewardnadse mehr führen werde. Bei einer Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis sagte er: „Alle Ressourcen für Verhandlungen mit Schewardnadse sind erschöpft. Der Präsident braucht den Dialog mit der Opposition lediglich, um die Zeit in die Länge zu ziehen. Deshalb wird am Freitag (14.11.) in Tiflis eine große Kundgebung mit einer einzigen Forderung stattfinden – Rücktritt von Präsident Schewardnadse.“ Herr Saakaschwili rief ganz Georgien auf, sich morgen der Aktion der Opposition in Tiflis anzuschließen. „Wir werden 1 Million Unterschriften für den Rücktritt des Präsidenten sammeln, er wird keine Wahl haben“, erklärte der Vorsitzende der „Nationalen Bewegung“ überzeugt.

Der Appell von Micheil Saakaschwili wurde erhört. Gestern schlossen sich über 1000 Anhänger der Partei „Ertoba“ („Einheit“) der Kundgebung der Opposition vor dem Parlamentsgebäude Georgiens an. Ein entsprechender Beschluss war bei dem am Vortag stattgefundenen Kongress der Partei gefasst worden. In seiner Rede vor den Kongressteilnehmern hatte der Vorsitzende der Partei „Einheit“, der Parlamentsabgeordnete und ehemalige erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens, Dschumber Patiaschwili, erklärt: „Die Partei ‚Einheit‘ ist mit denen, die den Rücktritt des Präsidenten fordern. Heute vereint die Opposition eins – Schewardnadse muss gehen.“

Der Wechsel der Partei von Dschumber Patiaschwili, der der wichtigste Rivale von Eduard Schewardnadse bei den Präsidentschaftswahlen in den Jahren 1995 und 2000 war, auf die Seite der radikalen Opposition bringt ein neues Element in die georgische Konfrontation. Haben doch bis jetzt den Rücktritt von Herrn Schewardnadse hauptsächlich Kräfte gefordert, die als prowestlich betrachtet werden. Die georgische „Einheit“ wird jedoch gewöhnlich als prorussische Partei bezeichnet.

Ebenfalls gestern hat Dschumber Patiaschwili eine sensationelle Erklärung abgegeben, die Präsident Schewardnadse in eine schwierige Lage versetzt. Herr Patiaschwili, der das Amt des ersten Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens nach der blutigen Auflösung der Kundgebung in Tiflis am 9. April 1989 durch die sowjetischen Truppen niederlegte, hat allein Eduard Schewardnadse für diese Tragödie verantwortlich gemacht. Herr Patiaschwili teilte mit, dass das Flugzeug mit Eduard Schewardnadse an Bord am 8. April einige Stunden vor der Auflösung der Kundgebung heimlich in Tiflis gelandet sei. Bis gestern war das in Georgien niemandem bekannt. Dschumber Patiaschwili hat bereits versprochen, mit Eduard Schewardnadse „von Mann zu Mann zu sprechen“, sollte dieser seine Schuld nicht zugeben.

Damit nimmt der Druck der Opposition auf Eduard Schewardnadse zu. In Tiflis heißt es immer häufiger, dass die Machthaber sich in dieser Situation zu harten Maßnahmen gegen die Opposition entscheiden könnten, für die unter anderem der Präsident Adschariens Aslan Abaschidse plädiert. Das würde die Konfrontation in Georgien jedoch lediglich zuspitzen. Lokale Beobachter gehen davon aus, dass ein Teil der bewaffneten Verbände, der seit vielen Monaten keinen Sold mehr bekommt, im Falle der Gewaltanwendung durch die Machthaber auf die Seite der Opposition wechseln könnte. Dann wird Georgien an der Schwelle eines Bürgerkrieges stehen. (...) (lr)



## **Georgische Wahlkommission entzieht TV-Sender RUSTAWI-2 die Akkreditierung**

**Tiflis, 14.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Die Zentrale Wahlkommission Georgiens, die immer noch nicht das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 2. November vorlegen kann, hat am 13. November beschlossen, der unabhängigen Fernsehgesellschaft „Rustawi-2“ die Akkreditierung zu entziehen, was zur Folge hat, dass die Journalisten dieses Fernsehsenders nicht mehr aus dem Gebäude der Zentralen Wahlkommission berichten können.

Die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission, die diesen Beschluss befürworteten, werfen der unabhängigen Fernsehgesellschaft vor, die Zentrale Wahlkommission unter Druck zu setzen, und zwar mit der Ausstrahlung eines Videoclips der regierungsfeindlichen Jugendbewegung „Kmara“, die die Vertreter der Zentralen Wahlkommission aufruft, der Staatsmacht bei der Fälschung der Ergebnisse der Parlamentswahl nicht behilflich zu sein.

Der Beschluss der Zentralen Wahlkommission wurde nur von den Vertretern der „Nationalen Bewegung“, des Blocks „Burdschanadse - Demokraten“ und der „Neuen Rechten“ abgelehnt. Die restlichen 12 Mitglieder der Zentralen Wahlkommission und die Kommissionsvorsitzende Nana Dewdariani votierten dafür, der unabhängigen Fernsehgesellschaft die Akkreditierung zu entziehen. (MO)

## **Georgische Kirche fordert Staatsmacht und Opposition zu Verhandlungen auf**

**Tiflis, 13.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

Erklärung des Katholikos-Patriarchen von ganz Georgien, Seiner Heiligkeit Ilija II.:

Mit großem Schmerz verfolgen wir die Ereignisse und kommen zum Schluss, dass, um eine Destabilisierung und ein unkontrolliertes Vorgehen zu verhindern, die Staatsmacht und die ihr derzeit gegenüberstehende Opposition rechtzeitig reale Schritte unternehmen müssen, um gegenseitiges Verständnis herzustellen und um die Chance nicht zu verpassen, die Probleme auf friedlichem Weg zu lösen. Es gibt nur diesen einen Ausweg und dessen müssen sich beide Seiten und auch die Öffentlichkeit bewusst werden. Die Menschen haben mit Hoffnung den Versuch, Verhandlungen aufzunehmen, verfolgt und wir gehen auch davon aus, dass solche Verhandlungen zu einem Ergebnis führen könnten. Da die Probleme den Rahmen von Konflikten zwischen Parteien sprengen und gesamtstaatliche Ausmaße angenommen haben, ist die Kirche bereit, wenn es beide Seiten wünschen, in einer für sie zu akzeptierenden Form an einer friedlichen Lösung der Probleme mitzuwirken.

Ilija II.

12. November 2003

(MO)

## **Georgisches Regierungsbündnis fordert Ergebnis der Parlamentswahl**

**Tiflis, 15.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Die Sprecherin des Regierungsbündnisses, die Vorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei“, Irina Sarischwili-Tschanturija, hat die Zentrale Wahlkommission Georgiens aufgefordert, die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 2. November rechtzeitig bekannt zu geben.

„Die Zentrale Wahlkommission muss schnellstmöglich die Ergebnisse der Parlamentswahlen veröffentlichen, damit das Legislativorgan zusammentreten und die Verfassungsordnung im Lande wiederherstellen kann“, sagte Irina Sarischwili-Tschanturija am 15. November.

Auch der Führer der dem Regierungsbündnis angehörenden „Sozialistischen Partei“, Wachtang Rtscheulischwili, rief die Zentrale Wahlkommission auf, die Wahlergebnisse rechtzeitig vorzulegen.

Die Opposition wirft der Staatsmacht vor, die Wahlergebnisse zu fälschen und fordert, diese Ergebnisse zu annullieren. (MO)

## **Präsident Georgiens lehnt Rücktritt ab – Schewardnadse kündigt Verfassungsänderung an**

**Bonn, 17.11.2003, nach CIVIL.GE., russ.**

Der georgische Präsident Eduard Schewardnadse beabsichtigt nicht, von seinem Amt zurückzutreten. Er erklärte, man werde einen Rücktritt auch auf gewaltsamen Wege nicht erreichen können. Schewardnadse meint, dass, wenn er zurücktreten würde, das Land in Chaos versinken würde. „Gemäß der Verfassung übernimmt in einem solchen Fall das Parlament die Staatsmacht. Das Parlament der vorangegangenen Legislaturperiode hat keine Vollmachten mehr und das neue hat seine Arbeit noch nicht aufgenommen. Wenn man dies berücksichtigt, dann ist Chaos unvermeidbar“, erklärte der georgische Präsident am 17. November in seinem traditionellen Radiointerview im ersten Kanal des staatlichen georgischen Rundfunks.

Schewardnadse dankte den Teilnehmern der in Tiflis stattfindenden Protestkundgebungen dafür, dass sie „Ruhe und Ordnung“ bewahren würden. „Das ist ein Beweis dafür, dass die Teilnehmer der Aktion Kultur haben. Das kann ich auch von den Oppositionsführern sagen, die sich den Aktionen nicht angeschlossen haben“, sagte das georgische Staatsoberhaupt.

Ferner erklärte Schewardnadse, er beabsichtige nicht, gegen die Verfassung des Landes zu verstoßen. Gleich nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission wolle er die erste Sitzung des neuen Parlaments einberufen. „Die Verfassung verpflichtet mich dazu, die erste Parlamentssitzung einzuberufen. Einer der ersten Sitzungen werde ich beiwohnen und ich werde dem Parlament Verfassungsänderungen vorschlagen. Ich bin bereit, alle Schwierigkeiten auf mich zu nehmen, um die Arbeit des nächsten Präsidenten zu erleichtern“, sagte Schewardnadse.

Ihm zufolge muss auch das Ergebnis des Referendums erörtert werden, das gleichzeitig mit den Parlamentswahlen am 2. November abgehalten wurde. Bei dem Referendum sprach sich die Mehrheit der Wahlberechtigten für die Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten im georgischen Parlament aus. Dies werde, so Schewardnadse, für das Parlament, das im Jahre 2007 gewählt werde, gelten. Der georgische Präsident sagte, die Debatte für diese Frage und die Verabschiedung entsprechender Gesetzesänderungen sei Aufgabe des neuen Parlaments. (MO)

### **„Bei der Computerisierung der Wählerlisten kam es zum Chaos“ – Eduard Schewardnadse fordert Untersuchungskommission**

**Tiflis, 17.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der Präsident Georgiens hat erklärt, dass alle Personen, die sich während der Parlamentswahlen unmittelbar an Fälschungen beteiligt und gegen das Gesetz verstoßen hätten, bestraft werden müssten. Außerdem fordert der Präsident, eine spezielle Arbeitsgruppe zu bilden, die den Problemen mit den Wählerlisten nachgehen soll.

„Alle, die sich in der einen oder anderen Form an der Fälschung der Wahlen beteiligt, Wahllokale überfallen und sich mit verschiedenen Machenschaften beschäftigt haben, werden mit aller Strenge bestraft. Ungenaue Wählerlisten waren ein Problem während der Wahlen. Ich selbst konnte in den Listen Mitglieder meiner Familie nicht finden, dafür befanden sich auf den Listen viele bereits verstorbene Menschen, sogar mit dem Jahrgang 1800. Deswegen fordere ich die Bildung einer speziellen Gruppe, die Licht in die dunkle Geschichte mit den Listen bringen soll“, erklärte Präsident Eduard Schewardnadse in seinem heutigen (17.11.) Radiointerview.

Schewardnadse zitierte Vertreter internationaler Organisationen und sagte, dass ihrem Eindruck nach das Innenministerium mehr oder weniger genaue Wählerlisten erstellt habe und dass die in den Listen bestehenden unwesentlichen Ungenauigkeiten das Wahlergebnis nicht wesentlich beeinflusst hätten. „Danach wurden die Listen computerisiert und dabei kam es zum Chaos“, unterstrich der Präsident. „Die Staatsmacht hat es nicht nötig, ungenaue Listen zu erstellen. Gegen alle, die für die Erstellung ungenauer Listen verantwortlich sind, wird ein Strafverfahren eingeleitet“, betonte Schewardnadse.

Der Präsident konnte noch nicht mitteilen, wann genau eine Kommission zur Untersuchung der Verstöße bei den Wahlen gebildet wird. Er erklärte nur, dass sich an der Arbeit der Kommission der Innenminister und Minister für Staatssicherheit, aber auch der Generalstaatsanwalt sowie Vertreter der Öffentlichkeit beteiligen könnten. (MO)

### **Leiter des staatlichen georgischen Rundfunks zurückgetreten – Schewardnadse mit Berichterstattung des Fernsehens unzufrieden**

**Tiflis, 19.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der Leiter des staatlichen georgischen Rundfunks, Sasa Schengelija, hat heute (19.11.) seinen Rücktritt erklärt, nachdem Präsident Eduard Schewardnadse auf der heutigen Regierungssitzung die Arbeit des staatlichen Fernsehens scharf kritisiert hatte. Er warf dem Leiter des staatlichen georgischen Rundfunks vor, seinen Verpflichtungen nicht

nachzukommen. „Ich werde nicht für ein Fernsehen arbeiten, das nur die Positionen einer (politischen) Seite beleuchtet“, erklärte Sasa Schengelija auf einem Briefing.

Präsident Schewardnadse hatte sich im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die jüngsten Ereignisse im Lande über die Arbeit des staatlichen georgischen Fernsehens unzufrieden geäußert. „Wenn dies das staatliche Fernsehen ist, dann muss es auch die staatlichen Interessen schützen. Ich verlange nicht, meine Interessen zu verteidigen“, erklärte Schewardnadse auf der heutigen Regierungssitzung. (MO)

## **Endgültiges Ergebnis der Parlamentswahlen in Georgien – Opposition spricht von Fälschung und fordert Neuwahlen**

**Tiflis, 20.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Die Zentrale Wahlkommission Georgiens hat heute (20.11.) die endgültigen Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 2. November bekannt gegeben. Aufgelistet sind die Angaben zu den Parteien, die, um in das Parlament einzuziehen zu können, die Siebenprozenthürde überwunden haben.

1. Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“ – 21,32 Prozent
2. „Union der demokratischen Wiedergeburt“ – 18,84 Prozent
3. „Nationale Bewegung“ – 18,8 Prozent
4. „Labourpartei“ – 12,04 Prozent
5. Block „Burdschanadse - Demokraten“ – 8,79 Prozent
6. „Neue Rechte“ – 7,35 Prozent

Dem Ergebnis der Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht zufolge erhält das Regierungsbündnis „Für ein neues Georgien“ im Parlament 38 Abgeordnetensitze, die „Union der demokratischen Wiedergeburt“ 33, die „Nationale Bewegung“ 32, die „Labourpartei“ 20, der Block „Burdschanadse - Demokraten“ 15 und die „Neue Rechte“ 12.

75 der 235 Sitze werden Abgeordnete besetzen, die Wahlkreise gewonnen haben. Die restlichen zehn werden wieder der legitimen Staatsmacht Abchasiens überlassen.

Die „Nationale Bewegung“ und der Block „Burdschanadse - Demokraten“ haben inzwischen erklärt, das neue Parlament zu boykottieren. Sie lehnen einen Einzug ins Parlament ab. Der Staatsmacht werfen sie vor, die Ergebnisse der Wahlen gefälscht zu haben. Sie fordern den Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse sowie neue Parlamentswahlen. (MO)

## **„Pause auf unbestimmte Zeit“ - Mitarbeiter des georgischen Staatsfernsehens treten in den Streik**

**Tiflis, 19.11.2003, GEORGISCHES STAATSFERNSEHEN I, georg.**

Mitarbeiter der bekanntesten Nachrichtensendung des georgischen Staatsfernsehens sind aus Protest gegen die Kritik von Präsident Eduard Schewardnadse an der Fernsehberichterstattung über die politische Krise in Georgien in den Streik getreten. Mitgeteilt wurde dies vom Moderator der Sendung „Ra Tschdeba“, Koka Gandiaschwili am Ende der - wie er sagte - letzten Ausgabe der Sendung vor einer Pause auf unbestimmte Zeit. „Ra Tschdeba“ -

übersetzt „Das Geschehen“ - ist ein politisches Diskussionsprogramm, ausgestrahlt täglich zur besten Sendezeit.

„Ich sage Ihnen allen auf Wiedersehen, bis ich wieder die Möglichkeit habe, diese Sendung so zu präsentieren, dass Sie über die Vorgänge im Land informiert werden“, sagte Gandiaschwili. Er äußerte die Hoffnung, dass es die Sendung künftig wieder geben wird: „Ich werde mit meinen Kollegen mit ‚Ra Tschdeba‘ zurück sein, wenn wir tatsächlich ein Staatsfernsehen haben und ich eine genaue Antwort auf die Frage habe, was im Lande geschieht, was auch der Titel unserer Sendung ist, und wenn ich die Möglichkeit haben werde, Ihnen die Wahrheit über die Vorgänge zu sagen.“

Gandiaschwili hatte die Sendung damit begonnen, den Zuschauern zu erklären, warum er keine Gäste eingeladen hat: „Heute gibt es in unserem Studio keine Gäste, denn man hat mir dies nicht erlaubt. Es scheint so zu sein, dass wir von heute an die Erlaubnis des georgischen Präsidenten brauchen, bevor wir in dieser Sendung über die Sitzordnung für unsere Gäste entscheiden, damit sich in der numerischen Anordnung auch die Bedürfnisse des Präsidenten, das heißt des Staates widerspiegeln, wie es Georgiens Präsident heute ausdrückte.“

Inmitten der Sendung, die etwa eine Stunde dauerte, sprach Gandiaschwili Schewardnadse persönlich an: „Ich glaube, im Lande hat sich eine schwierige Situation ergeben, und Sie haben sie heute noch schwieriger gemacht“, erklärte er. Sein Programm sei in den letzten Wochen unter „untragbaren“ offiziellen Druck geraten.

Gandiaschwili gestand die Rolle, die Schewardnadse bei der Entwicklung der Medienfreiheit in Georgien gespielt hat, zu, warf ihm jedoch vor, die Umwandlung des staatlichen Fernsehens in ein öffentlich-rechtliches bewusst zu verlangsamen. „Reformen haben begonnen, aber Sie haben sie vereitelt“, sagte Gandiaschwili. Er warnte Schewardnadse davor, den Medien den Krieg zu erklären.

Etwa 40 Minuten nach Beginn der Sendung teilte Gandiaschwili mit, Schewardnadse habe angerufen und ihn sprechen wollen. „Mir ist soeben mitgeteilt worden, dass Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse bei uns angerufen hat. Leider bin ich auf Sendung, und sobald das Programm zu Ende ist, werde ich mich sicherlich mit dem Präsidenten unseres Landes in Verbindung setzen“, sagte er.

Gandiaschwili teilte auch mit, dass nach dem Rücktritt des Chefs des georgischen Staatsfernsehens Sasa Schengelija Schewardnadse dessen Stellvertreter Giorgi Leonidse zu seinem Nachfolger ernannt habe. (TS)

**„Wir dienen dem Staat, der Opposition und dem Volk“ - Georgisches Staatsfernsehen weist Kritik Schewardnadses zurück**

**Tiflis, 19.11.2003, GEORGISCHES STAATSFERNSEHEN 1, georg.**

Das georgische Staatsfernsehen brachte am 19. November als Protest gegen Eduard Schewardnadses Kritik an der Berichterstattung des Senders über die Krise nach den Wahlen in Georgien eine verkürzte Version seiner Abend-Nachrichtensendung „Moambe“. Gezeigt wurde Schewardnadse auf der Regierungssitzung am 19. November, auf der er das georgische Fernsehen und seinen Chef Sasa Schengelija kritisierte, ein Bericht über Schengelijas darauf

folgenden Rücktritt sowie Interviews mit führenden georgischen Fernsehjournalisten, in denen Schewardnades Kritik zurückgewiesen wurde.

„Viele Menschen möchten, dass das erste Programm (des georgischen Fernsehens - MD) und die Sendung ‚Moambe‘ im Dienste der Regierungskreise stehen, ich meine aber, dass es dem Lande und dem Staat dient. Daher waren die gedankenlosen Äußerungen des Präsidenten meiner Meinung nach ungerechtfertigt“, sagte der Reporter von „Moambe“ Maltchas Oniani. „Wir sind Mitarbeiter des staatlichen Fernsehens und nicht des Regierungsf Fernsehens. Staatliches Fernsehen bedeutet Machtorgane, Opposition und Volk“, sagte der Journalist Nino Giorgobiani. „Es gibt den schönen Spruch ‚Moambe geht nicht unter‘. Ich glaube, es stimmt. Ich denke, viele Regierungen werden kommen und gehen, unser Hauptanliegen wird aber bleiben, dem Staat zu dienen“, sagte Maia Lomidse.

Die Sendung „Moambe“ dauerte am 19. November nur 18 statt 60 Minuten. (TS)

### **„Der Präsident hat seine letzte Chance vertan“ - Georgische Opposition will Ergebnis der Parlamentswahlen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten**

**Tiflis, 20.11.2003, KAVKASIA-PRESS, georg.**

Der demokratische Wahlblock um Nino Burdschanadse wird beim Obersten Gericht Georgiens, dem georgischen Verfassungsgericht, und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beantragen, die Ergebnisse der Wahlen (Parlamentswahlen vom 2. November - MD) für ungültig zu erklären, sagte Surab Schwanija, einer der Führer dieses Blocks, heute auf einer Pressekonferenz. Der Block erkenne weder die Wahlen vom 2. November noch das Parlament an, das die Machtbehörden zu legitimieren versuchten. „Diesem Parlament anzugehören würde bedeuten, an der Machtergreifung durch die Regierung teilzunehmen“, erklärte Schwanija und richtete an alle politischen Kräfte den Appell, sich darüber klar zu werden, was die Teilnahme an diesem Machtergreifungsprozess bedeuten würde.

Neben legalen Aktionen gegen den Wahlbetrug und die Usurpierung der Macht werden die Demokraten um Burdschanadse die Protestbewegung von heute an ausweiten und Tausende von Anhängern der Burdschanadse - Demokraten und der Nationalen Bewegung von Saakaschwili werden sich an einem friedlichen Protestmarsch auf Tiflis beteiligen. „(...) Wir bedauern es, dass der Präsident die Lage in eine Sackgasse geführt hat, dass er die Chance vertan hat, die Spannungen zu mildern und eine Konfrontation zwischen Volk und Regierung herbeigeführt hat“, erklärte Schwanija und fügte hinzu, „der Rücktritt des Präsidenten“ sei „der einzige Ausweg aus der derzeitigen Situation“.

Nino Burdschanadse sagte, mit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch die Zentrale Wahlkommission hätten die Machtorgane die letzte Chance verloren, mit dem eigenen Volk einen Dialog zu führen. „Die Machtorgane hatten bis zum letzten Augenblick die Chance, ihre Versuche aufzugeben, die Macht an sich zu reißen und das Parlament zu legitimieren“, sagte Burdschanadse und fügte hinzu, ihr Block werde sich mit den gegenwärtigen Gegebenheiten nicht abfinden und werde versuchen, mit friedlichen Märschen und Kundgebungen sein Ziel zu erreichen. Sie zeigte sich auch erfreut darüber, dass ernsthafte oppositionelle politische Kräfte die Entscheidung des Blocks begrüßt haben, an den Parlamentssitzungen nicht teilzunehmen. „Wir sind glücklich darüber, dass Micheil Saakaschwili sich heute ähnlich äußerte und uns liegen Informationen darüber vor, dass die Arbeiterpartei das gleiche zu tun

beabsichtigt. Ich denke, die gesamte georgische Opposition sollte zusammenhalten und nicht zulassen, dass das ernannte Parlament legitimiert wird“, sagte Burdschanadse. (TS)

**„Die Generalstaatsanwaltschaft hat völlig apolitisch zu sein“ - Stellvertretender Generalstaatsanwalt und Ehemann der georgischen Oppositionsführerin Burdschanadse legt aus Protest gegen Druck der Regierung sein Amt nieder**

**Tiflis, 20.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Badri Bitsadse hat seinen Rücktritt eingereicht. Der Grund für seinen Rücktritt sei der politische Druck, den man auf die Generalstaatsanwaltschaft ausübe, sagte er. Bitsadse gibt gerade im Sitz der Generalstaatsanwaltschaft eine Pressekonferenz. Wir schalten live dazu:

(Bitsadse) Es ist eindeutig, dass die Regierung politischen Druck auf die Justiz ausübt, zu der auch die Generalstaatsanwaltschaft gehört, die völlig apolitisch zu sein hat. Es hat direkte Anweisungen gegeben, gewisse Fälle zu untersuchen, anderen gegenüber ein Auge zuzudrücken und bestimmte Führer oder Mitglieder der Opposition zu verfolgen. Nach korrupten Leuten sollte ausschließlich in der Opposition gesucht werden. Zu einem so starken politischen Druck und zu Intrigen greift die Regierung.

Obwohl Mitglieder meiner Familie öffentlich ihren Standpunkt geäußert haben (Bezug auf seine Frau, die Oppositionsführerin Nino Burdschanadse - MD) habe ich mich im Laufe meines gesamten Berufslebens bei der Behandlung von Fällen niemals von politischen Interessen leiten lassen. So etwas gibt es bei der Generalstaatsanwaltschaft nicht. Das lässt sich von der Regierung, die in letzter Zeit immer häufiger zu Intrigen greift, die jetzt in offene Erpressung gegen mich und andere Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft ausarten, nicht behaupten. Daher meine ich, dass ich unter diesen Umständen mein Amt nicht länger wahrnehmen kann und habe beim Generalstaatsanwalt meinen Rücktritt eingereicht.

(Frage) Ist der Rücktritt angenommen worden?

(Bitsadse) Ich weiß es nicht. Ich habe heute Morgen beim Generalstaatsanwalt meinen Rücktritt eingereicht. Wir hatten ein Gespräch. Der Generalstaatsanwalt wird ihn wahrscheinlich annehmen. (TS)

**Eine Million Georgier fordern mit ihren Unterschriften den Rücktritt von Präsident Schewardnadse**

**Tiflis, 20.11.2003, PRIME-NEWS, georg.**

Der Vorsitzende der Nationalen Bewegung Micheil Saakaschwili hat am Donnerstag (20.11.) erklärt, die Opposition habe bereits eine Million Unterschriften gesammelt, mit denen der Rücktritt Eduard Schewardnadses gefordert wird. Noch nie zuvor stellten sich die Georgier „mit einem solchen Enthusiasmus“ in die Schlange, sagte Saakaschwili auf einem Pressebriefing am Donnerstag.

Vor einigen Tagen hatte Präsident Eduard Schewardnadse geäußert, wenn eine Million Menschen erkläre, sie wären glücklich, wenn der Präsident zurücktreten würde, dann würde er gern zurücktreten. (TS)

## **USA halten Ergebnis der georgischen Parlamentswahl für gefälscht**

**Tiflis, 21.11.2003, CIVIL.GE**

Der Vertreter des US-Außenministeriums Adam Ereli hat am 20. November in Washington über die Parlamentswahlen in Georgien vom 2. November gesagt, die USA seien über die Ergebnisse der Wahlen und die Führung Georgiens enttäuscht. Das Wahlergebnis spiegele nicht den Willen des georgischen Volkes wider. Die Ergebnisse hätten gezeigt, dass in Adscharien und in anderen Regionen Georgiens die Wahlen massiv gefälscht worden seien.

„Die Ergebnisse der von unabhängigen Organisationen durchgeführten parallelen Stimmenauszählung und Umfragen von Exit Poll (Befragung von Wählern nach der Abstimmung in den Wahllokalen) unterscheiden sich wesentlich von den von der Zentralen Wahlkommission (am 20. November) veröffentlichten Angaben. Diese Diskrepanz zeigt, dass während der Stimmenauszählung es zu massiven Manipulationen gekommen ist. Wir führen einen regelmäßigen Dialog auf höchster Ebene, sowohl hier (in Washington) als auch in Tiflis und wir prüfen das weitere Vorgehen“, erklärte Adam Ereli.

Auf die Frage, ob er die Regierung Georgiens wegen der Wahlfälschung als illegitim betrachte, sagte Adam Ereli: „Wir prüfen die weiteren Schritte und werden dazu noch Stellung nehmen. Ich möchte den Ereignissen nicht vorgreifen.“ (MO)

## **Schewardnadse beruft das neue Parlament für den 22.11.2003 zur ersten Sitzung ein**

**Tiflis, 21.11.2003, CIVIL.GE**

Am 20. November hat der georgische Präsident Eduard Schewardnadse den Termin für die erste Sitzung des Parlaments, das bei den Parlamentswahlen am 2. November gewählt wurde, angesetzt. Gemäß dem Erlass des Präsidenten wird die erste Sitzung des neuen Parlaments am 22. November um 16 Uhr Ortszeit stattfinden. (...) (MO)

## **II. Der Sturm auf das Parlament – Schewardnadse muss gehen**

### **Präsident Schewardnadse zeigt sich zuversichtlich: Das Parlament wird seine Arbeit aufnehmen**

**Tiflis, 22.11.2003, IMEDI TV, georg.**

(...) Georgiens Präsident ist vor einer Weile vor dem Parlamentsgebäude eingetroffen und hat sich vor den dort versammelten Journalisten wie folgt geäußert:

(Schewardnadse) (...) Heute soll die erste Sitzung des Parlaments stattfinden. Ich werde im Parlament eine Rede von zehn bis zwölf Minuten halten, wenn mir die Gelegenheit dazu



gegeben wird. (...) Alle, die glauben, das Parlament könnte heute alle Probleme lösen, sind ein wenig naiv. Das Parlament hat viel zu tun, viel, auch an Arbeit, die liegen geblieben ist. Ich habe mehrfach erklärt, dass über 120 Gesetzesvorlagen, die vom Präsidenten unterzeichnet und dem Parlament unterbreitet worden sind, noch nicht erörtert wurden. Dazu gehört auch der Gesetzentwurf über die lokalen Haushalte. (...)

Ich kann nicht versprechen, dass die Bildung des Parlaments, die Aufstellung der Parlamentsführung heute beendet wird. Das kann, muss aber nicht sein. Das ist kein großes Problem. Das Entscheidende ist, dass sich das Parlament versammelt hat. Das vom Volk gewählte Gesetzgebungsorgan hat sich versammelt. Es kann sein, dass der eine oder andere das Parlament nicht betritt. Das ist aber deren Entscheidung. Das Parlament hat sich aber versammelt und die erste Sitzung wird stattfinden. Ich betrachte dies – ohne zu übertreiben – als ein historisches Ereignis, als (ändert den Gedankengang – MD). In einer meiner Ansprachen (an das Parlament – MD) will ich zusammenfassen, was Georgien in den vergangenen zehn Jahren erreicht hat, welchen Weg wir beschritten haben, was wir erreichen und was wir nicht erreichen konnten. (...)

Nun möchte ich einige Worte zu den Wahlergebnissen sagen. Darüber werde ich auch in meiner Ansprache an das Parlament etwas sagen. Haben wir uns mit den Unregelmäßigkeiten, die es tatsächlich gegeben hat, versöhnt? Auch ausländische Medien schreiben eine Menge darüber. Viele Länder haben in Georgien vorbildliche Wahlen erwartet. Ein Vertreter der amerikanischen Regierung sagte sogar, die USA hätten irgendeiner Nichtregierungsorganisation drei oder vier Millionen (Dollar - MD) gezahlt, um die Wahlunterlagen zu verifizieren und zusammenzustellen. Ich weiß nicht, wem, welcher Organisation sie das gezahlt haben. (...) Nachdem die Wahllisten der Zentralen Wahlkommission unterbreitet worden waren blieb nur eines zu tun - man musste die Daten in den Computer eingeben. Das wurde nicht richtig gemacht. Eine Liste wurde in den Computer eingegeben, eine andere kam heraus. Ganze Familien und ganze Wohnblöcke fehlten. (...)

Was hat die Zentrale Wahlkommission im Hinblick auf die Unregelmäßigkeiten, die offensichtlich sind, konkret unternommen? Darüber werde ich in diesem Parlament sprechen und die Arbeit daran wird fortgesetzt werden. In fünf Wahlbezirken werden Neuwahlen stattfinden. Die zweite Runde wird morgen stattfinden. In fünf Wahlbezirken wird neu abgestimmt werden. (...)

Die Ergebnisse in 42 Wahllokalen sind für ungültig erklärt worden. Die Ergebnisse von acht bis zehn Prozent der Wahllokale wurden für ungültig erklärt. Das ist keine geringe Zahl. Das bedeutet, es hat Unregelmäßigkeiten gegeben. Die Zentrale Wahlkommission und die Machtorgane scheuen sich nicht, dies zuzugeben und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Insgesamt 1 909 000 Menschen beteiligten sich an den Wahlen und - daran will ich Sie erinnern - 1 904 000 Menschen nahmen am Referendum (über die Verringerung der Zahl der Parlamentsmitglieder - MD) teil. Die Zahlen sind fast identisch. Der Unterschied liegt bei etwa 4000 bis 4500. Es sind die Menschen, deren Stimmen gefälscht worden sind. Irgendjemand hatte ein Interesse daran. Deshalb wurden die Ergebnisse aus so vielen Wahllokalen, in denen wir Zeichen von Wahlfälschung entdeckten, für ungültig erklärt. Vieles muss durch Gerichte geklärt werden, auch das Oberste Gericht und lokale Gerichte. In Zukunft müssen wir bei Wahlen auf elektronische Systeme zurückgreifen. (...)

Lassen Sie mich jetzt zu diesen Protestaktionen etwas sagen. Wahrscheinlich können sie die Stimmen unserer Freunde, junger Leute und anderer hören. Nicht nur junge Menschen haben sich dort versammelt. Ziemlich viele Menschen sind aus den Regionen hergekommen. Einige

kamen aus eigenem Antrieb, einige wurden dazu gezwungen. Nun, sie sind da. Jeder hat das Recht, in die Hauptstadt zu kommen. Darum geht es aber nicht. Auch ich bin mit ihnen (Teilnehmern oppositioneller Kundgebungen - MD) zusammgekommen. Sie wissen, dass ich es war, der das erste Zeichen für den Beginn eines Dialogs gegeben hat. (...) Ich bin immer noch zum Dialog bereit, Ultimaten werde ich aber nicht akzeptieren.

Das Parlament wurde gewählt. Diejenigen, die das Parlament betreten wollen, werden es tun. Das Parlament wird seine Arbeit aufnehmen, auch wenn einige sich daran nicht beteiligen wollen. Das ist die Situation. (...) (TS)

### **Schewardnadse eröffnet die erste Sitzung des neuen Parlaments**

**Tiflis, 22.11.2003, nach IMEDI TV, 22.11.2003**

Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse hat am 22. November um 1250 Uhr die erste Sitzung des am 2. November 2003 gewählten georgischen Parlaments eröffnet.

„Liebe Freunde, verehrte Abgeordnete, ich möchte von dem mir verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch machen. Sie wissen, dass es die Pflicht des Präsidenten ist, die erste Sitzung des neu gewählten Parlaments zu eröffnen. Sie wissen, dass es das Parlament der sechsten Legislaturperiode ist. Gestatten Sie mir, Sie zu dem großen Vertrauen zu beglückwünschen, dass die Menschen Ihnen entgegenbringen und die Sitzung für eröffnet zu erklären“, sagte Präsident Schewardnadse. (TS)

### **Oppositionsführer Saakaschwili gibt Präsident Schewardnadse eine Stunde Zeit, sich den Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude zu stellen**

**Tiflis, 22.11.2003, PRIME-NEWS, georg.**

Der Führer der Nationalen Bewegung Micheil Saakaschwili hat auf einer Kundgebung auf dem Platz der Freiheit (in Tiflis - MD) um 14 Uhr (1000 GMT) vor Tausenden von Versammelten erklärt, er gebe Präsident Eduard Schewardnadse eine Stunde Zeit, um herauszukommen und sich dem Volk zu stellen. Sollte der Präsident dies nicht tun, werden die Menschen zu ihm kommen. An der Kundgebung nehmen mehrere Tausend Menschen teil. (TS)

### **Opposition dringt in das Parlament ein - Schewardnadse: Ich werde nicht zurücktreten**

**Tiflis, 22.11.2003, IMEDI TV**

IMEDI TV, georg., 22.11.2003

Die Führer der georgischen Opposition, allen voran Micheil Saakaschwili, sind in den Sitzungssaal des georgischen Parlaments eingedrungen. Saakaschwili versuchte Eduard Schewardnadse dazu zu zwingen, seine Rede abubrechen, Schewardnadse erklärte aber, er werde sie trotz allem fortsetzen. „Das ist das Parlament. Das ist nicht die Straße“, sagte er. „Ich möchte mich Ihnen nicht widersetzen. Möge ganz Georgien sehen, was im georgischen Parlament vor sich geht. Die Menschen möchten die Rede des Präsidenten hören“, erklärte er

und setzte seine Rede unter den Rufen der Oppositionsführer, die von Parlamentsmitgliedern festgehalten werden, fort (TS)

nach IMEDI TV, georg., 22.11.2003

Um 1715 Uhr (1315 GMT) ist es Anhängern der Opposition gelungen, durch eine Gruppe von Abgeordneten, die sie zu stoppen versuchten, durchzukommen und den Rednerpult des Sitzungssaals zu erreichen. Präsident Schewardnadse wurde um 1715 (1315 GMT) von seinen Leibwächtern aus dem Saal hinausgeführt, ohne seine Rede beendet zu haben. Oppositionsführer Micheil Saakaschwili ergriff um 1719 (1319 GMT) auf dem Rednerpult das Wort und erklärte, die rechtmäßige Vorsitzende des Parlaments, Nino Burdschanadse, werde herkommen und die Parlamentssitzung leiten. „Ich appelliere an die Abgeordneten, die Minister, keine Angst zu haben. Wir sind nicht bewaffnet, wir sind in einer friedlichen Mission hier“, sagte er. (TS)

nach IMEDI TV, 22.11.2003, georg.

Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse wird 1320 GMT aus dem Parlamentsgebäude geführt und ist unter seinen Anhängern zu sehen, die vor dem Parlamentsgebäude eine Kundgebung abhalten. (TS)

IMEDI TV, georg., 22.12.2003

(...) (Der Anführer der Kundgebung, der Parlamentsabgeordnete - MD) Dschemal Gogitidse, zu Schewardnadse) Batono (höfliche Form der männlichen Anrede - MD) Eduard, wir haben eine Bitte. Geben Sie diesen Menschen Ihr Wort, dass Sie nicht zurücktreten werden. (Rufe "Nein! Nein! Nein!)

(Schewardnadse) Ich werde zurücktreten, wenn meine Amtszeit zu Ende ist, wie es die Verfassung vorsieht. Einigen wird das nicht gefallen. (Worte unverst.) Ich werde nicht zurücktreten. Ich werde nicht zurücktreten, auch wenn nur aus reiner Boshaftigkeit gegenüber meinen Feinden. (Nach ein paar Worten geht Schewardnadse zusammen mit seinen Leibwächtern - MD). (TS)

### **Parlamentspräsidentin Burdschanadse: Der Präsident hat dem Volk keine andere Wahl gelassen**

**Tiflis, 22.11.2003, nach RUSTAWI-2 TV, georg.**

Der Führer der Nationalen Bewegung, Micheil Saakaschwili, ruft seine Anhänger im Sitzungssaal des Parlaments auf, sich ruhig zu verhalten und es den Parlamentsmitgliedern zu gestatten, ihre Sitze einzunehmen. Den Sitzungssaal betritt Nino Burdschanadse.

In einer Ansprache, die von Rustawi-2 TV übertragen wird, erklärt Burdschanadse, Präsident Eduard Schewardnadse und seine Regierung seien voll verantwortlich für die Geschehnisse in Georgien. (...) „Wir haben in den vergangenen zwei Wochen alles getan, um das, was heute hier geschieht, zu verhindern. Zwei Wochen lang versuchten wir, unseren Protest gegen die Gesetzlosigkeit in Georgien so friedlich und stark wie möglich zu äußern. Der georgische Präsident, die georgische Regierung und diejenigen, die sich, Moral und Kollegialität ignorierend, hier ohne uns versammelt haben, hätten wissen müssen, dass Georgien es nicht

zugelassen hätte, dass sich das ernannte Parlament hier versammelt. Georgien wird ein Parlament, das vom Präsidenten und von der Regierung ernannt worden ist, nicht tolerieren. Georgien wird nicht eine Opposition tolerieren, die vom Präsidenten ernannt worden ist. Der Präsident hat auf das Volk nicht gehört. Der Präsident hat den Willen seines eigenen Volkes und die internationale Gemeinschaft ignoriert. Der Präsident hat jede Chance, die es gegeben hat, um ohne die Spannungen von heute friedliche Gespräche zu führen und diese Krise zu überwinden, vertan. Ich denke, der Präsident hat nicht das moralische Recht, zum georgischen Volk zu sprechen. Ich habe dies noch niemals zuvor gesagt. Der Präsident hat dem georgischen Volk keine Wahl gelassen“, so Burdschanadse. (TS)

## **Schewardnadse verhängt den Ausnahmezustand über ganz Georgien**

**Tiflis, 22.11.2003, GEORGISCHER RUNDFUNK, IMEDI TV**

GEORGISCHER RUNDFUNK, georg., 22.11.2003

Präsident Schewardnadse hat einen Erlass über die Verhängung des Ausnahmezustands auf dem gesamten Gebiet Georgiens unterzeichnet. Darin heißt es, die Lage in ganz Georgien und insbesondere in Tiflis sei äußerst gespannt. Georgien drohe ein Staatsputsch, eine politisierte bewaffnete Konfrontation und eine Gefahr für die territoriale Integrität des Landes. Es gebe massenhafte Verstöße gegen die Menschenrechte und -freiheiten und die Verbrechen-situation sei katastrophal. Die Anstrengungen, die notwendig seien, um dieser Probleme Herr zu werden überstiegen nicht nur die Möglichkeiten der lokalen Machtorgane, sondern auch die des Innenministeriums.

In Anbetracht dieser Umstände, um die Sicherheit der Bevölkerung, die Sicherheit des Staates und öffentliche Ordnung zu gewährleisten, wird gemäß Artikel 73 der Verfassung Georgiens und gemäß des Gesetzes über den Ausnahmezustand auf dem gesamten Territorium Georgiens für den Zeitraum von 30 Tagen der Ausnahmezustand verhängt. Das Verteidigungs- und das Innenministerium werden beauftragt, die entsprechenden Maßnahmen zu koordinieren. Der Erlass wird dem georgischen Parlament zur Billigung vorgelegt. Das Außenministerium informiert unverzüglich den UN-Generalsekretär und die Leitung anderer internationaler Organisationen und der in Georgien akkreditierten diplomatischen Missionen über die Verhängung des Ausnahmezustands. (TS)

IMEDI TV, georg., 22.11.2003

Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse hat vor Journalisten erklärt, er habe den Ausnahmezustand verhängt und die Macht im Lande übernehmen nun die Streitkräfte. „Mit solchen Leuten um uns herum kann schon morgen ein Bürgerkrieg beginnen. Es ist gut, dass die Rechtsschutzorgane, allen voran das Innenministerium, kein Blut vergossen und nicht zur Waffe gegriffen haben. Er (der Ausnahmezustand - MD) ist jetzt unumgänglich. Wenn wir jetzt Schwäche zeigen, werden mir die Menschen nicht länger verzeihen. Jetzt muss gehandelt werden. Jetzt muss Ordnung wieder hergestellt werden. Ordnung kann nur wieder hergestellt werden, wenn der Ausnahmezustand herrscht. Das Verteidigungs- und das Innenministerium wissen, was zu tun ist. Von nun an werden alle, auch die Truppen des Inneren, dem Verteidigungsministerium unterstellt sein, denn von nun an werden wir die Ordnung wieder herstellen. Das ist es, was ich zu sagen hatte. Eine andere Bewertung kann nicht gegeben werden. Ich halte es für sehr schwierig, es einen Putschversuch zu nennen. Aber was ist ein Putschversuch sonst?“, so Schewardnadse. (TS)

## **Parlamentsvorsitzende Burdschanadse übernimmt vorübergehend das Präsidentenamt**

**Tiflis, 22.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

In diesen Minuten wird die Parlamentsvorsitzende Nino Burdschanadse eine Erklärung abgeben. Wir beginnen jetzt mit einer Live-Übertragung:

(Nino Burdschanadse vor Reportern) Meine Damen und Herren, liebe Landsleute!

Ich wende mich an jeden einzelnen Bürger Georgiens, ich wende mich an jeden, der jetzt auf Rustawelis Gamziri (Zentralavenue von Tiflis - MD) steht, der in der Nähe der (Staats-) Kanzlei steht - die vielen Menschen in verschiedenen Regionen Georgiens.

In den vergangenen zwei Wochen haben wir einen gerechten Kampf gekämpft, um die demokratischen Werte in Georgien zu verteidigen. In den vergangenen zwei Wochen haben wir einen gerechten und friedlichen Kampf geführt, um nicht zuzulassen, dass einzelnen Menschen in Georgien das Recht genommen wird zu wählen, nicht zuzulassen, dass die Machtorgane und der Präsident (Eduard Schewardnadse - MD) die Würde der Menschen in Georgien verletzen. Die Georgier und die gesamte Bevölkerung in Georgien haben heute einen absolut gerechten und wohl verdienten Sieg in diesem Kampf erzielt. Ich möchte dem georgischen Volk zu diesem Sieg gratulieren. Ich möchte jedem danken, der seine Stimme gegen den Versuch erhoben hat, in Georgien eine Diktatur zu errichten. Ich möchte jedem Mitarbeiter der Polizei und der Machtstrukturen danken, jedem Soldaten der Truppen des Inneren, der nicht seine Hand gegen die friedliche Bevölkerung seines eigenen Landes erhoben hat. Ich möchte denjenigen Soldaten danken, die die Absperrung durchbrochen und die friedlichen Protestteilnehmer (zum Parlamentsgebäude - MD) durchgelassen haben. (...) Jetzt ist es unsere wichtigste Aufgabe, Frieden und Stabilität zu bewahren. (...)

Als Vorsitzende des georgischen Parlaments habe ich gemäß der Verfassung Georgiens bis zur endgültigen Entscheidung über die Amtsvollmacht des Präsidenten (Schewardnadse - MD) und bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Pflichten des Präsidenten zu übernehmen. Ich forderte jedes Mitglied der georgischen Regierung auf, die nächsten Instruktionen abzuwarten, bis über die Vollmacht des georgischen Präsidenten entschieden ist. Der Präsident hat dieses Gebäude verlassen ohne eine Erklärung abzugeben. Die gesamte Bevölkerung Georgiens fordert den Rücktritt des Präsidenten. Darüber sollte aber endgültig entschieden werden.

Bis dahin übernehme ich als Vorsitzende des georgischen Parlaments gemäß der Verfassung Georgiens und den geltenden Gesetzen die entsprechenden Vollmachten, die nach der georgischen Verfassung und den georgischen Gesetzen sowie gemäß den Interessen meines Landes und meines Volkes zu meinen Pflichten gehören. Vielen Dank! (TS)

**„Vor einem Blutvergießen wurde ich unmissverständlich gewarnt“ - Ansprache von Verteidigungsminister Tewsadse an das Volk**

**Tiflis, 23.11.2003, IMEDI TV, georg.**

Vor wenigen Minuten ist die Pressekonferenz des Verteidigungsministers (Dawid Tewsadse - MD) zu Ende gegangen. Der Verteidigungsminister erklärte heute morgen:

(...) Meine heutige Erklärung wäre völlig überflüssig und ich hätte mich wahrscheinlich nicht zu Wort gemeldet, wenn die Geschehnisse von gestern, insbesondere die Verhängung des Ausnahmezustands, nicht auf eine bestimmte Art und Weise interpretiert würden. Wir haben den Militärerrat einberufen und beschlossen, dass gewisse Dinge erklärt werden müssen, um zusätzliche Spannungen in der Öffentlichkeit, die alles andere als wünschenswert sind, zu verhindern und den Prozess wieder in politische Bahnen zu lenken.

Wie Sie wissen, ist gestern, den 22. November, in ganz Georgien der Ausnahmezustand verhängt worden. Zuvor waren Anhänger der Opposition in das Gebäude des georgischen Parlaments und der Staatskanzlei eingedrungen. Das hat zu Prozessen (in Tiflis - MD) geführt, die über die Grenzen der Verfassung hinausgingen. Es bestand die tatsächliche Gefahr, dass staatliche Organisationen zusammenbrechen und die Prozesse außer Kontrolle geraten. Wenn ich von Prozessen außerhalb der Kontrolle spreche, dann meine ich damit nicht irgendwelche Äußerungen oder Kundgebungen. (...) Ich meine die Gefahr von Unordnung, Raub, Diebstählen, Plünderungen und so weiter. Leider gab es schon gestern erste Anzeichen dafür, obwohl keiner darüber spricht.

Zweitens, der Ausnahmezustand - und das möchte ich ganz klar feststellen - bedeutet nicht zwangsläufig die Anwendung von Gewalt, um die Stabilität wieder herzustellen. Er sieht vielmehr die Herbeiführung einer Ordnung vor, in der so weit wie möglich die Sicherheit der Bevölkerung garantiert ist, bis die Frage des Präsidenten gelöst ist, das heißt bevor die Ereignisse wieder in der verfassungsmäßigen Bahn verlaufen.

Drittens, im Führungssystem des Landes ist es juristisch zu einer Nonsens-Situation gekommen - es gibt legitime Machtorgane und De-facto (ändert den Gedankengang - MD). Ich weiß nicht, ob es sich bei ihnen um legitime Organe handelt. Wie dem auch sei, ich spreche von denen, die heute die Prozesse leiten. Wir sind der Meinung, dass dieser politische Nonsens auf dem Wege politischer Verhandlungen in den nächsten zwei bis drei Tagen, wenn es noch möglich ist, die Ereignisse in die richtige Bahn zu lenken, beendet wird. Die Tatsache, dass Oppositionsführer die Verantwortung für den Schutz der öffentlichen Ordnung übernommen haben und bereit sind, die Rechtsschutzorgane zu verstärken, um eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern, gibt uns ein wenig Hoffnung. (...) Ich will aber auch darauf hinweisen, dass das Gebäude der Staatskanzlei (in dem sich das Amtssitz des Präsidenten und andere Regierungsbüros befinden - MD) nach wie vor unrechtmäßig besetzt sind. Außerdem hat es, wie Sie wissen, in staatlichen Einrichtung Vandalismus gegeben.

Denjenigen, die die Anweisung des Präsidenten kennen, wird aufgefallen sein, dass zwei Ministerien - das Innen- und das Verteidigungsministerium - mit der Koordinierung der Vorgänge beauftragt worden sind. Das bekräftigt die Tatsache, dass es sich dabei um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung handelt.

Die Armee verfolgt die Entwicklung der Ereignisse sehr genau. Sollte es tatsächlich eine unkontrollierbare Situation und Chaos geben, wird sie ihren verfassungsmäßigen Pflichten nachkommen. Es stellt sich also nicht die Frage, ob die Armee Befehle ausführt oder nicht, ich möchte sagen, dass die Armee in dieser Zeit vom Oberbefehlshaber, dem georgischen Präsidenten, keinen Befehl erhalten hat, zur Waffe zu greifen. Wir haben die Situation die ganze Nacht verfolgt. Mehrfach wurde erwähnt, es gebe die Gefahr eines Angriffs und so weiter. Der Präsident hat keinen solchen Befehl erteilt. Ich hatte vielmehr die Gelegenheit, spät in der Nacht mit dem Präsidenten zu sprechen, als mir dieses Dokument übergeben wurde. Ich wurde unmissverständlich vor Aktionen gewarnt, die zum Blutvergießen unter der

Zivilbevölkerung führen könnten. Das ist es, was wir, der Militärrat, der hier vertreten ist, für notwendig hielten, dem Volk zu erklären. Vielen Dank! (TS)

### **Schewardnadse trifft Russlands Außenminister Iwanow**

**Tiflis, 23.11.2003, nach RUSTAWI-2 TV, georg.**

Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse ist in der Regierungsresidenz Krzanisi mit dem russischen Außenminister Igor Iwanow zusammengetroffen, meldete der Fernsehsender Rustawi-2. Der Korrespondent sagte in einem Telefonbericht, die Mannschaft von Rustawi-2 sei in die Residenz nicht hereingelassen worden. Weder Schewardnadse noch Iwanow haben eine Erklärung ab. Berichten zufolge sieht Russlands Außenminister die Ereignisse in Georgien nicht als Putsch an. (TS)

### **Parlamentsvorsitzende Burdschanadse: Neue Parlamentswahlen erforderlich**

**Tiflis, 23.11.2003, KAVKASIA-PRESS, georg.**

Die Vorsitzende des georgischen Parlaments Nino Burdschanadse hat vor Journalisten erklärt, ohne neue Parlamentswahlen könne die Stabilität im Lande nicht aufrecht erhalten werden. Die Opposition sei zu Kompromissen bereit und hoffe, dass die Vermittlung des russischen Außenministers Igor Iwanow produktiv sein werde. „Er hat uns versprochen, dass Kompromisse des Präsidenten möglich sind. Wenn er jedoch keine Konzessionen macht, dann wird das bedeuten, dass die Machtorgane das Volk in den Wahnsinn treiben wollen“, so Burdschanadse. Sie rief den Präsidenten auf, keine Menschen in der Regierungsresidenz Krzanisi zu versammeln. (TS)

### **Eduard Schewardnadse stellt ein Ultimatum: Die besetzten Gebäude sind zu räumen - Zu Dialog mit der Opposition bereit**

**Tiflis, 23.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Uns liegt der Wortlaut der Erklärung vor, die der Präsident nach seinem Treffen mit (dem georgischen Außenminister - MD) Igor Iwanow abgegeben hat. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Erklärung ein Ultimatum beinhaltet.

(Eduard Schewardnadse vor Journalisten) (...) Es ist in der Tat ein Ultimatum. Wir können nur miteinander reden und einen gemeinsamen Dialog führen, wenn die Präsidentenresidenz und das Parlamentsgebäude, die gewaltsam besetzt worden sind, geräumt werden. Sie müssen geräumt werden, denn jeder sollte sich darüber im Klaren sein und begreifen - und ich möchte, dass das auf jeden Fall gesendet wird, damit die Fernsehzuschauer es wissen -, dass das alte Parlament nicht mehr existiert. Gestern wurde eine Parlamentssitzung eröffnet. Drei Leute fehlten noch, und obwohl wir die Sitzung um vier Uhr beginnen sollten, begannen wir sie nicht bis das Quorum vorhanden war. Später kamen nicht nur drei, sondern zehn Leute hinzu. Es war also mehr als ein Quorum. Die Parlamentssitzung wurde eröffnet, ich hielt eine Rede. Das neue Parlament begann mit seiner Arbeit und das alte hörte zu diesem Zeitpunkt auf zu existieren und die Parlamentsvorsitzende, die ehemalige Parlamentsvorsitzende, hatte

keine Vollmachten mehr, denn sie war nicht mehr Parlamentsvorsitzende. Es kann sein, dass sie vom neuen Parlament wieder gewählt wird, aber das steht bereits auf einem anderen Blatt.

Ich muss Ihnen sagen, dass wir optimistisch gestimmt sind. Ich will sagen, dass wir einen Kampf wollen, denn alle von ihnen, der eine, der andere, der dritte - alle von denen, die sich dort versammelt haben, sind jung genug, um meine Kinder zu sein. Ich brauche gegen sie nicht zu kämpfen. Sie sollten uns aber zuhören. Sie sollten darüber nachdenken, was der Staat braucht. Wird nicht in Erwägung gezogen, was der Staat braucht, so wird irgendjemand bestraft. Entweder ich werde bestraft oder jemand von der anderen Seite. Was immer sie gestern getan haben, passt nicht in das Bild von Ordnung im Staat.

Einige von Ihnen nahmen gestern an einem Treffen mit mir teil. Ich bat (den georgischen Innenminister - MD) Herrn Koba Nartschemachswili, sich neben mich zu setzen. Ich tat dies absichtlich, um Ihnen und ganz Georgien zu zeigen, dass ich ihm dankte, obwohl er die wichtigste Aufgabe nicht erfüllt und die Menschen an ihrem Marsch auf die Staatskanzlei nicht gehindert hat. Wissen Sie, warum ich ihm dankte? Nicht ein einziger Tropfen Blut wurde vergossen. Obwohl er möglicherweise dachte, der Präsident werde ihn entlassen fand er die richtige Nische als Bürger und Mensch und tat sein Bestes, um Blutvergießen zu verhindern. Meine Ziele sind ähnlich. Wir müssen unser Bestes tun. Das kann eine Seite allein aber nicht erreichen. Die Opposition muss ebenfalls ihr Bestes tun, um eine Wiederholung der Ereignisse vom 9. April in Georgien (etwa 20 Menschen starben bei der Beendigung einer friedlichen Kundgebung im Zentrum von Tiflis am 9. April 1989 durch sowjetische Truppen - MD) zu verhindern. Das ist es, was ich sagen wollte.

(Ein Journalist) Batono (höfliche männliche Anrede - MD) Eduard, sind Sie mit einer der wichtigsten Bedingungen der Opposition für vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen einverstanden?

(Schewardnadse) Es kann über alles geredet werden, auch, wenn Sie so wünschen, über vorgezogene Präsidentschaftswahlen und, wenn Sie wollen, über Parlamentsneuwahlen und alles andere. Das kann aber nur erfolgen, wenn das Problem, das ich vorhin nannte, gelöst ist. Die Gebäude müssen geräumt werden, diese Gewaltakte müssen gestoppt werden, wir müssen unsere normale Arbeit wieder aufnehmen. (...)

(Ein Journalist) Vertreter der Opposition verbreiten auf den Kundgebungen die Meldung, dass (Worte unverst.)

(Schewardnadse) In solchen Zeiten werden gewöhnlich Millionen solcher Informationen verbreitet. (...) Ich vertraue aber unseren Streitkräften. Georgien hat mit Hilfe unserer Freunde alles getan, damit die Streitkräfte fest auf ihren Füßen stehen. Ebenso wie die Polizei und die Truppen des Inneren sind es gut ausgebildete Leute. Hier und da kann es zwar einen oder zwei Verräter geben, ich habe aber Vertrauen in die Truppen des Inneren insgesamt und die Polizei. Der Staat hat alles für sie getan. Ich habe es gestern gesagt, möchte es aber noch einmal wiederholen: Es gibt gefährliche, sehr gefährliche Aufrufe. Zu Ungehorsam beispielsweise. Zu Ungehorsam. Wem sollte der Gehorsam verweigert werden? Dem eigenen Land? Den eigenen Interessen und den Interessen des eigenen Volkes? Und ein weiterer Aufruf: Geht nicht in die Schule! Oder der Aufruf an Studenten, hier herzukommen, hier zu stehen und nicht zu studieren. Auch andere Appelle gibt es. Der Ruf nach dem Rücktritt des Präsidenten ist erst jetzt verhallt da (der russische Außenminister Igor - MD) Iwanow hier eingetroffen ist, denn jetzt finden sie es nicht abenteuerlich. So fern mir bekannt ist, haben amerikanische Stellen sich ernsthaft besorgt gezeigt und erklärt, der Rücktritt



Schewardnadse wäre für sie auf keinen Fall zu akzeptieren. Herr Putin ist der gleichen Meinung und Herr Iwanow sagt das Gleiche. Abschließend möchte ich sagen, dass keines der Probleme unlösbar ist. (TS)

### **Schewardnadse entlässt den Chef des Nationalen Sicherheitsrates**

**Tiflis, 23.11.2003, RUSTAVI-2 TV, georg.**

Vor einigen Stunden ist die Meldung verbreitet worden, Schewardnadse habe den Sekretär des Sicherheitsrates Tedo Dschaparidse entlassen und für dieses Amt (den ehemaligen Vize-Staatsminister) Anzor Baluaschwili ernannt. Der Stabschef der Staatskanzlei Petre Mamradse bestätigte diese Meldung.

(Frage) Entspricht die Meldung über den Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes der Wahrheit?

(Petre Mamradse, Stabschef in der Staatskanzlei) Ja. Ich habe mich mit Herrn Tedo Dschaparidse in Verbindung gesetzt und er hat es bestätigt. Ihm wurde mitgeteilt, er sei nun entlassen und werde von Anzor Baluaschwili ersetzt.

(Frage) Haben Sie irgendein Dokument gesehen?

(Mamradse) Nein, offensichtlich ist es in Krzanisi (Regierungsresidenz - MD) verfasst und unterzeichnet worden. Weder ich noch Tedo Dschaparidse haben das Dokument gesehen. Man hat es ihm gesagt, er wurde angerufen und man hat es ihm mitgeteilt.

(Frage) Kann das etwas mit seinen letzten Äußerungen zu tun haben (Dschaparidse hatte sich am 21. November von den Parlamentswahlen distanziert - MD).

(Mamradse) Ein solcher Zusammenhang lässt sich schlecht ausschließen. Er (Dschaparidse - MD) hat dazu keine Stellung genommen. Er hat mich einfach nur informiert. (...) (TS)

### **„Ich gehe nach Hause“ - Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse gibt unter Druck sein Amt auf**

**Tiflis, 23.11.2003, IMEDI TV, georg.**

(Korrespondent) Ich sehe Eduard Schewardnadse die Stufen herunterkommen.

(Ein Journalist) Herr Präsident, haben Sie Ihren Rücktritt unterzeichnet?

(Schewardnadse) Ich muss sagen, dass ich in der ersten Hälfte des Tages anderer Meinung war (...). Jetzt sehe ich aber, dass all das, was geschieht, nicht ohne Blutvergießen abgehen kann. Wenn ich morgen gezwungen sein sollte, das mir unter solchen Umständen zustehende Recht zu nutzen, dann wird ernsthaftes Blutvergießen die Folge sein. Ich habe mein Volk nie betrogen und auch jetzt erkläre ich, dass es für den Präsidenten wohl besser ist zurückzutreten, damit all das ein Ende nimmt, ein friedliches Ende und es kein Blutvergießen und keine Opfer gibt. Das Gespräch mit Micha (Saakaschwili - MD), mit Surab (Schwanija -

MD) war sehr ernst. Ich bin ihnen dankbar für ihre Ehrlichkeit und ihre Ernsthaftigkeit. Wir hatten eine sehr gute Unterredung und ich denke...

(Korrespondent) Werden Sie Georgien verlassen?

(Schewardnadse) Wissen Sie, ich habe einmal gesagt, dass ich Rücktritte gewohnt bin. Es wird keine große Tragödie sein. Ich habe viel zu tun. Ich habe eine Menge zu schreiben. Um Ihnen die Wahrheit zu sagen, für mich persönlich ist es gut, denn ich habe vieles aufzuholen und einiges zu schreiben - solange ich noch am Leben bin.

(Korrespondent) Wo wollen Sie jetzt hin?

(Schewardnadse) Nach Hause.

(Journalist) Wer wird Präsident sein? Wer wird amtierender Präsident sein?

(Schewardnadse) Redet ihr, Journalisten, darüber und entscheidet.

(Journalisten) Haben Sie das Rücktrittsschreiben, das die Opposition Ihnen gebracht hat, unterzeichnet?

(Schewardnadse) Darüber haben wir nicht gesprochen. Wir hatten ein menschliches, normales Gespräch, ein sehr ernsthaftes, wie ich gesagt habe, und ich brauche keine Unterschriften.

(Journalist) An wen übergeben Sie die Macht, Herr Präsident?

(Schewardnadse) Das ist nicht mehr meine Sache.

(Journalist) Wohin gehen Sie, Herr Präsident?

(Schewardnadse) Nach Hause

(Frage) Wohin? Wohin?

(Männliche Stimme) Danke, danke. (TS)

### **Eduard Schewardnadse: Ich hätte schon früher gehen müssen**

**Tiflis, 24.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Georgiens Ex-Präsident Eduard Schewardnadse hat erklärt, er wäre schon früher zurückgetreten, hätten seine Minister ihn nicht unter Druck gesetzt. Schewardnadse sagte dies bei einem Treffen mit dem Patriarchen der Georgisch-Orthodoxen Kirche Ilia II. an einem unbekanntem Ort am 24. November, das vom Fernsehsender Rustawi-2 übertragen wurde.

„Es wäre besser gewesen, wenn ich diese Entscheidung bereits am Morgen (des 23. November – MD) bekannt gegeben hätte. Übrigens, Nanuli (Schewardnadses Frau – MD) und Paata (Schewardnadses Sohn – MD) sagten: Mach es schnell, tritt zurück. Aber meine gesamte Begleitung war dabei. (Premierminister – MD) Dschorbenadse sagte, dies und jenes

könnte geschehen, aber das sind begabte Leute und sie werden wohl allmählich lernen“, sagte Schewardnadse.

(Patriarch – MD) Ilia hatte zuvor Schewardnadse dafür gelobt, „das Wunder bewirkt zu haben“, ein Blutvergießen zu vermeiden. (TS)

### **„Nach dem Beispiel Jugoslawiens“ - Ex-Präsident Schewardnadse wirft „einigen Botschaften“ vor, die Lage in Georgien destabilisiert zu haben**

**Tiflis, 24.11.2004, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Wir können Ihnen jetzt noch einmal das Interview des ehemaligen Präsidenten Schewardnadse für die Agentur Reuters zeigen (Es scheint sich um einen Zusammenschnitt des Interviews zu handeln – MD).

(Schewardnadse, in russischer Sprache) Statt meinen Rücktritt zu erklären, hätte ich gestern auch dem Verteidigungs- und dem Innenminister die Order erteilen können, zur Gewalt zu greifen und die Demonstranten zu verjagen. Das wäre aber charakterlos gewesen. Ob sie es wollen oder nicht, ob sie mich respektieren oder nicht – sie sind meine Kinder, Bürger meines Landes. (...)

Möglicherweise sind wirklich Fehler gemacht worden. Mir ist entgangen, dass einige Botschaften und einige internationale Organisationen nach dem Beispiel Jugoslawiens hier alles importierten, das in Jugoslawien geschehen ist. Ich habe dem nicht viel Beachtung beigemessen. Ich meine die jungen Leute, die mit Flaggen herumliefen. Es waren übrigens keine Staatsflaggen, obwohl das nicht so wichtig ist. Ich dachte, sie würden sich nach einiger Zeit wieder beruhigen. Aber ich irrte mich. (...)

Hätte ich von Anfang an gehandelt, wäre möglicherweise eine Lösung gefunden worden. Aber dann zeigte es sich, dass das, was ich getan habe - ich habe den Ausnahmezustand erklärt und so weiter - der letzte Ausweg war. Ich dachte, das würde einige Demonstranten erschrecken. Aus Erfahrung weiß ich, dass es nicht so einfach ist, Demonstranten einzuschüchtern. Als die Plünderung begann, als Menschen in Geschäfte und so weiter einbrachen, sagte ich, das sei kein Spaß mehr, sondern sehr ernst. Waffeneinsatz war nicht die Lösung, denn es wäre Blut, eine Menge Blut geflossen. Ich bin viele Male gerettet worden und ich habe auch Georgien gerettet. Ich habe mir also nichts vorzuwerfen. So sollte es sein. (TS)

### **Saakaschwili: Wir sollten Schewardnadse sein normales Leben frei leben lassen - Oppositionsführer spricht sich im DW-TV gegen Strafverfolgung des Ex-Präsidenten aus**

**Berlin, 25.11.2003, DW-TV, engl.**

*Frage:* Ich fragte den georgischen Oppositionsführer Micheil Saakaschwili, der nach Ansicht vieler Beobachter ein wahrscheinlicher Präsidentschaftskandidat ist, was seine eiligsten Vorhaben seien, nun, da Präsident Schewardnadse zurückgetreten ist.

*Antwort:* Für uns ist der wichtigste Punkt, in dieser Übergangszeit die Stabilität aufrecht zu erhalten. Der georgische Staat ist derzeit allgemein sehr fragil. Nun, unsere Revolution war sehr friedlich. Kein einziger Schuss fiel. Es gab fast überhaupt keine Gewalt. Es war also wirklich ein bemerkenswertes Ereignis. Wir möchten das natürlich so beibehalten, es ruhig und organisiert halten (...) und es den Menschen ermöglichen, eine neue Seite aufzuschlagen. Jetzt im Moment sind wir sehr froh, denn die Nation scheint sehr einig zu sein. (...) Wir werden auch diese ungeheure Verantwortung nutzen, um es den Menschen irgendwie plausibel zu machen, ihnen das Gefühl zu geben, dass wir die Chance haben, die Dinge zu verbessern.

*Frage:* Gehen wir davon aus, dass Stabilität gewährleistet ist, haben Sie dann die Absicht, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren?

*Antwort:* Das ist zu früh zu sagen. Sicher, ich bin der Chef der populärsten und am besten organisierten Partei hier, aber es geht darum, die Einheit der Opposition zu erhalten. Daher stimmen wir uns natürlich mit den anderen Oppositionsparteien ab. In jedem Fall wird in den kommenden zwei oder drei Tagen die richtige Entscheidung getroffen.

*Frage:* Wird Herr Schewardnadse sich möglicherweise strafrechtlich verantworten müssen?

*Antwort:* Nein, Nein. Ich bin zwar nicht in der Lage, irgendwelche offiziellen Garantien abzugeben. Ich bin derzeit lediglich das Oberhaupt der kommunalen Selbstverwaltung in der Hauptstadt und der Führer der Opposition, aber meine persönliche Auffassung ist, dass seine Sicherheit garantiert werden sollte. Er muss sich bewusst sein, es gab einige riesige Demonstrationen und die Menschen waren sehr aufgebracht. Einige Aktivisten unserer Partei beschützten seine Residenz von außen, so dass niemand irgendwelche Sicherheitsprobleme verursachen konnte. Ich bin der Meinung, man sollte ihn einfach als privaten Bürger leben lassen. Wir sollten ihn sein normales Leben frei leben lassen. Das ist eine Frage des Respekts vor unserer Geschichte und unserer eigenen Selbstachtung, dafür zu sorgen, dass der frühere Präsident in seinem eigenen Land frei leben und sich frei bewegen kann und nicht behelligt und hinausgejagt wird. (MK)

## **Zum Schluss das Richtige getan - Schewardnadse macht mit Rücktritt Weg für Neuanfang in Georgien frei**

**Bonn, 23.11.2003, DW-RADIO / Russisch, Miodrag Soric**

Angesichts der friedlichen, aber entschiedenen Massenaufstands gegen seine Macht hat der georgische Präsident Eduard Schewardnadse zum Schluss doch noch einmal das Richtige getan: er ist zurückgetreten. Noch einen Tag zuvor (22.11.) hatte er durch die Ausrufung des Notstandes und andere martialische Erklärungen Befürchtungen geweckt, der Wandel in Georgien könnte doch noch in einem Blutbad enden. Jetzt ist also der Weg für einen Neuanfang frei - aber ob die jetzt jubelnde Opposition konstruktiv zum Wohle des Landes agieren oder sich in Machtkämpfen aufsplintern wird, ist noch offen. Miodrag Soric kommentiert:

Das Schicksal des bisherigen georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse ist besiegelt: Er ist - wenn auch widerwillig - zurückgetreten. In Georgien geht eine Ära zu Ende. Über Wochen hinweg hat Schewardnadse die politische Lage falsch eingeschätzt. Das Volk wollte

einen politischen Neuanfang - ohne Schewardnadse und seinen Clan, die sich in den vergangenen Jahren hemmungslos bereichert hatten.

Der Präsident unterschätzte seine politischen Gegner. Ihnen ist es gelungen, die Massen zu mobilisieren. Mit wehenden Fahnen stürmten am Samstag (22.11.) die Menschen ins Parlament und vertrieben den greisen Präsidenten samt seiner Leibwächter. Fernsehkameras übertrugen diese Bilder in die ganze Welt.

Diese Demütigung hätte sich der 75jährige Schewardnadse ersparen können. Einen würdigen Abgang hätten ihm nicht nur die Georgier, sondern auch viele im Westen gewünscht. Schließlich war es Schewardnadse, der 1992 seine Heimat vor einem länger andauernden Bürgerkrieg bewahrt hatte. Im Westen erinnern sich noch viele an Schewardnadses Rolle bei der Wiedervereinigung Deutschlands und der Beendigung des Kalten Krieges.

Schewardnadse hat in seinem Leben politische Geschichte geschrieben. Es schmerzte zu sehen, wie er sich an die Macht klammerte, wie er hilflos an die Sicherheitskräfte appellierte, den "Staatsstreich der Opposition", wie er es nannte, zu beenden.

Dabei verhielt sich die Armee und die reguläre Polizei sehr verantwortungsbewusst. Sie schritt nicht gegen die Demonstranten ein. Ein Großteil der Generäle verweigerte Schewardnadse die Gefolgschaft. Auch deshalb blieb ihm am Ende nichts anderes übrig als zurückzutreten. Die "samtene Revolution" in Tiflis verlief praktisch gewaltfrei.

Schon einmal vor 13 Jahren, in der Endphase der UdSSR, demonstrierten auf den Plätzen in der Hauptstadt ebenfalls Hunderttausende von Menschen. Damals forderten sie Demokratie und die Unabhängigkeit Georgiens. Sowjetische Sicherheitskräfte gingen brutal mit Spaten und Kampfgas gegen die Demonstranten vor. Viele kamen ums Leben. Diese Erinnerung wirkt wie ein Trauma bei den Georgiern nach - bis heute. Das war eine der Gründe, weshalb sich in den vergangenen Wochen die Soldaten zurückgehalten haben und die Proteste friedlich abliefen.

Wie geht es weiter in Georgien? Noch hat sich das neu gewählte Parlament nicht konstituiert. Parlamentspräsidentin der bisherigen Volksversammlung war Nino Burdschanadse. Sie ist jetzt die amtierende Staatsoberhaupt. Burdschanadse ist eine erfahrene, verantwortungsbewusste Politikerin. Sie ist kein Heißsporn wie der 35jährige Oppositionsführer Micheil Saakaschwili, der mit populistischen Parolen die Menschen für sich einzunehmen versucht.

Schewardnadse hat mit seinem Rücktritt den Georgiern einen letzten Dienst erwiesen und einen halbwegs geordneten Machtwechsel möglich gemacht. Bald wird es Neuwahlen geben. Einig war die Opposition bislang deshalb, weil sie ein gemeinsames Ziel verfolgte: den Rücktritt Schewardnadses. Jetzt steht es zu befürchten, dass der Kampf um die Macht zu Zwietracht führen wird. Die Gefahr eines Bürgerkrieges in Georgien ist noch nicht gebannt.

Die Regierungen in Moskau und Washington werden auch weiterhin genau beobachten, wie sich die Lage im Kaukasus entwickelt. Beide Staaten haben im Grenzland zwischen Orient und Okzident strategische Interessen. Dabei geht es vor allem um das kaspische Öl, genauer: um die Pipelines, die das "schwarze Gold" in den Westen bringen. Die Russen sind daran interessiert, dass die Routen über ihr Territorium verlaufen. Die Amerikaner wollen genau das verhindern und bauen deshalb eine Pipeline, die über Aserbaidshan und Georgien in die Türkei führt. Schewardnadse hatte sich bei dieser Neuauflage des "great game", (das vor

hundert Jahren zwischen Russland und Großbritannien um den beherrschenden Einfluss im Mittleren Osten gespielt wurde), auf die Seite der Amerikaner geschlagen. Moskau hat ihm das nicht verziehen. Es unterstützte die Separatisten in Georgien, so dass das Land unter der Präsidentschaft Schewardnadses nie zur Ruhe kam. Auch das ist jetzt dem georgischen Staatsoberhaupt zum Verhängnis geworden. (TS)

### **III. Weichenstellungen für die staatliche Neuordnung**

#### **„Einen neuen, starken Staat aufbauen“ - Georgiens amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse kündigt Parlaments-Neuwahlen an**

**Tiflis, 23.11.2003, RUSTAWI-2, georg.**

Die amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse sagte in ihrer Ansprache an das georgische Volk, gemäß Artikel 76 der georgischen Verfassung habe sie die Pflichten des Präsidenten zu übernehmen. Da die Parlamentswahlen vom 2. November vollkommen gefälscht worden seien, blieben die parlamentarischen Vollmachten bei den 1999 gewählten Abgeordneten.

„Wir konnten mit friedlichen Mitteln, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, die schwerste Krise in Georgien in der neuesten Geschichte überwinden. Der Polizei, der Armee und anderen Machtstrukturen, die in den schwersten Tagen an der Seite des Volkes standen, gebührt der Dank der Öffentlichkeit“, sagte sie.

Das Land müsse jetzt seinen normalen Lebensrhythmus wieder finden. Es müsse für Ordnung und Stabilität gesorgt werden. Burdschanadse appellierte an alle Vertreter der Rechtsschutzorgane, ihre Arbeit sofort wieder zu übernehmen „und diesen Dienst am Volk, am Land fortzusetzen“. Die Kampagne des Ungehorsams sei vorbei. Der Termin der Wahlen werde entsprechend der Verfassung festgelegt werden.

Zu Georgiens ausländischer Orientierung sagte Burdschanadse: „Von morgen an sollten wir den außenpolitischen Kurs, den wir am ersten Tag unserer Unabhängigkeit gewählt haben, als wir beschlossen, uns in Richtung europäische Strukturen zu bewegen und so bald wie möglich würdiges Mitglied der euroatlantischen Strukturen, eine europäische Familie zu werden, kontinuierlich fortsetzen.“

„Wir sollten alles tun, um zu unseren Nachbarstaaten normale Beziehungen zu haben, die gutnachbarlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten und einem so großen Staat wie Russland zu festigen.“

„Von morgen an wird uns eine historische Chance gegeben, unseren Staat auf den Weg in Richtung europäische Familie zu führen. Wir haben eine historische Chance, mit gemeinsamen Kräften einen neuen, starken, unabhängigen Staat aufzubauen.“

„Heute haben wir, indem wir zusammengehalten haben, bewiesen, dass wir den Sieg erreichen können, dass wir einen unvorstellbaren Erfolg erreichen können, dass wir unsere Rechte, die Würde der Nation sowie die Würde jedes Einzelnen von uns verteidigen können. Das gleiche können wir morgen tun und ein Land aufbauen, das wir alle verdienen“, erklärte Nino Burdschanadse abschließend. (TS)

## **Micheil Saakaschwili: Die Zeit der Ein-Mann-Herrschaft in Georgien ist vorbei - Regelung der Beziehungen zu „allen georgischen Regionen“ als vorrangiges Ziel**

**Tiflis, 26.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

(...) Es war eine echte friedliche Revolution, die - mit Gottes Hilfe - eine friedliche, samtene Rosenrevolution geblieben ist. In diesen Tagen war es besonders wichtig, dass wir zusammengehalten haben. Besonders wichtig war die Rolle Nino Burdschanades, die zum neuen Gesicht eines neuen, revolutionären Georgiens geworden ist. Daher ist es für mich sehr wichtig zu sagen, dass wir in der Tat vorhaben, sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen zu gewinnen. Nichts wird uns im Wege stehen. Ich bin zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in Georgien bereit. Wir sind bereit für einen überzeugenden Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Es ist unsere gemeinsame Entscheidung, dass Nino Burdschanadse, das wohl liebenswerteste politische Gesicht in Georgien, unsere Liste anführen wird. Der Liste werden auch unsere Aktivisten, unsere Bürger und die besten Vertreter der Öffentlichkeit angehören.

Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Ära der Ein-Mann-Herrschaft in Georgien vorbei ist. Unsere Aufgabe ist es, den Weg gemeinsamer Entscheidungen zu beschreiten, die sich auf politischen und öffentlichen Konsens stützen. Das sollte Stabilität, Frieden und Ruhe gewährleisten und dazu führen, dass das Land aus der schrecklichen und ernsten Krise, in die es geraten ist, wieder herauskommt.

Die wichtigste Aufgabe für uns jetzt und in der Zukunft wird es sein, die Beziehungen zu allen georgischen Regionen, insbesondere der Autonomen Republik Adscharien zu regeln. Für uns ist es besonders wichtig, dass die Beziehungen zu allen unseren Nachbarn geregelt werden und insbesondere mit Russland, das in den letzten Tagen der Revolution durch die Anwesenheit seines Außenministers hier eine wichtige Rolle gespielt hat. Natürlich ist es wichtig, dass wir solche Garantien bereits erhalten haben - unsere westlichen Freunde kommen uns zur Hilfe und - gemeinsam mit anderen Ländern, insbesondere mit Russland - können wir unser Land wieder auf die Beine stellen und Stabilität und Frieden bewahren. (...)

Jeder georgischen Familie möchte ich sagen, dass es natürlich in einer, zwei oder drei Wochen oder vielleicht in zwei Monaten keine Wunder geben wird. Das Wichtigste ist aber, die nächsten 40 Tage zu überleben und den Frieden und die Ruhe zu bewahren. Danach, wenn Sie uns das Mandat erteilt haben, Georgien auf exekutiver und legislativer Ebene zu regieren, werden wir beginnen, alle Versprechungen, die wir gemacht haben, umzusetzen. Selbstverständlich kann nicht über Nacht ein Wunder geschehen, aber es werden resolute Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass jeder Bürger Georgiens, jede ethnische Gruppe in Georgien eine Chance hat auf ein normales Leben, eine Chance, sich zu entwickeln und eine Zukunft zu haben. Das ist der Grund, warum die Rosenrevolution nicht stattgefunden hat, damit eine einzige politische Gruppe an die Macht kommt. (...) Die Revolution dauert an und wird erst enden, wenn Georgien ein entwickeltes, glückliches und stabiles Land ist - ein Beispiel für den Rest der Welt. (TS)

**„Oberste Priorität sind normale Beziehungen zu Russland“ – Saakaschwili rechnet mit stabilisierender Rolle Moskaus im Dialog zwischen Tiflis und Batumi**

**Moskau, 26.11.2003, INTERFAX, russ., nach NTW**

Micheil Saakaschwili, der Kandidat für das Amt des Präsidenten Georgiens, hat die Hoffnung geäußert, dass Russland eine stabilisierende Rolle bei der Regelung der Beziehungen zwischen Tiflis und Batumi spielen werde. „Adscharien kann sich nicht für unabhängig erklären, da das nie der Fall sein kann. Probleme müssen immer auf dem Verhandlungsweg gelöst werden. Ich denke, dass Russland hier eine stabilisierende Rolle spielen könnte“, erklärte Micheil Saakaschwili am Mittwochabend (26.11.) im Fernsehsender NTW. „Abchasien und Südossetien stellen in den letzten Jahren ein Problem dar. Auch mit Adscharien haben wir in den letzten zehn Jahren diese Probleme, aber man darf Adscharien und Abchasien nicht mit dem gleichen Maß messen“, sagte er.

Was mögliche Änderungen am politischen Kurs Georgiens angeht, so betonte der Präsidentschaftskandidat, dass „sich kein verantwortlicher Politiker eine drastische Kursänderung erlauben darf“. „Ich denke, dass unsere oberste Priorität derzeit darin besteht, normale Beziehungen zu Russland aufzubauen. Ich habe heute bereits gesagt, dass Schewardnadse weder gute noch schlechte Beziehungen zu Russland hatte – er hatte keine normalen Beziehungen zu Russland. Sie waren voller Komplexe und verschiedener Konfliktsituationen. Man muss erreichen, dass die Beziehungen zwischen den Staaten eng und normal sind, dass sie auf der Zusammenarbeit basieren“, sagte er. (...) (lr)

**„Wir wollen die georgische Gesellschaft nicht erneut spalten“ - Übergangspräsidentin Nino Burdschanadse zu den kommenden Wahlen und dem Verhältnis zu Eduard Schewardnadse**

**Bonn, 27.11.2003, DW-RADIO / Russisch**

Die amtierende Präsidentin Georgiens, Nino Burdschanadse, hat in einem Exklusiv-Interview für die Deutsche Welle Fragen über die wichtigsten Aufgaben für die kommenden 45 Tage, die „amerikanische Spur“ bei der „Rosenrevolution“, die Beziehungen zu Russland, aber auch über den wirtschaftlichen Einfluss des Umfelds von Eduard Schewardnadse in Georgien beantwortet.

*Frage:* Frau Burdschanadse, welche Gefühle überwiegen bei Ihnen zurzeit: Freuen Sie sich und sind Sie mit dem Sieg der Opposition zufrieden oder sind sie beunruhigt und machen sich Sorgen um Georgien?

*Nino Burdschanadse:* Ich bin natürlich froh, dass die Opposition gesiegt hat. Das war ein Sieg des gesamten georgischen Volkes bei Kampf für Demokratie. Die Menschen haben zehn Jahre lang vieles erliden müssen: Sie hatten keinen Strom, sie erhielten keine Gehälter und es fehlten die elementaren sozialen Bedingungen, aber sie protestierten nicht. Sie beschwerten sich und bewahrten dabei Ruhe. Die Menschen gingen auf die Straße als sie begriffen, dass die Demokratie in Gefahr ist. Ich freue mich über den Sieg, aber jetzt bin ich beunruhigt und mache mir Sorgen, wir könnten bis zu den Präsidentenwahlen im Januar 2004 die Stabilität nicht bewahren.



*Frage:* Für die kommenden Wahlen ist von der Opposition nur ein Kandidat aufgestellt worden - Micheil Saakaschwili. Jetzt ist er zu Ihrem politischen Partner geworden. Bei den vergangenen Parlamentswahlen war er aber noch Ihr Konkurrent. Wie passt das zusammen?

*Nino Burdschanadse:* Bei den Parlamentswahlen waren wir Konkurrenten, aber die der Demokratie drohende Gefahr hat uns vereint. Wenn Zehntausende von Menschen, die in religiöser, nationaler oder politischer Hinsicht verschieden sind und unterschiedliche Sympathien und Antipathien haben, bei der Verteidigung der Demokratie nicht zusammengehalten hätten, dann hätten wir nicht gesiegt. Das Wichtigste ist jetzt, politischen Streit zu vermeiden. Die Opposition muss die Einheit bewahren und die Situation im Lande aufrechterhalten. Wenn sowohl ich als auch Micheil Saakaschwili bei den Wahlen als Kandidaten für das Präsidentenamt antreten würden, dann würde es zu einem ernsten Kampf kommen, was erneut die Gesellschaft spalten könnte. Das dürfen wir nicht zulassen. Uns sind die Interessen des Staates wichtiger als der Kampf um diesen Posten, sogar um einen so wichtigen.

*Frage:* Wie sieht der Aktionsplan für die nächste Zeit aus?

*Nino Burdschanadse:* In 45 Tagen kann man im Lande nichts radikal verändern. Man muss einen Geist von Stabilität und Zusammenarbeit an den Tag legen. Mir ist es wichtig, dass diejenigen Minister von ihrem Amt zurücktreten, die entweder korrupt sind oder unzureichende Kompetenz besitzen sowie die Situation oder ihre Aufgaben nicht bewältigt haben. Es ist wichtig, dass das Volk sieht, dass im Lande Veränderungen einsetzen.

*Frage:* Ein Teil der russischen Führung spricht davon, dass die "Rosenrevolution" von Amerika inszeniert wurde. Wie denken Sie darüber? Wie sollten sich die Beziehungen zu Russland entwickeln?

*Nino Burdschanadse:* Wir sind an gutnachbarschaftlichen Beziehungen interessiert. Es gibt aber gewisse Momente, die unsere Beziehungen stören, dazu zählen auch Äußerungen der Politiker, die von einer „amerikanischen Spur“ sprechen. Das Volk ist schließlich auf die Straße gegangen. Wenn man genau hinsieht, dann haben die USA alles dafür getan, damit in Georgien normale Wahlen stattfinden. Sie bitten nur um freie und demokratische Wahlen. Ich denke, das ist absolut fair. Wir wollen doch auch in Georgien einen normalen, gerechten Staat aufbauen.

*Frage:* Beabsichtigen Sie, mit dem ehemaligen Präsidenten Eduard Schewardnadse zusammenzuarbeiten oder haben Sie vor, ihn zur Verantwortung zu ziehen?

*Nino Burdschanadse:* Wir haben deutlich erklärt, dass Herr Schewardnadse volle Immunität genießt. Er ist geschützt und seine Sicherheit ist garantiert. Niemand beabsichtigt, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Natürlich, wenn der Präsident interessante und vernünftige Vorschläge machen wird, dann wird man sie prüfen. Eduard Schewardnadse ist ein sehr erfahrener Politiker. Seinerzeit hat er viel dafür getan, damit in Georgien demokratische Institutionen entstehen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass er am Ende seiner Karriere ernsthafte politische Fehler zugelassen hat, die solche Folgen gehabt haben. Ich kann Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen: Es ist schade, dass ein Mann, der mit goldenen Lettern in die Geschichte Georgiens hätte eingehen können, unter Losungen von Demonstranten, dazu noch unter nicht sehr positiven Losungen, zurücktreten musste.

*Frage:* Die Familie Schewardnadse spielt in der Wirtschaft des Landes eine bedeutende Rolle. Seine Verwandten haben mehrere Unternehmen privatisiert. Wird dies alles unverändert bleiben?

*Nino Burdschanadse:* Leider haben die Familie und das nähere Umfeld von Schewardnadse tatsächlich genug getan, um das Ansehen des Präsidenten ernsthaft zu beschädigen. Ich wollte jetzt nicht darüber reden, aber wenn Sie schon fragen, dann muss ich eine Antwort geben. Wenn das eine oder andere Unternehmen oder Eigentum gesetzwidrig privatisiert wurde, dann werden jene Personen bestraft. Egal, ob es sich dabei um ein Mitglied der Familie Schewardnadse oder meiner Familie handelt. In einer Demokratie ist es nicht ausschlaggebend, wer jemand ist. Demokratie lässt erkennen, wer was getan hat, und inwiefern der eine oder andere Mensch oder das eine oder andere Unternehmen rein vor dem Gesetz ist. Wenn alles, was sie besitzen, rechtmäßig erworben wurde, dann wird sie niemand antasten. (MO)

**„Die Revolution ist vorbei, jetzt müssen in Georgien Recht und Ordnung hergestellt werden“ –Surab Schwanija im ersten Interview nach seiner Ernennung zum Staatsminister**

**Moskau, 28.11.2003, NESAWISSIMAJA GASETA, russ., Eteri Kakabadse**

Surab Schwanija, einer der Anführer der georgischen Revolution, ist gestern (27.11.) zum Staatsminister Georgiens ernannt worden. Nach der Verfassung des Landes ist es das dritthöchste Amt im Staat. Sein erstes Interview nach seiner Ernennung gab Surab Schwanija der „Nesawissimaja gaseta“.

*Aus dem Dossier der „Nesawissimaja gaseta“:* Surab Schwanija, 40 Jahre alt, Biologe, Absolvent der Staatsuniversität Tiflis. Beherrscht Russisch und Englisch. Aktiver Teilnehmer der Nationalen Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit Georgiens in den 80er Jahren. Die politische Karriere begann er in der Partei der Grünen, wechselte im Jahr 1993 in die Mannschaft von Präsident Schewardnadse und wurde Generalsekretär der Präsidentenpartei „Bürgerunion Georgiens“. Schwanija war Abgeordneter der Parlamente dreier Legislaturperioden, von 1995 bis 2001 Parlamentsvorsitzender. Im November 2001 trat er zurück und forderte auch den Rücktritt der Regierung. Danach bricht Schwanija endgültig mit der regierenden Partei und wechselt in die Opposition zu Präsident Schewardnadse. Im Jahr 2002 gründet er seine Partei „Vereinigte Demokraten“, der sich im nachhinein die Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse anschließt.

*Frage:* Die Rosenrevolution, die Sie und ihre Kampfgenossen gemacht haben, ruft in den politischen Kreisen keine eindeutige Reaktion hervor. Die Ereignisse vom 22. und vom 23. November werden sowohl als Machtusurpation als auch als bewaffneter Staatsstreich bezeichnet. Sie stimmen dem natürlich nicht zu?

*Antwort:* Ich bin nicht der Meinung, dass das ein Staatsstreich war. Es war eine Massenkundgebung des Volkes zum Schutz seiner Verfassungsrechte. Ich vertrete weiterhin diesen Standpunkt. In eine Revolution mit Rosen hat sie sich verwandelt, nachdem wir keine vernünftige Antwort auf unsere Forderungen von der ehemaligen Regierung bekommen hatten. Danach fing das Volk zusammen mit uns an, den Rücktritt von Eduard Schewardnadse zu fordern. Der Druck des Volkes war es, unter dem der Präsident zurücktrat. Ich möchte besonders hervorheben, dass dabei weder von Waffen noch von Gewalt weder von der einen

noch von der anderen Seite Gebrauch gemacht wurde. Bereits seit den ersten Minuten der Revolution war klar, dass die Polizei und die Machtstrukturen auf der Seite des Volkes stehen und keine Waffen einsetzen werden, egal, welchen Befehl sie erhalten werden. Zum Glück hat sich auch kein Mensch gefunden, der es gewagt hätte, den Befehl zu erteilen, Gewalt gegen das eigene Volk anzuwenden. Nach dem Rücktritt von Präsident Schewardnadse verläuft alles genau nach den Gesetzen des Landes.

*Frage:* Was können Sie zur Rolle des Außenministers Russlands Igor Iwanow bei der friedlichen Regelung der politischen Krise sagen?

*Antwort:* Igor Sergejewitsch hat eine bedeutende Rolle dabei gespielt, dass in Georgien kein Blut vergossen und die Krise auf friedlichem Wege beigelegt wurde. Die Tatsache, dass Präsident Putin es für notwendig hielt, in diesen für Georgien schwierigen Tagen den Außenminister zu uns zu schicken, zeugt zweifelsohne davon, wie sehr Russland an einem stabilen und friedlichen Georgien interessiert ist. Wir wissen diese Entscheidung von Wladimir Wladimirowitsch Putin zu schätzen, wir wissen die Botschaft zu schätzen, mit der der Außenminister Russlands nach Tiflis kam, wie sorgfältig und gleichzeitig rücksichtsvoll er zwei Tage lang sowohl mit der Opposition als auch mit Präsident Schewardnadse arbeitete. Ihm gebührt das enorme Verdienst, dass diese Konfrontation friedlich und würdig ausging. Es wäre meiner Ansicht nach sehr schwierig, sich den Dialog zwischen dem Präsidenten Schewardnadse und den Führern der Opposition, an dem auch ich teilgenommen habe, ohne Iwanow vorzustellen. Ich möchte betonen, dass Igor Iwanow versucht hat, eine Lösung der Krise ohne den Rücktritt des Präsidenten zu finden. Leider haben sich aber die Ereignisse zu rasch entwickelt und die Stimmung im Volk war so radikal geworden, dass es bereits keinen anderen Ausweg gab.

*Frage:* Könnten Sie darüber berichten, in welcher Atmosphäre dieses historische Treffen in der Residenz Krzanisi am Abend des 23. November verlief?

*Antwort:* Dieses Treffen wird tatsächlich in die Geschichte Georgiens eingehen. Präsident Schewardnadse war überraschend ruhig, ich würde sogar sagen, in einer erhabenen Stimmung, zeigte keine Anzeichen von Nervosität. Es war ein schwieriges Treffen. Es wäre sowohl für mich als auch für Mischa Saakaschwili viel einfacher gewesen, wenn er sich mit uns gestritten hätte, wenn er versucht hätte, zu beweisen, dass wir im Unrecht sind. Er war aber ruhig und ausgeglichen und sagte, dass er aus dem Gefühl der Pflicht und der Verantwortung für die Zukunft seines Landes heraus beschlossen habe, zurückzutreten. Er verhielt sich sehr wohlwollend, war weder gereizt, noch erbost. Der Präsident sagte mit einer ausgewogenen und ruhigen Stimme, dass er sein Leben lang ehrlich seinem Land und seinem Volk gedient habe, dass er viel getan habe, dass er ab und zu auch Fehler gemacht habe. Auch uns erteilte er Ratschläge. Er sagte uns, was er für das Wichtigste für das künftige Georgien hält. Und als er zum wichtigsten Punkt kam, sagte er einfach, dass er gehe ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. Uns wünschte er Erfolg. Er ist schön, in Würde gegangen...

*Frage:* Hatten die Anführer der Revolution danach noch irgendwelche Kontakte zum Ex-Präsidenten?

*Antwort:* Ich möchte Schewardnadse nicht als Ex-Präsidenten bezeichnen. Ein Präsident bleibt auch nach dem Rücktritt Präsident. Nach diesem Treffen hat niemand von uns Kontakt zu ihm aufgenommen, obwohl ich täglich mit dem Chef seiner persönlichen Leibwache telefoniere, um sicher zu gehen, dass der Präsident keine Probleme hat. In der nächsten Zeit werden wir ein entsprechendes Gesetz annehmen, dass Schewardnadse nicht nur erlauben

wird, in der selben Residenz zu leben, in der er die ganzen Jahre wohnte, sondern auch über seinen persönlichen Schutz und alles, was einem Präsidenten zusteht, auch wenn er bereits zurückgetreten ist. Ich will, dass wir auch die ehemaligen Präsidenten gebührend respektieren.

*Frage:* Haben denn die jungen Politiker, die in Georgien an die Macht gekommen sind, vor, die Erfahrungen und das Ansehen von Präsident Schewardnadse zu nutzen? Oder wird er gezwungen sein, nur Memoiren für die Nachkommen zu schreiben?

*Antwort:* (...) Ich bin der Ansicht, dass sowohl das Ansehen als auch die Erfahrungen von Schewardnadse genutzt werden müssen. Ich hoffe, er wird nichts dagegen haben.

*Frage:* Wie sehen die Pläne der neuen Regierung Georgiens für die nächste Zeit aus, bis im Land der Präsident und das Parlament gewählt werden? Diese 45 Tage vor den Wahlen sind schließlich eine Probezeit für die Opposition.

*Antwort:* Das Wichtigste ist für uns jetzt, kein Chaos im Land zuzulassen und das Leben in die normale Bahn zurückzuführen, keine Unregelmäßigkeiten bei der Versorgung mit Brot und Strom zuzulassen, zu versuchen, den Haushalt zu ordnen, eine Grundlage für die Durchführung gerechter demokratischer Wahlen vorzubereiten. Möglichst schnell müssen die „Ausgaben“ der Revolution beglichen werden. Schon bald wird die Bildung der neuen Regierungsstrukturen abgeschlossen sein. Natürlich werden wir kategorisch solche Sachen wie die Eroberung der administrativen Gebäude und der Macht vor Ort unterbinden. Wir haben bereits die Rechtsschutzorgane und die Administrationsleiter aufgerufen, jegliche Erscheinungen von Willkür und Vorgehen in unserem Namen zu unterbinden. Andere Methoden erkennen wir nicht an. Die Revolution ist vorbei, jetzt muss in Georgien Ordnung und Gesetzlichkeit hergestellt werden.

*Frage:* Die letzten politischen Ereignisse in Georgien haben die Beziehungen zwischen dem Zentrum und Adscharien weiter zugespitzt. Die Autonomie hat sich vom Rest des Landes abgeschottet, den Ausnahmezustand verhängt. Der adscharische Präsident hat intensive Verhandlungen mit Vertretern der übrigen georgischen Autonomien – Abchasien und Südossetien – aufgenommen. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

*Antwort:* Adscharien ist ein Thema für sich. Dieser Tage habe ich mit Aslan Abaschidse telefoniert und habe großes Interesse an einem ständigen Dialog geäußert. Es ist uns sehr wohl klar, dass die Beziehungen zu Adscharien eine besondere Herangehensweise erfordern, dass die Führung der Autonomie in die Erarbeitung aller Entwürfe des Staatsaufbaus, in die Fassung aller wichtiger Beschlüsse einbezogen werden muss. Wir werden von unserer Seite alles Mögliche und sogar Unmögliches tun, damit es keine Reibereien mit der Autonomen Republik Adscharien gibt, die ein großer Teil unseres Staates ist.

*Frage:* Wie werden die Beziehungen der jetzigen Regierungspartei zu den ehemaligen Kollegen aus der Opposition aufgebaut werden, wenn man berücksichtigt, dass viele von ihnen die samtene Revolution „nicht verstanden haben“ und immer häufiger von der Machtusurpation durch die Nationalisten und die Demokraten sprechen?

*Antwort:* Um Voraussetzungen für einen freien und normalen Wahlkampf zu schaffen, wollen wir mit allen zusammenarbeiten. Wir sind sogar bereit – sollte das in dieser Etappe möglich sein – Änderungen an der Gesetzgebung mit dem Ziel zu erörtern, die Hürde zu senken, die genommen werden muss, um ins Parlament zu kommen, damit im obersten gesetzgebenden Organ ein breites politisches Spektrum vertreten ist.

*Frage:* Die „Nationale Bewegung“ und der Block „Burdschanadse - Demokraten“ wollen bei den Parlamentswahlen als einheitlicher Block auftreten. Was steckt hinter diesem Beschluss?

*Antwort:* Wir wollen ein neues Georgien schaffen, in dem Beschlüsse nicht mehr von einzelnen Personen getroffen werden, in dem das politische System nicht nur auf eine einzige Person – den Präsidenten - ausgerichtet ist, in dem es zu ernsthaften und tiefgreifenden Verfassungsänderungen kommen wird, wo es ein Ministerkabinett geben wird, wo das Parlament breitere Vollmachten haben wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir das französische Modell des Staatsaufbaus als Grundlage benutzen, wo nicht eine Person, sondern eine Mannschaft von Gleichgesinnten Beschlüsse fasst und die Verantwortung unter sich teilt.

*Frage:* Wie will die neue Führung Georgiens ihre Beziehungen zu Russland gestalten?

*Antwort:* Unter dem sehr schweren Erbe, das uns von der ehemaligen Regierung zugefallen ist, ist eines der Hauptprobleme der Haufen ungelöster Fragen in den Beziehungen zu Russland. Hier gibt es sehr viele Fragezeichen und Hürden auf dem Weg zur normalen und gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit. Wir bleiben Anhänger der europäischen Entwicklung Georgiens, halten dabei die Normalisierung der russisch-georgischen Beziehungen für eine der obersten Prioritäten. Wir möchten eine qualitativ neue Etappe in der Kooperation zwischen unseren Staaten einleiten, die sich durch Konstruktivität und Fruchtbarkeit hervortut.

*Frage:* Zum Symbol der Revolution sind Rosen geworden. Das Bild, wo der Vorsitzende der „Nationalen Bewegung“ Micheil Saakaschwili an der Spitze der oppositionellen Abgeordneten in den Sitzungssaal des Parlaments mit Blumen in der Hand eingedrungen ist, wurde praktisch von allen Fernsehsendern ausgestrahlt. Wer hat die Revolution mit Rosen versorgt? Gab es doch wirklich Unmengen davon.

*Antwort:* Die selben Leute, die die Stadt in jeder anderen, nicht revolutionären Zeit mit Blumen versorgen. Es ist einfach jemand auf diesen Gedanken gekommen, alle anderen schlossen sich an, kauften Blumen und schenkten sie denjenigen, die auf der anderen Seite der Barrikaden standen, und den Polizisten. (lr)

### **Washington erkennt georgische Interimspräsidentin Burdschanadse an – Wortlaut der Erklärung des US-Außenministeriums**

**Tiflis, 24.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

US-Außenminister Colin Powell hat in einem Telefongespräch mit Nino Burdschanadse, der amtierenden Präsidentin Georgiens, sie und ihre Kollegen unterstützt und ermutigt. In einer Erklärung, die das US-Außenministerium nach dem Telefongespräch verbreitete, heißt es, „die Vereinigten Staaten treten für die Stabilität und Souveränität eines demokratischen Georgiens ein und versichern, dem georgischen Volk bei der Überwindung der Krise zu helfen“.

Wortlaut der Erklärung:

Die Vereinigten Staaten treten für die Stabilität und Souveränität eines demokratischen Georgiens ein und versichern, dem georgischen Volk bei der Überwindung der Krise zu

helfen. Das georgische Volk hat den Aufruf von Micheil Saakaschwili und dessen Kollegen innerhalb der Opposition, eine neue Etappe in der georgischen Politik einzuleiten, gehört.

Wir freuen uns, mit der Interimspräsidentin Burdschanadse bei ihren Bemühungen, die Integrität der Demokratie Georgiens aufrechtzuerhalten, zusammenzuarbeiten, da sie bestrebt ist, sicherzustellen, dass der Regierungswechsel gemäß der Verfassung verläuft. Die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft sind bereit, die neue Regierung bei der Durchführung künftiger freier und fairer Parlamentswahlen gemäß der Verfassung zu unterstützen. Außenminister Powell hat der Interimspräsidentin Burdschanadse unsere Hilfe angeboten und ermutigte sie und ihre Kollegen, gemäß der Verfassung Georgiens weiter vorzugehen.

Wir wissen, dass Präsident Schewardnades Entscheidung schwierig war, aber er entschied sich im Interesse des georgischen Volkes. Präsident Schewardnadse war eine große Figur in der georgischen Geschichte und ein enger Freund der Vereinigten Staaten. Wir haben mit ihm mehr als drei Jahrzehnte in verschiedenen globalen Fragen zusammengearbeitet. Dank Präsident Schewardnadse gelang es Georgien eine schwierige Zeit und einen Bürgerkrieg Mitte der 90er Jahre hinter sich zu lassen und es wurde zu einem geschätzten Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Dank seines Beitrages sind heute Millionen von Menschen, die in der ehemaligen Sowjetunion leben, frei und sie können ihre eigenen Vorstellungen in Staaten, die sich politischen und wirtschaftlichen Reformen verschrieben haben, umsetzen.

Außenminister Powell sprach mit Präsident Schewardnadse und dankte ihm für dessen Beitrag für eine friedliche Lösung der Krise. Wir rufen alle Georgier weiterhin dazu auf, zusammenzuarbeiten, um ohne Gewalt einen Weg nach vorne zu finden. (MO)

### **Washington entsendet Beratergruppe nach Tiflis – IWF nimmt Zusammenarbeit mit Georgien wieder auf**

**Tiflis, 26.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, russ., 26.11.2003

Anfang Dezember wird das US-Außenministerium eine Beratergruppe nach Georgien entsenden, die bei Treffen mit der georgischen Führung eine mögliche Hilfe der USA bei der Vorbereitung des Landes auf die Wahlen erörtern wird. „Diese Gruppe, die nach Tiflis reisen wird, wird bei Treffen mit der neuen Führung des Landes besprechen, welche Hilfe wir Georgien bei der Durchführung von Neuwahlen leisten können“, erklärte der Vertreter des US-Außenministeriums, Richard Boucher, auf einer Pressekonferenz in Washington am 25. November. „Wir werden auch über die Zusammenarbeit beider Länder reden und prüfen, welche Hilfe wir Georgien beim Aufbau von Demokratie leisten können. Den jüngsten Erklärungen zufolge beabsichtigt die neue Führung Georgiens nicht, die Außenpolitik des Landes wesentlich zu ändern. Deswegen gehen wir davon aus, dass deren Position bei der Zusammenarbeit, darunter auch bei der Realisierung internationaler Projekte, unverändert bleibt“, erklärte Richard Boucher. (MO)

CIVIL.GE, engl., 26.11.2003

Interimspräsidentin Nino Burdschanadse hat sich heute mit dem Leiter der IWF-Mission in Georgien, Jonathan Dunn, getroffen und mit ihm die weitere Zusammenarbeit zwischen dem

Fonds und Georgien erörtert. Jonathan Dunn sagte, der IWF werde Georgien dabei helfen, die derzeitige Wirtschaftskrise zu überwinden. „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der Übergangsregierung und der kommenden Regierung. Wir werden unser Bestes tun, um Georgien in dieser Zeit zu helfen“, sagte er. Er machte aber keine genauen Angaben darüber, welche Schritte der IWF nun unternehmen könnte, um Georgien beizustehen.

Am 25. November hatte Nino Burdschanadse den Westen um Wirtschaftshilfe gebeten, um die zusammenbrechende Wirtschaft zu stützen. Surab Nogaideli, der von der Interimspräsidentin zum Finanzberater ernannt wurde, erklärte, der IWF sei bereit, sein Programm für Georgien wieder aufzunehmen. Der IWF hatte vor kurzem sein Programm in Georgien gestoppt, da es dem Land nicht gelungen war, die Zusagen gegenüber dem IWF einzuhalten. (MO)

### **Weltbank zur Zusammenarbeit mit neuer georgischer Regierung bereit**

**Tiflis, 27.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

Die Weltbank ist bereit, mit der neuen georgischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und eine Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu fördern. Das geht aus einer Erklärung der ständigen Vertretung der Weltbank in Tiflis hervor, die Prime-News übermittelt wurde. Gleichzeitig wird betont, dass die Weltbank die Übereinkunft zwischen der Bevölkerung und der Regierung Georgiens über die Durchführung vorgezogener Präsidentschaftswahlen und Neuwahlen zu Parlament begrüßt. (MO)

### **Georgier wählen am 4. Januar 2004 ein neues Staatsoberhaupt – Nino Burdschanadse beruft 1999 gewähltes Parlament zur außerordentlichen Sitzung ein**

**Tiflis, 25.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, engl., 25.11.2003

Das Parlament hat einmütig beschlossen, die Präsidentschaftswahlen am 4. Januar 2004 abzuhalten.

Das 1999 gewählte Parlament wurde heute (25.11.) einberufen, um über die Abhaltung neuer Präsidentschaftswahlen zu beraten. An der Sitzung nahmen 158 Parlamentsabgeordnete teil.

Außerdem werden neue Parlamentswahlen abgehalten, aber gemäß der Verfassung wird das Datum für die Wahlen zum Legislativorgan vom Staatsoberhaupt festgelegt. Deswegen wird Nino Burdschanadse, die derzeit Interimspräsidentin ist, neue Parlamentswahlen ansetzen.

Es wird erwartet, dass die Parlamentswahlen gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen am 4. Januar 2004 durchgeführt werden. (MO)

CIVIL.GE, russ., 25.11.2003

(...) Am 25. November begann eine außerordentliche Sitzung des georgischen Parlament, die von der amtierenden Präsidentin Nino Burdschanadse einberufen wurde.

„Wir haben gehofft, am 2. November faire und demokratische Wahlen durchführen zu können. Leider entwickelten sich am Wahltag die Ereignisse so, wie es jeder gut gesehen hat. Ich halte mich zum jetzigen Zeitpunkt mit Bewertungen zurück. Die Tatsache, dass wir uns heute hier befinden, ist der Verdienst des Volkes Georgiens. Ich möchte der Bevölkerung Georgiens für die Verteidigung demokratischer Werte im Lande danken. Die Bevölkerung hat bewiesen, dass die Georgier eine Nation sind und niemanden erlauben werden, ihre Ehre zu beleidigen“, sagte bei der Eröffnung der Sitzung die amtierende georgische Präsidentin Nino Burdschanadse. „Wir müssen nun alle zusammenhalten, damit es in unserem Land jetzt zu keiner schweren Wirtschaftskrise kommt. Jeder von uns muss sich seiner Verantwortung bewusst werden. Wir können eine neue Entwicklungsgeschichte des Landes einleiten“, betonte sie. „Ich bin tief davon überzeugt, dass in Georgien innerhalb von zwei bis drei Wochen faire demokratische Wahlen stattfinden werden. Ich werde alles dafür tun, damit im Lande Stabilität erhalten bleibt, damit die Wahlen ohne Verstöße stattfinden, damit Georgien ein Staatsoberhaupt wählt, das es wünscht, und damit das Volk ein solches Parlament wählen kann, das das Volk vertreten wird“, erklärte Nino Burdschanadse. „Der Weg der demokratischen Entwicklung ist unumkehrbar und ich bin der Ansicht, dass das, was auf dem Rustaweli geschehen ist, eine Lektion für jeden Politiker ist. Das Volk hat uns gelehrt, was in Zukunft für jeden ein Signal sein wird. Wir müssen alles dafür tun, damit das Volk nicht enttäuscht wird. Ich danke ihnen allen, weil diese heutige Sitzung große Bedeutung hat. Ich danke nochmals dem georgischen Volk und rufe alle auf, sich zu vereinigen“, sagte sie. Nino Burdschanadse erklärte den bürgerlichen Ungehorsam für beendet und forderte alle Menschen auf, die versuchen würden, gesetzwidrig zu handeln, sich dem Gesetz zu beugen. „Unsere Hauptaufgabe ist es, zusammenzustehen sowie in Georgien Ruhe und Ordnung zu bewahren. Ich rufe sie alle auf, die Hoffnungen der Menschen nicht zu enttäuschen. Wir müssen beweisen, dass wir die Krise meistern können. Und wir Politiker können zusammenstehen, so wie das Volk auf dem Rustaweli-Prospekt zusammenstehen konnte, unabhängig von politischen Sympathien, Nationalität und sozialer Stellung“, fügte Nino Burdschanadse hinzu.

Auf der heutigen Sitzung wurde auf Vorschlag von Nino Burdschanadse der stellvertretende Vorsitzende des Parlaments, Gigi Zereteli zum amtierenden Parlamentsvorsitzenden gewählt. Danach begann das Parlament mit der Debatte über die Durchführung von Präsidentschaftswahlen und die stattgefundenen Parlamentswahlen.

Vor Beginn der Sitzung des Legislativorgans rief der Führer der „Nationalen Bewegung“ Micheil Saakaschwili die Abgeordneten des georgischen Parlaments auf, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. „Das ist meine Bitte und meine Forderung. Lassen Sie uns eine Verfassungskrise und einen Bürgerkonflikt vermeiden. Die Sitzung des Parlaments muss in ruhiger Atmosphäre beginnen“, erklärte Micheil Saakaschwili.

Die Abgeordneten des 1999 gewählten Parlaments nahmen an der heutigen Sitzung teil. Fast alle Fraktionen waren im Plenarsaal vertreten. Offiziell lehnten nur zwei Fraktionen - die „Wiedergeburt“ und die „Sozialisten“ - ab, an der Arbeit des Parlaments teilzunehmen, dennoch waren einige Abgeordnete aus diesen Fraktionen bei der heutigen Sitzung anwesend.

Während seines Briefings erklärte der ehemalige Staatsminister und einer der Führer des Regierungsbündnisses „Für ein neues Georgien“, Awtandil Dschorbenadse, vor seinem Rücktritt, das Parlament müsse seine Arbeit aufnehmen, um im Lande Stabilität zu wahren. (...) (MO)



## **Georgische Parlamentswahl vom 2. November teilweise annulliert – Nino Burdschanadse fordert Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission**

**Tiflis, 25.11.2003, CIVIL.GE, SWOBODNAJA GRUSIJA**

CIVIL.GE, russ., 25.11.2003

Das Oberste Gericht Georgiens hat am 25. November den Beschluss der georgischen Zentralen Wahlkommission über die Ergebnisse der am 2. November in Georgien nach dem Verhältniswahlrecht (Parteilisten) durchgeführten Parlamentswahlen annulliert.

Geklagt hatten vor Gericht Vertreter der Nichtregierungsorganisation „Internationale Gemeinschaft für faire Wahlen und Demokratie“ (Faire Wahlen). Das Gerichtsverfahren begann am 24. November. Im Laufe der Verhandlung war es Vertretern der Zentralen Wahlkommission nicht gelungen, die vom Kläger vorgelegten Beweise für Verstöße zu widerlegen.

Nun beabsichtigt die Organisation „Faire Wahlen“ gegen diejenigen, die auf Verstöße nicht reagiert hatten, rechtliche Schritte zu unternehmen.

„Diejenigen, die gefälscht haben, müssen unbedingt bestraft werden und gegen sie müssen Strafverfahren eingeleitet werden. Sie müssen die Verantwortung dafür übernehmen, dass sie das Land in eine solche Krise gestützt haben, die Georgien in den letzten drei Wochen erlebt hat“, erklärte der amtierende Direktor der Organisation „Faire Wahlen“, Surab Tschiaberaschwili, nach Beendigung der Gerichtsverhandlung.

Das Urteil des Obersten Gerichts ist endgültig und kann nicht angefochten werden. (MO)

SWOBODNAJA GRUSIJA, russ., 25.11.2003

Die amtierende Präsidentin, die Parlamentsvorsitzende Nino Burdschanadse, ist der Meinung, dass alle Mitglieder der Zentralen Wahlkommission ausgewechselt werden müssen. Das erklärte Nino Burdschanadse am Montag (24.11.) während eines Treffens mit in Georgien akkreditierten ausländischen Botschaftern. Sie sagte, die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Nana Dewdariani, sei zwar von der OSZE empfohlen worden, sie habe aber das Vertrauen, das man ihr entgegengebracht habe, nicht erfüllt. „Beispiel dafür ist die Tatsache, dass im Protokoll der Zentralen Wahlkommission über die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 2. November Angaben von Protokollen enthalten waren, die vom Gericht für ungültig erklärt worden waren. Es gibt viele solche Beispiele“, sagte Nino Burdschanadse. (MO)

## **Tiflis hebt Ausnahmezustand in ganz Georgien auf**

**Tiflis, 25.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Auf Anordnung der amtierenden Präsidentin Georgiens, Nino Burdschanadse, ist am 24. November die Anordnung des georgischen Präsidenten vom 22. November über die Verhängung des Ausnahmezustands aufgehoben worden. Gemäß der Anordnung wurde der Ausnahmezustand auf dem gesamten Territorium Georgiens aufgehoben. Die Anordnung trat sofort nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Bekanntlich hatte der Führer der Autonomen Republik Adscharien, Aslan Abaschidse, am 23. November auf dem Gebiet der autonomen Republik den Ausnahmezustand verhängt und die Grenzen geschlossen. (MO)

### **Georgischer Staatsminister Awtandil Dschorbenadse erklärt Rücktritt**

**Tiflis, 25.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Staatsminister Awtandil Dschorbenadse hat heute auf einem Briefing seinen Rücktritt bekannt gegeben. „Ich habe beschlossen, zurückzutreten. Ich ändere meine Prinzipien und Ansichten nicht. Wir müssen die obersten Werte achten und erst dann eigene Ansichten vertreten“, sagte Awtandil Dschorbenadse. (MO)

### **Georgiens Innenminister Koba Nartschemaschwili stellt sein Amt zur Verfügung**

**Tiflis, 24.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Georgiens Innenminister Koba Nartschemaschwili ist zurückgetreten. Seinen Rücktritt gab er auf einer Pressekonferenz am 24. November 2003 in Tiflis bekannt, die aus diesem Grunde einberufen worden war und die im Fernsehsender Rustawi-2 live übertragen wurde.

„Um sicherzustellen, dass keiner die Massen noch einmal in diesen Zustand bringt und dass es in Georgien, außerhalb des Innenministeriums keine unkontrollierten Prozesse mehr gibt, habe ich beschlossen, vom Posten des Innenministers zurückzutreten“, sagte Nartschemaschwili. Er meinte damit eine Demonstration von Mitgliedern der Studentenbewegung Kmara vor dem Innenministerium am 24. November, die seinen Rücktritt gefordert hatten.

Nartschemaschwili erklärte, die amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse hätte ihm auch gesagt, „es wäre das Beste“, wenn er zurücktreten würde. (TS)

### **Micheil Saakaschwili Präsidentschaftskandidat der georgischen Opposition – Nino Burdschanadse wird Liste bei Parlamentswahlen anführen**

**Tiflis, 26.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Die vereinigte georgische Opposition hat den Führer der „Nationalen Bewegung“, Micheil Saakaschwili, als Kandidaten für die für den 4. Januar 2004 anberaumten Präsidentschaftswahlen aufgestellt.

Der Termin für die Präsidentschaftswahlen wurde am 25. November vom Parlament festgelegt, nachdem der georgische Präsident Eduard Schewardnadse seinen Rücktritt erklärt hatte.

Die amtierende Präsidentin Georgiens, Nino Burdschanadse, erklärte heute (26.11.) auf einem gemeinsamen Briefing der Führer der vereinigten Opposition, die Opposition habe zusammen mit dem georgischen Volk den Sieg der demokratischen Veränderungen nur deswegen

errungen, weil alle zusammengehalten hätten, ungeachtet verschiedener politischer Ansichten sowie ethnischer, religiöser und anderer Zugehörigkeiten.

Der Führer der „Nationalen Bewegung“, Micheil Saakaschwili, erklärte, innerhalb von ein, zwei oder drei Wochen werde kein Wunder geschehen und wenn das Volk den vereinigten Kräften das Mandat erteile, werde ab dem 4. Januar der Aufbau eines normalen Staates beginnen, in dem jeder Bürger sich und seine Möglichkeiten werde verwirklichen können.

Einem der Führer des Blocks „Burdschanadse - Demokraten“, Surab Schwanija, zufolge, ist es derzeit die wichtigste Aufgabe, Stabilität im Lande zu gewährleisten, damit die Hoffnungen des Volkes, das für seine Rechte gekämpft hat, nicht enttäuscht werden.

Die Führer der „Nationalen Bewegung“ und des Blocks „Burdschanadse - Demokraten“ haben ferner beschlossen, bei den Parlamentswahlen als einheitliche Front anzutreten. Die Parlamentswahlen müssen ebenfalls bald stattfinden, der Termin für die Parlamentswahlen ist aber noch nicht festgelegt worden. Die Liste des gemeinsamen Teams bei den Parlamentswahlen wird Micheil Saakaschwili zufolge Nino Burdschanadse anführen.

Micheil Saakaschwili war eine der Schlüsselfiguren während der „Rosenrevolution“, die den Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse zur Folge gehabt hatte. (MO)

### **„In Teilen der Streitkräfte gibt es neuerdings einige Bewegungen“ - Micheil Saakaschwili warnt vor einem Putsch in Georgien**

**Tiflis, 26.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

Um über die letzten Entwicklungen, die neuen politischen Persönlichkeiten und den Druck auf die Medien zu sprechen (Bezugnahme auf Behauptungen von Anhängern des Ex-Präsidenten Eduard Schewardnadse - MD) führen wir ein Live-Gespräch mit Micheil Saakaschwili, der heute zum Präsidentschaftskandidaten ernannt worden ist.

Was können Sie zu den letzten Ereignissen sagen? Sind Sie es, der jetzt mit Repressalien beginnt?

*(Saakaschwili)* Ich begreife nicht, warum die Dinge überdramatisiert werden. Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Es ist lächerlich, dass Aktivisten des Schewardnadse-Blocks, die ihr ganzes Leben damit verbracht haben, zu rauben und zu plündern, zu demütigen und gering zu schätzen und die Menschen daran zu hindern, ihre Meinung zu sagen jetzt irgendwelche Anschuldigungen an mich richten. Meine Freunde und ich haben gemeinsam mit dem gesamten georgischen Volk für die Freiheit in Georgien gekämpft und werden es auch weiter tun, damit keiner dem Volk eine Meinung aufzwingen kann, die es für unannehmbar hält.

Die Dinge sind ganz einfach. Wir stehen zu keinem in Konfrontation. Derartige Behauptungen unserer Gegner entsprechen nicht der Wahrheit. Unsere Aufgabe ist es, die Wunden zu heilen und die Konsolidierung der gesamten Gesellschaft, der ganzen Nation herbeizuführen, denn es gibt viele äußere und innere Kräfte, die an Unruhen in Georgien interessiert sind. Vor allem sind die Anhänger Schewardnadses daran interessiert. Sie möchten eine Änderung der Verhältnisse in Georgien, damit sie dann sagen können: Schaut,

wie es aussieht, seitdem Schewardnadse gegangen ist. Meine Herren, Pech für Sie, das wird nicht geschehen.

Ich möchte es ganz simpel ausdrücken. Wir öffnen unsere Türen für absolut jedermann. In der neuen Regierung wird es einen Platz für alle geben. Keiner wird verfolgt werden. Die Mitarbeiter aller Regierungsbehörden, auch die hochrangigen, werden nach den Präsidentschaftswahlen ihre Posten behalten, wenn sie bis dahin beweisen, dass sie gut arbeiten können und Frieden und Stabilität im Lande und die Sicherheit der Bürger wahren.

Insbesondere möchte ich der Polizei sagen, der Polizei in den verschiedenen Regionen, dass die öffentliche Ordnung im Lande geschützt werden muss wie nie zuvor und man mit allen Arten von Kriminellen fertig werden muss. Wenn sie irgendwo einen Bewaffneten sehen, dann sollte er festgenommen und von der Gesellschaft isoliert werden, denn nach georgischem Gesetz ist das Tragen von Waffen verboten. Wir sind an diesem Punkt angelangt nicht um Chaos zu schaffen, sondern um Ordnung in Georgien herbeizuführen. Für Menschen, die Chaos bringen wollen, gibt es in der Gesellschaft keinen Platz. Sie sollten der Gerechtigkeit zugeführt werden.

Das andere, das ich sagen wollte, ist, dass es in einigen Teilen der Streitkräfte neuerdings einige Bewegungen gibt. Es ist die Rede davon, dass etwas in der Art eines Umsturzes organisiert werden soll. Ich möchte alle Offiziere und Soldaten bitten, uns zu unterstützen. Minister (Dawid - MD) Tewsadse zeigte Mut als er sagte, er werde keine militärische Gewalt gegen sein eigenes Volk anwenden. Ich möchte allen sagen, dass es unsere, meine, Micheil Saakaschwilis persönliche Aufgabe ist, eine kräftige Armee und ein gut besoldetes Offizierscorps zu schaffen. Unter Schewardnadse ist unser Offizierscorps übel gedemütigt worden. Wir werden es sicherlich tun (eine starke Armee aufbauen - MD), denn das ist der wichtigste Faktor, der Georgien stark machen wird. Es gibt einen oder zwei Angehörige der Armee, die sagen - ich habe genaue Informationen darüber -, dass in Georgien eine Militärjunta eingesetzt werden sollte und die eine Art Putsch planen. Ich kann diesen Leuten nur raten, nicht nur das nicht zu tun, sondern auch damit aufzuhören, davon zu reden. Sie irren sich, wenn sie glauben, dass wir nicht stark genug sind und solche Dinge tolerieren werden.

Wir sind mit jedem absolut offen. Wir reden mit jedem. Wir wollen Frieden in der Gesellschaft. Ich werde nicht akzeptieren, dass irgendjemand revolutionäre Angriffe im Kavallerie-Stil gegen irgendjemanden reitet und Köpfe abgehackt werden. Die Revolution hat nicht stattgefunden, damit Menschen, die Groll gegen jemanden hegen, Rache nehmen. Es ist nicht die Zeit für Rache, es ist die Zeit für Versöhnung, für gegenseitige Unterstützung und den Zusammenhalt. Wenn aber jemand immer noch über einen militärischen Putsch reden möchte - mit solchen Leuten werden wir sehr schnell fertig werden.

Ich möchte die Offiziere und Soldaten bitten, uns zu unterstützen und nicht zuzulassen, dass militärische Einheiten infiltriert werden und eine Meuterei stattfindet oder sie (die militärischen Einheiten - MD) gegen das georgische Volk eingesetzt werden.

Das Oberste Gericht hat es bestätigt. Alle internationalen Beobachter haben es bestätigt. Wir haben eine enorme internationale Unterstützung. Heute telefonierte Präsident Bush mit Nino Burdschanadse. Ich bin in die Hauptstädte mehrerer führender Länder der Welt eingeladen worden, um dort ihre Präsidenten zu treffen. So ist es.

(Frage) Sie erwähnten Revanchisten. Wissen Sie, wer sie sind und was getan wird, um sie zu stoppen?

(Saakaschwili) Wir arbeiten sehr eng mit unseren Sicherheitsorganen zusammen. Nino Burdschanadse tut es. Für uns ist das Wichtigste die öffentliche Ordnung im Lande. Es gibt einige Bewegungen. Es gibt einen, zwei oder drei Offiziere, die etwas vorhaben. Wir raten auf jeden Fall jedem davon ab. Georgien hat ein brillantes Offizierscorps. Ich denke, Verteidigungsminister (Dawid Tewsadse - MD) geht mit Verantwortung an seine Aufgaben heran. Er hat eine Menge getan und sollte den Ausbau der georgischen Armee fortsetzen.

Was die Bewegungen auf verschiedenen Ebenen betrifft, so zähle ich in diesem Fall auf den Minister sowie jeden einfachen Soldaten und jeden Offizier. Sie werden es nicht zulassen, dass gegen die Verfassung verstoßen wird. Präsident Schewardnadse ist nach den in der Verfassung verankerten Bestimmungen zurückgetreten. Nino Burdschanadse nimmt ihre Aufgaben als Präsidentin wahr, wie es die Verfassung verlangt. (...) (TS)

### **Spaltung innerhalb des Blocks „Burdschanadse – Demokraten“ – „Traditionalisten“ wollen bei den Parlamentswahlen eigenständig antreten**

**Tiflis, 27.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

SWOBODNAJA GRUSIJA, 27.11.2003, russ.

Der „Verband der Traditionalisten“, der bei den Parlamentswahlen am 2. November dem Block „Burdschanadse - Demokraten“ angehörte, wird bei den Präsidentschaftswahlen nicht für den Vorsitzenden der „Nationalen Bewegung“ Micheil Saakaschwili stimmen, sondern will eigenständig antreten. Der Vorsitzende des „Verbandes der Traditionalisten“ Akaki Astiani erklärte am Donnerstag (27.11.) vor Journalisten, in der gegenwärtigen Situation im Lande wäre es besser, die amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse als Kandidatin aufzustellen. „Micheil Saakaschwili ist eine galante, energische Persönlichkeit und er würde diese Energie in einem anderen Bereich nutzen, jetzt braucht das Land aber Ruhe“, sagte er. „Die Aufstellung Micheil Saakaschwilis zum Präsidentschaftskandidaten wird nicht wenige Probleme mit sich bringen, auch was die territoriale Integrität betrifft. Die ‚Traditionalisten‘ können Micheil Saakaschwili nicht unterstützen und werden bei den bevorstehenden Parlamentswahlen eigenständig antreten“, so Akaki Asatiani. (TS)

SWOBODNAJA GRUSIJA, 27.11.2003, russ.

(...) Asatiani ist der Meinung, Micheil Saakaschwili sei ein emotionaler Mensch und eigne sich eher für ein anderes Amt als das des Präsidenten. „Georgien braucht heute nicht noch mehr Emotionen, sondern Frieden und Ruhe.“ (...) (TS)

## **Neuer Innenminister für die Übergangszeit in Georgien ernannt - Auch Finanzminister tritt zurück**

**Bonn, 26.11.2003, PRIME-NEWS, RUSTAWI-2 TV**

PRIME-NEWS, georg., 25.11.2003

Die amtierende Präsidentin Nino Burdschanadse ist nach einem Treffen mit Mitarbeitern der Staatskanzlei am Dienstag (25.11.) mit den Mitarbeitern des Innenministeriums zusammen gekommen. Nach dem Rücktritt von Innenminister Koba Nartschemaschwili würden im Ministerium keine größeren Veränderungen vorgenommen werden, denn es gebe hier viele ehrliche, professionell arbeitende Menschen, die ihr Bestes tun sollten, um das Verbrechen zu bekämpfen und dabei zu helfen, die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzuführen. (...) Burdschanadse sagte, Vize-Innenminister Ruben Asanidse werde bis zu den Präsidentschaftswahlen die Aufgaben des Innenministers übernehmen. (TS)

RUSTAWI-2, georg., 25.11.2003

Nino Burdschanadse trifft sich gerade mit Ministern, die für die Wirtschaft zuständig sind. Es ist bereits berichtet worden, dass der Finanzminister (Mirian Gogiaschwili - MD) zurückgetreten ist. Unsere Korrespondentin Nana Leschawa berichtet noch einmal:

Ja, wie wir bereits gemeldet haben, hat der Finanzminister vor einer Weile dieses Treffen im Parlament verlassen. (...) Vor wenigen Minuten kam die Meldung, dass der Chef der georgischen Eisenbahnverwaltung, Akaki Tschaidse (einer der Führer des Wahlblocks Für ein neues Georgien - MD), seines Postens enthoben worden ist. (TS)

## **Surab Schwanija neuer Staatsminister Georgiens – Auch neuer Innen- und Finanzminister ernannt**

**Tiflis, 27.11.2003, CIVIL.GE**

CIVIL.GE, russ., 27.11.2003

Das georgische Parlament hat heute (27.11.) auf seiner außerordentlichen Sitzung einstimmig (140 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen) die Kandidatur von Surab Schwanija für den Posten des georgischen Staatsministers gebilligt. Seine Kandidatur hatte dem Parlament zur Billigung die amtierende georgische Präsidentin Nino Burdschanadse vorgeschlagen. (...)

„Wir werden alles dafür tun, um im Lande die Durchführung fairer und freier Wahlen zu gewährleisten. Das ist für Georgien ein historischer Moment. Jetzt haben wir die reale Chance erhalten, an die Türen der euroatlantischen Strukturen zu klopfen“, erklärte Surab Schwanija. „Wir haben nicht vor, mit irgendjemandem eine Rechnung zu begleichen, aber niemand soll denken, dass wir eine Destabilisierung im Lande zulassen werden“, sagte Surab Schwanija im Namen der neuen Übergangsregierung.

Der ehemalige Staatsminister Awtandil Dschorbenadse war am 25. November nach dem Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse ebenfalls von seinem Amt zurückgetreten.

Surab Schwanija ist der Führer der Partei „Vereinigte Demokraten“ und war einer der aktivsten Teilnehmer der Protestaktion, die in Georgien nach den Parlamentswahlen veranstaltet wurde. Zwischen 1995 und 2000 war Surab Schwanija Parlamentsvorsitzender. Bis zum Jahre 2000 war er einer der Führer der „Bürgerunion Georgiens“, bis er schließlich mit Eduard Schewardnadse brach und die oppositionelle Partei „Vereinigte Demokraten“ gründete. Den Posten des Parlamentsvorsitzenden gab Surab Schwanija im Jahre 2001 als Zeichen des Protests gegen die Regierung von Eduard Schewardnadse auf. (MO)

CIVIL.GE, russ., 27.11.2003

Das georgische Parlament hat auf seiner heutigen Sitzung die Kandidatur von Georgij Baramidse für das Amt des georgischen Innenministers gebilligt. Der Vertreter der „Vereinigten Demokraten“ Georgij Baramidse war einer der Hauptteilnehmer der jüngsten Ereignisse in Georgien, die zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse geführt haben (...) (MO)

CIVIL.GE., russ., 27.11.2003

Das Parlament Georgiens hat heute auf seiner Sitzung die Kandidatur von Surab Nogaideli für das Amt des Finanzministers Georgiens einstimmig gebilligt. Surab Nogaideli hatte dieses Amt bereits im Jahre 2000 inne. Er ist ein enger Freund und Berater der neuen Machthaber in Georgien. (...) (MO)

### **Personelle Umbesetzung bei der georgischen Generalstaatsanwaltschaft**

**Tiflis, 26.11.2003, IMEDI TV, georg.**

In der Generalstaatsanwaltschaft hat es heute Morgen große Veränderungen gegeben. Militärstaatsanwalt Gia Dschikia hat den vakanten Posten seines Mentors, des ehemaligen Ersten Stellvertretenden Generalstaatsanwalts und Ehemannes der amtierenden Präsidentin Nino Burdschanadse, eingenommen. Der Schwiegervater des prominenten Mitglieds der Vereinigten Demokraten Micheil Matchawariani, Ramas Dschgenti, ist zum Staatsanwalt von Tiflis ernannt worden, während Paata Dschachutaschwili das Amt des Militärstaatsanwalts übernahm. Der ehemalige Staatsanwalt von Tiflis Tengis Macharadse übernahm den Posten des Leiters des Ermittlungsdiensts bei der Generalstaatsanwaltschaft.

(Ramas Dschgenti) Das ist nichts anderes als eine routinemäßige Umbesetzung innerhalb der Belegschaft

(Tengis Macharadse) Es ist immer wichtig, Änderungen vorzunehmen, die Dinge lebendiger zu gestalten und neue Leute reinzuholen. Herr Ramas Dschgenti ist ein recht erfahrener Mann. Auch ich habe genug Erfahrung. Auf dem neuen Posten steht mir einiges an ernsthafter Arbeit bevor.

(Gia Dschikia) Ich habe das nicht erwartet. Der Generalstaatsanwalt hat diese Entscheidung erst vor wenigen Stunden getroffen. Wie Sie wissen, war ich militärischer Chefankläger und Stellvertretender Generalstaatsanwalt. (TS)

## **Polizeichef von Tiflis entlassen**

**Tiflis, 27.11.2003, IMEDI TV, georg.**

Die Nachrichtenagentur Medianews hat vor kurzem gemeldet, dass der amtierende Innenminister Ruben Asanidse den Polizeichef von Tiflis Lewan Maisuradse entlassen hat. Seinen Posten übernahm Aleko Tabatadse, der Chef des für die Bekämpfung des illegalen Drogenkonsums und des Drogenhandels zuständigen Ressorts (des Innenministeriums - MD). Der Polizeichef der Region Imereti, Sasa Dsenaladse, ist heute zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der Militärstaatsanwalt der Region, Surab Tschikwiladse. (TS)

## **Surab Tschiaberaschili neuer Vorsitzender der georgischen Wahlkommission**

**Tiflis, 1.12.2003, CIVIL.GE, russ.**

Das georgische Parlament hat am 30. November mit 106 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme der Ernennung von Surab Tschiaberaschwili für das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Georgiens zugestimmt.

Surab Tschiaberaschili war zuvor Exekutivdirektor der Nichtregierungsorganisation „Internationale Gemeinschaft für faire Wahlen und Demokratie“. Diese Organisation hatte am 2. November, am Tag der Parlamentswahlen, eine parallele Stimmenauszählung durchgeführt. Der Unterschied zwischen den Ergebnissen der parallelen Stimmenauszählung und den offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission wurde zu einem starken Hebel in den Händen der Opposition, um zu beweisen, dass die Staatsmacht die Wahlen gefälscht hat.

Surab Tschiaberaschili wurde von der amtierenden Präsidentin des Landes, Nino Burdschanadse, dem Parlament als Kandidat vorgeschlagen. Sie setzte ferner fünf Mitglieder der Zentralen Wahlkommission ab, die vom ehemaligen Präsidenten Eduard Schewardnadse ernannt worden waren.

Der Wechsel der Mitglieder der Zentralen Wahlkommission ist damit aber noch nicht abgeschlossen, da dem georgischen Parlament noch Änderungen zum Verfahren zur Bildung der Zentralen Wahlkommission vorgelegt werden. (MO)

## **Tedo Dschaparidse neuer Außenminister Georgiens**

**Tiflis, 1.12.2003, CIVIL.GE, russ.**

Das georgische Parlament hat auf einer außerordentlichen Sitzung am 30. November einstimmig die Kandidatur von Tedo Dschaparidse für das Amt des Außenministers gebilligt.

Tedo Dschaparidse war zuvor Sekretär des georgischen Nationalen Sicherheitsrates und davor Botschafter Georgiens in den USA.

Auf der Parlamentssitzung erklärte Tedo Dschaparidse, die Beibehaltung strategischer Beziehungen zu den USA bleibe weiterhin eine Priorität in der Außenpolitik Georgiens. Tedo



Dschaparidse unterstrich aber auch die Bedeutung einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland.

Der ehemalige Außenminister Iraklij Menagarischwili war am 28. November zurückgetreten. Von den ehemaligen Mitgliedern der Regierung traten ferner der Staatsminister, der Finanzminister und Innenminister zurück. (MO)

## **IV. Gemeinsame oder getrennte Wege? – Georgiens Teilrepubliken**

**„Abchasien wird seine Unabhängigkeit mit Waffen verteidigen“ – Außenminister Sergej Schamba zum künftigen georgisch-abchasischen Dialog**

**Moskau, 25.11.2003, NESAWISSIMAJA GASETA, russ., Wiktorija Panfilowa**

*Frage:* Wie wird sich der georgisch-abchasische Dialog nach dem Machtwechsel in Tiflis gestalten?

*Antwort:* Bestimmend für unsere Beziehungen wird sein, wie legitim die Macht in Georgien sein wird, wie sie sich gegenüber den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts verhalten wird. Wir haben traurige Erfahrungen gemacht: als Schewardnadse an die Macht kam, kam es zu den blutigen Ereignissen in Westgeorgien und anschließend auch in Abchasien... Aber wir sind zu Verhandlungen bereit. Es gibt Probleme, die gelöst werden müssen. Sobald in Georgien Wahlen stattgefunden haben, werden wir, so hoffe ich, den Dialog fortsetzen und mit denen zusammenarbeiten, die vom georgischen Volk gewählt werden.

*Frage:* Sollte Georgien neue Vorschläge über die Bedingungen zum Anschluss Abchasiens an den einheitlichen georgischen Staat unterbreiten, wird Suchumi diese erörtern?

*Antwort:* Nein, das ist ausgeschlossen. Erstens ist in Abchasien eine neue Verfassung angenommen worden, die festlegt, dass Abchasien eine unabhängige Republik ist. Im Jahr 1999 wurde das bei einem landesweiten Referendum bestätigt. Heute gibt es bei uns keine einzige Partei oder politische Kraft, die nicht für einen anderen Entwicklungsweg Abchasiens als den eines unabhängigen Staates plädieren würde.

*Frage:* Wie wird Suchumi vorgehen, falls die georgische Seite mit Gewalt drohen sollte?

*Antwort:* In den letzten zehn Jahren hat Abchasien alle notwendigen staatlichen Institutionen geschaffen, darunter auch eine Armee. Unsere Streitkräfte haben bereits zwei Mal nach dem Krieg von 1992 bis 1993 ihre Kampffähigkeit bewiesen (im Jahr 1998, als versucht wurde, einen neuen Konflikt im Rayon Gali zu entfesseln, und im Jahr 2001, als sich die Situation dort erneut zugespitzt hatte). Wir sind überzeugt, dass unsere Armee imstande sein wird, die Bevölkerung Abchasiens zu schützen. (Ir)

**„Das ist eine innere Angelegenheit Georgiens“ - Premierminister Abchasiens in einem Interview für „Wremja nowostej“**

**Moskau, 26.11.2003, WREMJA NOWOSTEJ, russ., Igor Tschernow**

Abchasien war im Unterschied zu Südossetien sehr zurückhaltend, was die Ereignisse in Tiflis angeht. Zwei Tage lang hat die Führung der Republik überlegt, welchen Standpunkt sie in dieser Frage vertreten soll. Gestern (25.11.) antwortete der Premierminister Abchasiens, Raul Chadschimba, auf die Fragen des Korrespondenten von „Wremja nowostej“, Igor Tschernow.

*Frage:* Wie hat sich die Lage in Georgien auf Abchasien ausgewirkt? Waren die Streitkräfte der Republik tatsächlich in erhöhte Bereitschaft versetzt worden?

*Antwort:* Die Situation in Georgien beunruhigt uns tatsächlich. Wir haben bereits Erfahrungen aus ähnlichen Ereignissen in Georgien im Jahr 1991. Deshalb haben wir unseren Rechtsschutzorganen und Machtstrukturen entsprechende Befehle erteilt, um keine Provokationen von der benachbarten Seite zuzulassen.

*Frage:* Es wurde auch mitgeteilt, dass Sie Maßnahmen zur Sicherung der Grenze ergriffen haben...

*Antwort:* Wir verfügen über Grenzeinheiten, die jetzt ganz einfach verstärkt wurden.

*Frage:* Wie hat Abchasien auf die Nachricht über den Rücktritt von Eduard Schewardnadse reagiert?

*Antwort:* So, wie die übrigen Staaten auch. Wir sind der Meinung, dass das eine innere Angelegenheit Georgiens selbst ist. (...)

*Frage:* Wie könnten die Veränderungen in Tiflis die friedliche Beilegung des georgisch-abchasischen Konflikts beeinflussen?

*Antwort:* Diese Frage ist für uns sehr wichtig. Man kann jedoch vorläufig nur raten, wie die neuen Machthaber Georgiens vorgehen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Lage in Georgien, die Aufgaben, die jetzt vor der Führung des Landes stehen – Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen und die Wahlen selbst – es den neuen georgischen Machthabern nicht ermöglichen, sich mit dem Problem Abchasien zu beschäftigen. Die Antwort auf die Frage, was später geschehen wird, würden wir jedoch gerne kennen. Wir hoffen, dass der Verhandlungsprozess, der unter Beteiligung Russlands geführt wird, fortgesetzt wird. (...)

*Frage:* Ist der Machtwechsel in Georgien für Abchasien von Vor- oder von Nachteil?

*Antwort:* Abchasien - ich wiederhole es - ist ein unabhängiger Staat, die Änderungen in Georgien sind eine innere Angelegenheit Georgiens. Ob das dem georgischen Volk etwas Gutes bringen wird, weiß ich nicht. Wir werden sehen, wie sich die Ereignisse in Tiflis auf die Beziehungen zwischen Georgien und Abchasien auswirken werden. (Ir)

## **Premier Abchasiens: Suchumi unterhält zur Übergangsregierung Georgiens keine Beziehungen**

**Moskau, 27.11.2003, INTERFAX, russ., aus Suchumi**

Die Machtorgane Abchasiens pflegen keinerlei Kontakte zur Übergangsführung Georgiens, erklärte der Premierminister der nicht anerkannten Republik Abchasien, Raul Chadschimba, am Donnerstag (27.11.) vor seinem Abflug nach Moskau vor Journalisten. Gleichzeitig betonte er, dass die Vertreter von Suchumi an der Fortsetzung der Verhandlungen zur Beilegung des georgisch-abchasischen Konfliktes nach der Beilegung der Krise in Tiflis und der Wahl des neuen Präsidenten Georgiens interessiert sind. Der Premier sprach sich für die Fortsetzung des Friedensprozesses und die Einhaltung der Dokumente ein, die von den Seiten bereits vorher unter Beteiligung der UNO und der OSZE unterzeichnet worden sind. (...) (lr)

## **Ausnahmezustand in der georgischen Teilrepublik Adscharien verhängt**

**Tiflis, 24.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der Vorsitzende der Autonomen Republik Adscharien, Aslan Abaschidse, hat in den Obersten Rat der Republik den Beschluss „Über die Verhängung des Ausnahmezustands auf dem Territorium der Autonomen Republik Adscharien“ eingebracht, der von den Abgeordneten einstimmig verabschiedet wurde.

Der Beschluss sieht gemäß der geltenden Gesetzgebung die verstärkte Bewachung und Kontrolle sowohl der Inlands- als auch der Verwaltungsgrenzen der autonomen Republik vor. Der Ausnahmezustand wurde für 30 Tage verhängt.

„Es ist unsere Pflicht, die Verfassungsordnung und die Bevölkerung der autonomen Republik sowie deren Verfassungsrechte zu schützen. Das ist der einzig richtige Weg und wenn wir diesem nicht treu bleiben, wird uns weder das Volk noch die Geschichte verzeihen“, sagte Aslan Abaschidse. (MO)

## **Igor Iwanow nach Gesprächen in Adscharien wenig optimistisch**

**Tiflis, 24.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der Außenminister der Russischen Föderation, Igor Iwanow, hat seinen Besuch in Batumi beendet und ist nach Moskau abgereist. Vor seiner Abreise aus der Hauptstadt der autonomen Republik Adscharien sprach Igor Iwanow vor Journalisten über sein Gespräch mit dem adscharischen Führer Aslan Abaschidse: „Wir haben Gedanken über die Situation in Georgien ausgetauscht. Aslan Abaschidse zeigte sich über den überstürzten Rücktritt von Präsident Schewardnadse empört und erklärte, dass dies der politischen Stabilität nicht dienlich sein werde. Das Wichtigste ist jetzt, dass es nicht zum Blutvergießen kommt“, sagte Igor Iwanow.

Der Außenminister nimmt bislang zu einer möglichen weiteren Entwicklung der Ereignisse in Georgien keine Stellung. Er erklärte lediglich, es falle schwer, optimistisch über die weiteren Ereignisse zu sprechen.

Igor Iwanow traf am späten Abend des 23. November in Tiflis ein, wo er fast die ganze Nacht und den ganzen Tag über mit Präsident Schewardnadse und den Führern der vereinigten Opposition verhandelt hatte. Er sprach sich dabei für eine friedliche Lösung der komplizierten politischen Lage im Lande aus und erklärte, dass Russland nicht beabsichtige, sich in die inneren Angelegenheiten Georgiens einzumischen. Später reiste Igor Iwanow in die Hauptstadt Adschariens, wo er sich mit dem Führer der autonomen Republik, Aslan Abaschidse, getroffen hatte. (MO)

### **„Mit den neuen Machthabern in Tiflis kooperieren wir vorläufig nicht“ – Vertreter der Republik Adscharien in einem „Interfax“-Interview**

**Bonn, 25.11.2003, INTERFAX, CIVIL.GE**

INTERFAX, russ., 25.11.2003

Adscharien hat vorläufig nicht vor, sich von Georgien loszulösen, erklärte der Leiter der Vertretung dieser autonomen Republik innerhalb Georgiens in Moskau, Badri Meladse, am Dienstag (25.11.) in einem „Interfax“-Interview. „Vorläufig diskutieren wir diese Variante nicht, aber wir arbeiten vorläufig auch nicht mit den neuen Machthabern in Tiflis zusammen“, sagte Badri Meladse. „Die Führung Adschariens hat eine abwartende Haltung eingenommen, aber die Situation macht keine großen Hoffnungen“, so der Vertreter der Autonomie. Badri Meladse betonte, dass der Präsident Adschariens, Aslan Abaschidse, vorläufig keine offiziellen Erklärungen abgegeben habe, deshalb werde er das ebenfalls nicht tun.

Ihn persönlich beunruhige das Vorgehen der Vertreter der georgischen „Nationalbewegung“ gegenüber Adscharien. „Die haben unsere Büros in Tiflis zerstört und ausgeraubt, unsere Fahnen verbrannt, haben zugelassen, dass über uns Falsches gesagt wurde“, so Badri Meladse. „Sollte Adscharien nicht an den geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen teilnehmen, werden diese illegitim sein“, so der Vertreter der Autonomie. (lr)

CIVIL.GE, russ., 25.11.2003

Die Führung der autonomen Republik Adscharien hat erklärt, dass Batumi die Beziehungen zu den zentralen Behörden Georgiens abbricht. „Die Führung der autonomen Republik Adscharien verurteilt den Versuch des gewaltsamen Machtsturzes und bricht alle Beziehungen zu den an die Macht gekommenen Kriminellen ab, bis eine verfassungsmäßige Staatsmacht im Lande wiederhergestellt ist“, heißt es in der Anordnung des adscharischen Führers Aslan Abaschidse vom 23. November.

Aslan Abaschidse hatte zuvor für einen Monat im Lande den Ausnahmezustand verhängt und auf seine Anordnung hin wurde auch die Eisenbahnverbindung zwischen Batumi und Tiflis unterbrochen. Aslan Abaschidse war nach den Parlamentswahlen vom 2. November und während der politischen Krise im Lande Verbündeter von Eduard Schewardnadse. (MO)

## **Micheil Saakaschwili: Wir werden keine drastischen Schritte gegen Adscharien ergreifen**

**Tiflis, 25.11.2003, RUSTAWI-2 TV, georg.**

(...) (Frage) Glauben Sie, dass alle Probleme, beispielsweise das Problem der Wahllisten, innerhalb von 45 Tagen gelöst werden kann?

(Saakaschwili) (Die Leiterin der Zentralen Wahlkommission - MD) Nana Dewdariani ist für das, was geschehen ist, persönlich verantwortlich. Sie hat es bewusst getan. Ich habe persönlich keinen Groll gegen sie, aber wenn ich sie wäre, würde ich sofort zurücktreten. (...) Es ist aber ihre Entscheidung.

Es ist sehr wichtig, dass die meisten (Mitglieder - MD) der Kommission, der Regierung und der lokalen Administration bleiben. Sie sollten den Frieden wahren. Wir sollten uns darüber klar werden, dass wir keinen Grund zum Streit haben. Präsident Schewardnadse ist zurückgetreten. Wir beginnen ein neues Leben. Jeder sollte eine Chance bekommen, auch Vertreter der alten Machtorgane, zu beweisen, dass sie wirklich im Stande sind, auch anders zu arbeiten.

(Frage) Wird es möglich sein, die Wahlen innerhalb von 45 Tagen abzuhalten?

(Saakaschwili) Es wird innerhalb von 41 Tagen möglich sein, innerhalb von 41 Tagen. Das alles kann sogar innerhalb einer Woche korrigiert werden, dessen bin ich mir sicher.

(Frage) Surab Schwanija (Chef der Vereinigten Demokraten - MD) sprach in Adscharien mit Aslan Abaschidse über die Situation (Worte unverst.)

(Saakaschwili) Surab Schwanija sprach in meiner Gegenwart mit Aslan Abaschidse. Er unterbreitete ihm auch meinen Standpunkt. Wir haben nicht vor, irgendwelche drastischen Schritte gegen Aslan Abaschidse und insbesondere Adscharien zu ergreifen. Wir wollen in Georgien den Frieden bewahren. Wir wissen, dass Aslan Abaschidse im politischen Prozess in Georgien eine wichtige Rolle spielt. Daher wird es keiner auf künstliche Weise tun können. Wir werden nicht zu irgend etwas antreiben. (...) (TS)

## **„Schändliches Gerede“ – Aslan Abaschidse: Adscharien wird sich nie von Georgien lösen**

**Moskau, 26.11.2003, INTERFAX, russ.**

Adscharien hat trotz der letzten Ereignisse nicht vor, sich von Georgien zu trennen, teilte der Führer Adschariens, Aslan Abaschidse, am Mittwoch (26.11.) auf einer Pressekonferenz bei „Interfax“ mit. „Was heißt loslösen? Der Vater meines Vaters hat das erste Parlament Adschariens gebildet, das den Beschluss über den Anschluss an Georgien gefasst hat“, sagte er. Aslan Abaschidse betonte ferner, dass in den georgischen Geschichtsbüchern acht seiner Verwandten väterlicher- und mütterlicherseits erwähnt werden, die sich im Laufe der Geschichte für die Integrität Georgiens eingesetzt haben. „Wir werden dafür bis zum Ende einstehen“, so der Führer Abschariens. Er erinnerte ferner daran, dass sich das Zentrum der Kultur Georgiens nach Ansicht vieler Fachleute in der letzten Zeit nach Batumi verlagert hat.

„Es ist schändlich, heute von der Loslösung Adschariens von Georgien zu sprechen“, betonte Aslan Abaschidse. (lr)

### **Landwehren in Adscharien sollen bei Bedarf ihre Familien schützen**

**Moskau, 26.11.2003, INTERFAX, russ., aus Tiflis**

In Adscharien werden Landwehren mit dem Ziel gebildet, ihre Familien zu schützen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Partei „Verband demokratischer Wiedergeburt“ Dschemal Gogitidse am Mittwochabend (26.11.). Vorsitzender dieser Partei ist der Präsident Adschariens Aslan Abaschidse. Dschemal Gogitidse zufolge „gibt es Informationen, wonach junge Männer von der Organisation „Kmara“ (Studentenbewegung – MD) aus Tiflis nach Adscharien geschickt werden sollen“. Wie Dschemal Gogitidse sagte, „wird das nicht zugelassen werden“. (lr)

### **Abaschidse rechnet bei einem offenen Konflikt zwischen Batumi und Tiflis mit Hilfe russischer Militärangehöriger – Befehlshaber der Landstreitkräfte Russlands: Grundlose Behauptung**

**Moskau, 27.11.2003, INTERFAX, INTERFAX-AWN**

INTERFAX, russ., 26.11.2003

Der Führer Adschariens, Aslan Abaschidse, hat erklärt, sollten sich die Beziehungen zwischen Batumi und Tiflis negativ entwickeln, so rechne er mit den Militärangehörigen der 12. russischen Militärbasis, die in der Hauptstadt der Autonomie stationiert ist. „Etwa 70 Prozent der Angehörigen dieses Verbandes sind Einwohner Adschariens, die ihre Interessen, die Interessen ihrer Familie, ihrer Region schützen werden“, sagte Aslan Abaschidse am Mittwoch (26.11.) auf einer Pressekonferenz bei „Interfax“.

Vertreter der obersten Militärführung der Russischen Föderation, darunter auch Verteidigungsminister Sergej Iwanow, hatten bereits vorher erklärt, dass sich die in Georgien stationierten russischen Truppen nicht in die Ereignisse in diesem Land einmischen. So hatte unter anderem der erste stellvertretende Generalstabschef der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generaloberst Jurij Balujewskij, erklärt, dass die Militärangehörigen der 12. russischen Militärbasis in Batumi den Befehlen der adscharischen Führung nicht folgen werden. „Die Militärangehörigen der 12. Militärbasis unterstehen unmittelbar dem Kommando Russlands, sie werden den Befehlen der lokalen Führung nicht Folge leisten“, sagte er am Mittwoch vor Journalisten in Moskau. (...) Auf eine Frage von „Interfax-AWN“ antwortete der General, dass in den russischen Militärbasen auf dem Territorium Georgiens viele Einheimische mit russischer Staatsbürgerschaft dienen. „Sollten wir das Gefühl haben, dass diese Militärangehörigen nicht ihren Verpflichtungen nachkommen, werden die Verträge mit ihnen aufgelöst“, erklärte Jurij Balujewskij. (lr)

INTERFAX-AWN, russ., 27.11.2003

Der Befehlshaber der Landstreitkräfte der Russischen Föderation, Armeegeneral Nikolaj Kormilzew, hat die Erklärung des Präsidenten Adschariens, Aslan Abaschidse, über das mögliche Hineinziehen der Militärangehörigen der 12. russischen Militärbasis in die

Konfrontation zwischen Tiflis und Batumi als grundlos bezeichnet. „Das ist eine grundlose Behauptung. In den Einheiten der 12. Militärbasis, die in Batumi stationiert ist, dienen russische Bürger, die die Gesetzgebung der Russischen Föderation in vollem Maße anerkennen und gemäß dieser vorgehen“, erklärte der Befehlshaber der Landstreitkräfte am Donnerstag (27.11.) gegenüber „Interfax-AWN“. (...) Nikolaj Kormilzew betonte: „In den Einheiten des 12. Militärstützpunktes gibt es keine besonderen Vorkommnisse, alle Militärangehörige gehen ihren alltäglichen Aufgaben nach.“ Nikolaj Kormilzew teilte ferner mit, dass die Militärangehörigen nicht in erhöhte Kampfbereitschaft versetzt worden seien. Es seien jedoch Maßnahmen zum verstärkten Schutz der Waffen- und Munitionslager sowie der Militärstädtchen ergriffen worden. (...) (lr)

**„Unsere Standpunkte unterscheiden sich grundsätzlich“ - Präsident der abtrünnigen georgischen Republik Südossetien will von Verhandlungen und „irgendwelchen gemeinsamen Plänen“ mit den neuen Machthabern Georgiens zur Zeit nichts wissen**

**Moskau, 24.11.2003, INTERFAX, russ.**

Der Präsident der selbst ernannten Republik Südossetien Eduard Kokojta hat erklärt, zwischen ihm und den Oppositionspolitikern, die jetzt in Georgien an die Macht gekommen seien, gebe es grundsätzliche Divergenzen. In einem Interview für die Zeitung „Wremja nowostej“, das er zwei Stunden vor dem Rücktritt des Präsidenten Eduard Schewardnadse gegeben hat, sagte E. Kokojta: „In den zwei Jahren meiner Amtszeit hat es mit Vertretern der georgischen Opposition keinerlei Gespräche und Treffen gegeben, ebenso wie es sie nicht mit Schewardnadse gegeben hat. Ich denke, solange Georgien nicht vollständig vom Faschismus befreit ist, kann von irgendwelchen Verhandlungen und irgendwelchen gemeinsamen Plänen überhaupt nicht die Rede sein. Die Rede kann nur von guter Nachbarschaft sein.“

„Unser Standpunkt und der von Saakaschwili und Burdschanadse (Führer der Opposition, die in Georgien an die Macht gekommen ist - IF) unterscheiden sich grundsätzlich. Sie treten dafür ein, dass Südossetien und Abchasien zur Republik Georgien gehören, und wir sind kategorisch dagegen; wir sind bereits 14 Jahre de facto unabhängig“, so der Präsident Südossetiens. Er befürchtet, die letzten Ereignisse in Georgien könnten die radikalen Stimmungen verschärfen.

„Bislang bedeuten die Ereignisse in Tiflis für uns lediglich Instabilität in der Nachbarrepublik. Ich befürchte jedoch, man werde, um die georgische Gesellschaft zu konsolidieren, einen Feind von außen suchen, und der ist in allernächster Nähe zu finden - Südossetien und Abchasien. Obwohl Südossetien niemals Feind des georgischen Volkes war. Die Opposition ruft bereits offen zur Rückkehr Südossetiens und Abchasiens zu Georgien auf. Obwohl Südossetien und Abchasien im Stande sind, die Situation so zu beeinflussen, dass der Konflikt nicht die Grenzen Georgiens überschreitet“, sagte E. Kokojta.

Auf die Frage, was Südossetien unternehmen werde, um mögliche Konfrontationen zu vermeiden, antwortete er: „Auf die Provokationen, die es möglicherweise gegen unsere Republiken geben wird, nicht reagieren.“

E. Kokojta betonte, die Lage in Südossetien befinde sich unter Kontrolle der Machtorgane der Republik: „Die Lage ist unter Kontrolle, wir stehen in ständigem Kontakt mit dem Präsidenten von Nordossetien Aleksandr Sergejewitsch Dsassochow. Um Hilfe bitten wir aber nicht - wir brauchen sie nicht. Und die Grenze zu Georgien bleibt offen, obwohl es

genaue Transport- und Passkontrollen gibt. Es ist noch gar nicht so lange her, dass an der Grenze der Vizechef des Sicherheitsdienstes des georgischen Präsidenten festgehalten wurde. Man nahm ihm die Waffe ab und schickte ihn zurück - auf unserem russischen Territorium hat jemand mit georgischem Ausweis nichts verloren.“

E. Kokojta schloss nicht aus, dass die derzeitigen Ereignisse zum Zerfall Georgiens führen könnten. „Es ist noch zu früh, über die Zukunft zu reden. Aber um ehrlich zu sein, habe ich mit dem georgischen Volk großes Mitleid“, so der Präsident Südossetiens.

Auf die Frage, ob in Georgien ein Bürgerkrieg möglich sei, sagte E. Kokojta: „Das würde ich mir nicht wünschen. Sollte in Georgien ein Krieg ausbrechen, dann würde er sofort auf den russischen Teil des Nordkaukasus übergreifen.“ (TS)

### **Südossetien lehnt Zusammenarbeit mit Tiflis nach wie vor ab – Präsident Kokojta spricht sich erneut für Beitritt zu Russland aus**

**Moskau, 25.11.2003, INTERFAX, russ.**

Südossetien ist weiterhin am Beitritt zur Russischen Föderation interessiert. Das teilte der Präsident Südossetiens, Eduard Kokojta, am Dienstag (25.11.) bei „Interfax“ mit. „Ähnliches haben wir bereits vorher schon erklärt. Wir haben sowohl politische als auch historische Gründe, auf dem Beitritt zu Russland zu bestehen“, sagte er. Eduard Kokojta äußerte sich besorgt darüber, dass eine Reihe oppositioneller Politiker Georgiens, die an die Macht gekommen sind, zur, wie er behauptet, „Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens“ aufrufen. „Das, was auf der Rustaweli-Straße stattgefunden hat, ist bei weitem keine ‚samtene Revolution‘. Ich verfüge über Angaben darüber, dass nach der Kundgebung aufgerufen wurde ‚die territoriale Integrität Georgiens wieder herzustellen‘. Mit solchen Kräften können wir keinen gemeinsamen Weg gehen“, sagte der Präsident Südossetiens. Er erklärte ferner: „Wir werden nicht mit den Kräften kooperieren, die zu Gewalt, zur Lösung der Probleme auf militärischem Wege aufrufen.“ (...) Er erklärte, dass Südossetien über genügendes militärisches Potential verfügt, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. „Als Oberbefehlshaber bin ich überzeugt, dass unsere Kräfte ausreichen, um die Sicherheit unserer Republik und unserer Grenze zu gewährleisten“, erklärte Eduard Kokojta. (...) (lr)

### **Südossetien verstärkt Sicherheitsmaßnahmen an Grenze zu Georgien**

**Moskau, 25.11.2003, INTERFAX, russ.**

Der Führer der selbst ernannten Republik Südossetien hat Maßnahmen zur Festigung der Grenze mit Georgien angekündigt. „Die Führung der Republik wird nicht zulassen, dass Unordnung und Instabilität auf ihr Territorium übergreifen. Die zuständigen Organe haben die Order erhalten, die Staatsgrenze Südossetiens zu Georgien zu festigen und die Kontrolle an allen Einreisepunkten zu verstärken“, erklärte der Präsident der selbst ernannten Republik, Eduard Kokojta, auf einer Pressekonferenz in der Zentrale von Interfax am Dienstag (25.11.). (TS)



## **„Südostsetien ist ein von Georgien unabhängiger Staat“ – Die selbsternannte Republik wird nicht an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen**

**Moskau, 26.11.2003, INTERFAX, russ.**

Südostsetien wird keinen Kandidaten für das Amt des Präsidenten Georgiens aufstellen und wird nicht einmal die Wahllokale auf seinem Territorium am Wahltag, dem 4. Januar, öffnen. Das teilte der Berater des Präsidenten der nicht anerkannten Republik Südostsetien, Dmitrij Medojew, am Mittwoch (26.11.) im Sender „Echo Moskwy“ mit. Er betonte, dass die Präsidentschaftswahlen „eine innere Angelegenheit des georgischen Staates und des georgischen Volkes“ seien. „Die Republik Südostsetien ist seit 1990 ein von Georgien unabhängiger Staat. Seitdem pflegen wir keinerlei Kontakte zum offiziellen Tiflis. Sie bauen ihren Staat auf und wir unseren“, sagte Dmitrij Medojew. Gleichzeitig betonte Dmitrij Medojew, dass es zwischen Georgien und Südostsetien „Kontakte auf der Ebene von Arbeitsgruppen gibt, der Verhandlungsprozess andauert und wir daran teilnehmen“. Dieser Prozess solle fortgesetzt werden. „Der Präsident Südostsetiens hat erklärt, dass er den Dialog mit der legitimen Führung Georgiens aufnehmen wird, die auf demokratischem Wege gewählt wird.“ „Wir verzichten nicht auf den Verhandlungsprozess, um so mehr ist die Entwicklung der ossetisch-georgischen Beziehungen in unserem Interesse. Wir plädieren für gutnachbarschaftliche Beziehungen zum georgischen Volk und werden deshalb dazu beitragen, dass der Verhandlungsprozess fortgesetzt wird“, erklärte Dmitrij Medojew. (lr)

## **„Wir mischen uns in die Angelegenheiten eines benachbarten Staates nicht ein“ – Treffen der Führer Adschariens und Südostsetiens in Moskau – Adscharien, Südostsetien und Abchasien planen Abkommen über Festigung der Beziehungen**

**Moskau, 26.11.2003, RIA „Nowosti“, INTERFAX**

Der Führer Adschariens, Aslan Abaschidse, und der Präsident Südostsetiens, Eduard Kokojta, haben sich in Moskau getroffen und die Lage in Georgien erörtert. Das teilte der Chef der Vertretung der Autonomen Republik Adscharien in Russland, Badri Meladse, am Mittwoch (26.11.) RIA „Nowosti“ mit. „Wir kommen mit den Nachbarn zusammen, um die Ereignisse in Georgien zu erörtern, um eine gemeinsame Sprache zu finden“, betonte er. Der Chef der Vertretung Adschariens sagte, Ziel der Konsultationen sei die Suche nach Wegen zur Beibehaltung der Stabilität in der Region. (...) (lr)

INTERFAX, russ., 25.11.2003

(...) Nach dem Treffen mit Aslan Abaschidse sagte Eduard Kokojta in einem „Interfax“-Interview: „Ich schließe nicht aus, dass Südostsetien, Adscharien und Abchasien in den nächsten Tagen ein Dokument unterzeichnen werden, das die Festigung der Beziehungen zwischen unseren Republiken zum Ziel haben wird.“ (...) „Ich verstehe die Leute nicht, die glauben, dass unser Treffen gegen Georgien gerichtet ist. Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten eines benachbarten Staates ein, sondern festigen die Beziehungen zwischen unseren Republiken“, betonte Eduard Kokojta. (...) (lr)

## **„Ernsthafte Wut“ - Nino Burdschanadse übt wegen Treffen von Führern georgischer Teilrepubliken mit dem russischem Außenminister heftige Kritik an Moskau**

**Tiflis, 29.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

Die amtierende georgische Präsidentin Nino Burdschanadse hat die russische Staatsmacht wegen einer Reihe von Treffen mit den Führern Adschariens, Abchasiens und Südossetiens in Moskau kritisiert.

„Wenn solche Treffen stattfinden, ohne die zentralen Behörden Georgiens darüber in Kenntnis zu setzen und diese dabei völlig ignoriert werden, dann ist es klar, dass ein solches Vorgehen in Tiflis ernsthafte Wut auslöst“, sagte Nino Burdschanadse am Samstag (29.11.) vor Journalisten. „Russland hätte genauso reagiert, wenn Führer von Autonomiesubjekten Russlands nach Tiflis eingeladen würden“, so Nino Burdschanadse.

Der russische Außenamtschef Igor Iwanow hatte sich jüngst in Moskau mit dem Vorsitzenden der autonomen Republik Adscharien, Aslan Abaschidse, dem Führer der nichtanerkannten Republik Südossetien, Eduard Kokojta, und mit dem Premier aus Suchumi, Raul Chadschimba, getroffen. (MO)

## **V. Russland und seine strategischen Interessen**

### **„Eine Reihe von Fehlern in der Innen-, Außen und Wirtschaftspolitik gemacht“ - Wladimir Putin zum Machtwechsel in Georgien**

**Moskau, 24.11.2003, INTERFAX, russ.**

Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, hat erklärt, dass die letzten Ereignisse in Georgien für Moskau nicht überraschend gekommen seien. „Der Machtwechsel in Georgien ist die logische Folge einer Reihe von grundlegenden Fehlern, die die vorherige Führung des Landes in der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik des Staates gemacht hat“, sagte Wladimir Putin am Montag (24.11.) bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern. Dabei hob er besonders hervor, es sei „ganz offensichtlich, dass Schewardnadse nie ein Diktator war“. „Deshalb ruft bei uns die Tatsache berechnete Sorgen hervor, dass der Machtwechsel in Georgien vor dem Hintergrund starken Drucks durch Gewalt stattfindet. Diejenigen, die diese Aktionen organisieren und billigen, übernehmen die Verantwortung für das georgische Volk“, sagte Wladimir Putin.

Der Präsident der Russischen Föderation rief „die künftige rechtmäßig gewählte Führung Georgiens auf, alles von ihr abhängige zu tun, um die Freundschaft zwischen unseren Staaten wieder herzustellen“. Wladimir Putin unterstrich, dass „Russland zum georgischen Volk seit Jahrhunderten brüderliche Beziehungen pflegt“. Im Zusammenhang damit erklärte er, dass Russland „kein anderes Ziel verfolgen kann“ als die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zu Georgien.

Auf die Wurzeln der Staatskrise in Georgien eingehend unterstrich Wladimir Putin unter anderem, dass „die Außenpolitik im Land ohne Berücksichtigung der tiefen kulturellen, historischen Wurzeln des georgischen Volkes und ohne Berücksichtigung der geopolitischen

Realitäten betrieben wurde“. Statt „die demokratischen Institutionen und die Grundlagen der Staatlichkeit zu festigen, beschränkte sich die Innenpolitik auf das Lavieren zwischen verschiedenen politischen Kräften des Landes“. „Die Wirtschaftspolitik Georgiens beschränkte sich auf den Kampf um erniedrigende Almosen aus dem Ausland“, sagte Wladimir Putin. Der Präsident erinnerte daran, dass die Außenschulden Georgiens 2 Milliarden Dollar oder etwa 60 Prozent des BIP betragen. (...) Er erinnerte ferner daran, dass 1 Millionen Personen nach Einschätzung von Experten in den letzten Jahren Georgien verlassen haben. Die meisten seien in Russland sesshaft geworden. (...)

Wladimir Putin erinnerte daran, dass sich „die Beziehungen zwischen Russland und Georgien in den letzten Jahren nicht einfach entwickelten“. „Wir haben uns gegenseitig vieles vorgeworfen. Russland hatte gegen die ehemalige georgische Führung genug einzuwenden“, sagte Wladimir Putin. (lr)

### **„Gefahr des Bürgerkrieges ist mit dem Rücktritt von Schewardnadse nicht gebannt“ – Russische Politiker und Politologen zu den Ereignissen in Georgien**

**Bonn, 24.11.2003, INTERFAX, WEDOMOSTI**

INTERFAX, russ., 23.11.2003

Dmitrij Rogosin, der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, hat den Rücktritt des Präsidenten Georgiens als lange erwartet bezeichnet. „Um so mehr würde ich sagen, dass dieser Rücktritt nicht nur für Georgien, sondern auch für Russland seit langem erwünscht war“, erklärte Dmitrij Rogosin am Sonntag (23.11.) in einem „Interfax“-Interview. Ihm zufolge „ist Schewardnadse ein Mensch mit doppelter Moral, er hat den russisch-georgischen Beziehungen nicht weniger geschadet als seinerzeit Gamsachurdija“. „Jeder, der an die Stelle von Schewardnadse treten wird, wird besser sein“, so der Abgeordnete.

Gleichzeitig verwies er auf die komplizierte Situation, die damit im Zusammenhang steht, dass sich Südossetien und Abchasien und jetzt auch Adscharien in der letzten Zeit von Tiflis distanzieren haben. Der Ausschuss-Vorsitzende ist der Ansicht, dass sich die neuen Machthaber nicht nur um ihre Legitimität kümmern müssen, sondern auch alles tun müssen, damit keine neuen Probleme entstehen, die schwer zu lösen wären. „Es geht in erster Linie darum, die Staatlichkeit zu bewahren, den Zerfall des Landes zu verhindern“, so Dmitrij Rogosin. In diesem Zusammenhang sei es sehr wichtig, dass sich Micheil Saakaschwili, einer der Anführer der georgischen Opposition, von seinen bisherigen Äußerungen über eine gewaltsame Lösung der Probleme Südossetiens und Abchasiens distanzieren. „Außerdem tritt heute das Problem mit Adscharien ganz in den Vordergrund. Man muss sich mit dessen Präsidenten Aslan Abaschidse einigen, der nicht nur in Georgien sehr einflussreich ist“, unterstrich Dmitrij Rogosin.

Er bemerkte, dass die Abgeordneten der Staatsduma „bereit sind, die Geschichte der russisch-georgischen Beziehungen bei Null anzufangen“. Dabei unterstrich Dmitrij Rogosin jedoch, „wir hoffen, dass die künftige Führung Georgiens begreift, wie wichtig es ist – im guten Sinne – die Abhängigkeit von Russland unter Berücksichtigung der historischen und der wirtschaftlichen Beziehungen zu verstehen sowie die Notwendigkeit zu begreifen, dass die Probleme der nationalen Sicherheit gelöst werden müssen“. (lr)

INTERFAX, russ., 23.11.2003

Michail Gorbatschow ist der Meinung, dass Eduard Schewardnadse die richtige Entscheidung getroffen hat. „Ich kenne Eduard Amwrosijewitsch gut. Er ist kein Feigling und hat wohl eingesehen, dass der Moment für diesen Schritt gekommen war, um Georgien nicht zu spalten. In diesem Sinne, glaube ich, hat er richtig gehandelt“, sagte Michail Gorbatschow am Sonntag (23.11.) gegenüber „Interfax“. Ferner begrüßte er die Reise des Außenministers Russlands, Igor Iwanow, nach Georgien und dessen Reden vor der Opposition. „Georgien ist ein uns sehr nahe stehendes Land, deshalb wäre es unmoralisch, die Hände in den Schoß zu legen und zu beobachten, was dort stattfindet“, so Michail Gorbatschow. (...) (lr)

INTERFAX, russ., 23.11.2003

Der Rücktritt von Eduard Schewardnadse hat die Gefahr eines Bürgerkrieges in Georgien nicht gebannt, meinen bekannte russische Politologen. „Diese Perspektive ist sehr wahrscheinlich, wenn man berücksichtigt, wie intolerant der Oppositionsführer Micheil Saakaschwili gegenüber seinen politischen Gegnern ist“, erklärte der Direktor des Instituts der GUS-Staaten, Konstantin Satulin, am Sonntagabend (23.11.) gegenüber „Interfax“. Er wies ferner darauf hin, dass „an die Stelle des schwachen und korrupten Regimes des Breschnew-Typs ein anderes getreten ist, das mit seinem Nationalismus und seiner Aggressivität sehr an die ersten Tage des unabhängigen Georgiens erinnert“. „All das kann im multinationalen Georgien zu Blutvergießen und Konflikten führen, könnte es doch in Adscharien und einer Reihe anderer Regionen zum Widerstand der jetzigen Machthaber kommen“, so Konstantin Satulin. Gleichzeitig, so der Politologe, werde vieles vom Verhalten derjenigen anhängen, die in Georgien die Macht übernommen haben: „Sollten diese viele Fehler machen, könnte Schewardnadse erneut als Retter auf die Bühne treten“.

Sergej Markow, Direktor des Instituts für politische Forschungen, äußerte die Meinung, dass „die Gefahr eines Bürgerkrieges in Georgien weiterhin sehr groß ist, jetzt allerdings bereits zwischen den Anhängern verschiedener Vertreter der Koalition, die jetzt an die Macht kommt“. „Ob es zu einem Bürgerkrieg kommen wird oder nicht, ist eine Frage von einigen Monaten“, sagte der Politologe in einem „Interfax“-Interview. Dass es bisher zu keinem Bürgerkrieg gekommen sei, sei ein Verdienst des Außenministers Russlands, Igor Iwanow, der „als Autor und als Garant des Kompromisses zwischen Schewardnadse und dessen Gegnern aufgetreten ist“. Die staatliche Zukunft Georgiens sei weiterhin ungewiss. „Die jetzigen Machthaber sind noch imperialer als die vorherigen und die autonomen Republiken werden in dieser Situation noch entschlossener ein Leben ohne Tiflis anstreben“, erläuterte der Politologe. (lr)

WEDOMOSTI, russ., 24.11.2003, Igor Fedjugin

(...) Experten gehen davon aus, dass die aktive Rolle des russischen Außenministers bei den Ereignissen am Sonntag (23.11.) Moskau mehr Einfluss im postrevolutionären Georgien geben wird. Aber Sergej Karaganow, der Vorsitzende des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, geht davon aus, dass die politischen Prozesse in Georgien von niemandem kontrolliert werden können, dass es Russland und auch den USA schwer fallen wird, diese zu beeinflussen. „Die Vorbereitung Machtübergabe im Land ist lediglich die erste Etappe. Es muss eine komplexe Lösung der Probleme Georgiens gefunden werden, was riesige Ressourcen und politischen Willen erfordern wird“, so Karaganow. „Im Fall Georgien

haben wir es mit dem klassischen Beispiel eines Staates zu tun, der eigentlich keiner war“  
(lr)

### **Igor Iwanow nach Gesprächen in Adscharien wenig optimistisch**

**Tiflis, 24.11.2003, CIVIL.GE, russ.**

Der Außenminister der Russischen Föderation, Igor Iwanow, hat seinen Besuch in Batumi beendet und ist nach Moskau abgereist. Vor seiner Abreise aus der Hauptstadt der autonomen Republik Adscharien sprach Igor Iwanow vor Journalisten über sein Gespräch mit dem adscharischen Führer Aslan Abaschidse: „Wir haben Gedanken über die Situation in Georgien ausgetauscht. Aslan Abaschidse zeigte sich über den überstürzten Rücktritt von Präsident Schewardnadse empört und erklärte, dass dies der politischen Stabilität nicht dienlich sein werde. Das Wichtigste ist jetzt, dass es nicht zum Blutvergießen kommt“, sagte Igor Iwanow.

Der Außenminister nimmt bislang zu einer möglichen weiteren Entwicklung der Ereignisse in Georgien keine Stellung. Er erklärte lediglich, es falle schwer, optimistisch über die weiteren Ereignisse zu sprechen.

Igor Iwanow traf am späten Abend des 23. November in Tiflis ein, wo er fast die ganze Nacht und den ganzen Tag über mit Präsident Schewardnadse und den Führern der vereinigten Opposition verhandelt hatte. Er sprach sich dabei für eine friedliche Lösung der komplizierten politischen Lage im Lande aus und erklärte, dass Russland nicht beabsichtige, sich in die inneren Angelegenheiten Georgiens einzumischen. Später reiste Igor Iwanow in die Hauptstadt Adschariens, wo er sich mit dem Führer der autonomen Republik, Aslan Abaschidse, getroffen hatte. (MO)

### **„Noch musste dieser Hebel nicht eingesetzt werden“ - Georgien weiterhin von russischen Energielieferungen abhängig**

**Moskau, 25.11.2003, ISWESTIJA, russ., Maksim Jusin, nach Pressedienst des Präsidenten der Russischen Föderation**

(...) Keiner in Georgien hat bisher Russland darum gebeten – jedenfalls nicht öffentlich – die Schuldenzahlungen aufzuschieben. Schade. Schließlich hängt von Moskau, von dessen gutem Willen, die Versorgung von Tiflis mit Strom und Gas ab. Sollte Moskau die Lieferungen einstellen, wird sich die ganze Euphorie durch den Machtantritt der „Demokraten“ und den Sturz der „Schewardnadse-Diktatur“ legen. Schon in einigen Tagen und dunklen, kalten Nächten.

Bei Notwendigkeit hat Russland jedes Recht, Georgien eine „Energieblockade“ anzudrohen. Bezahlen kann Tiflis die Energielieferungen im vollen Umfang nicht – die Schulden wachsen unerbittlich. Es gibt keine Hoffnung, dass die Georgier sie in absehbarer Zukunft bezahlen könnten. Und das bedeutet, dass Russland einen wirksamen Hebel hat, auf die neuen Machthaber in Tiflis einzuwirken. Einen Hebel, von dem es mit der Zeit Gebrauch machen könnte.

Noch war es nicht nötig, diesen Hebel einzusetzen. (...) Vielleicht wird das auch nicht nötig sein. Alles wird davon abhängen, wie umsichtig, ausgewogen und respektvoll Micheil Saakaschwili, Surab Schwanija und Nino Burdschanadse sich gegenüber Russland verhalten werden, ob sie die Interessen des Kreml berücksichtigen, dessen Empfehlungen folgen werden. (...)

*Auf wen wird Russland bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen setzen?*

Micheil Saakaschwili ist als Person für Russland absolut nicht annehmbar. Schwanija und Burdschanadse sind das geringere Übel. Es könnte dazu kommen, dass der Kreml wegen Mangels an anderen Kandidaten gezwungen sein wird, eben auf dieses Gespann zu setzen.

Obwohl auch eine andere Variante nicht ausgeschlossen ist. Auch in den 45 Tagen, die noch bis zu den Wahlen bleiben, könnte ein völlig neuer Kandidat auftauchen, der sowohl von den gemäßigten Oppositionellen als auch den Anhängern des gestürzten Präsidenten unterstützt werden könnte. Das muss ein Mensch sein, dessen Ansehen makellos ist, der allen politischen Kräften gegenüber gleich gesinnt ist.

Einer der Anwärter für diese Rolle, dessen Name von ganz verschiedenen Gesprächspartnern in Tiflis genannt wird, ist der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Lado Tschanturija. Er ist 40 Jahre alt, hat in Moskau studiert, einige Jahre lang in Deutschland gearbeitet. Seit vier Jahren steht er an der Spitze des Obersten Gerichts, welches er in eines der wenigen effektiv arbeitenden Organe Georgiens verwandelt hat. Tschanturija wird für einen Pragmatiker gehalten, der, sollte er an die Macht kommen, imstande sein wird, die Beziehungen zum Westen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig eine gemeinsame Sprache mit Moskau zu finden. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass auch die „Kapitäne des georgischen Business“, die im Amt des Präsidenten keinen Radikalnationalisten, sondern eine gemäßigte und berechenbare Person sehen möchten, bereit sind, Tschanturija zu unterstützen.

Die Frage ist nur, ob die gestrigen Oppositionellen, die die Macht erobert haben, es einer anderen politischen Figur erlauben werden, „in Gang zu kommen“. (...) (lr)

**Russischer Politologe Aleksandr Zipko: Für Russland sind die „Demokratie-Erstürmer“ schlimmer als Schewardnadse**

**Moskau, 24.11.2003, NOWYJE ISWESTIJA, russ., Irina Aleksidse**

*Frage:* Aleksandr Sergejewitsch, welche Auswirkung werden Ihrer Meinung nach die Ereignisse in Georgien auf die Lage in der Kaukasischen Region insgesamt haben?

*Antwort:* Alles, was dort vor sich geht, ist irgendwie negativ angehaucht. Sollte die verspätete revolutionäre Demokratie an die Macht kommen, könnte das zum Zerfall Georgiens führen. Dann werden Südossetien und Abchasien für immer und ewig Georgien verlassen. Das Gefährlichste ist jedoch, dass der Präsident Adschariens, Aslan Abaschidse, nicht mit der neuen Führung Georgiens zusammenarbeiten wird. (...) Die Aggressivität der neuen Machthaber zeugt davon, dass es keine legitimen Gründe für einen Umsturz gegeben hat. Deshalb dürfen die Anhänger von Saakaschwili und Burdschanadse nicht als echte Demokraten bezeichnet werden, sondern als Demokratie-Erstürmer. Diese Demokratie-Erstürmer sind für Russland sogar schlimmer als Eduard Schewardnadse.

*Frage:* Wie werden sich die Beziehungen des neuen Georgiens zu den benachbarten Staaten Armenien, Aserbaidshan und Russland entwickeln?

*Antwort:* Die neuen georgischen Machthaber stehen in Opposition zu diesen Staaten. Dabei beginnt sich doch gerade jetzt das Verhältnis zwischen dem Transkaukasus und Russland zu verbessern. In der letzten Zeit hat auch Schewardnadse diese Position vertreten. Aber die jetzigen Demokratie-Erstürmer, die hauptsächlich die Intellektuellen von Tiflis vertreten und keine Unterstützung bei der übrigen Bevölkerung finden, werden das Land in die Isolation führen. Es wird ein Regime auftauchen, dass in Konfrontation zu allen Nachbarstaaten Georgiens stehen wird. Unsere Truppen in Georgien dürfen sich jedoch nicht in diesen Prozess einmischen. Russland muss seine Kontrolle über Abchasien, Südossetien und Adscharien verstärken, um sich außer Gefahr zu bringen.

*Frage:* Heißt das, dass Russland den Zerfall Georgiens beschleunigen sollte?

*Antwort:* Ja. Sollte Georgien sich feindlich gegenüber Russland zeigen, wird uns keine andere Wahl bleiben. (...) (lr)

**„Moskau hätte sich mit jedem abfinden können, aber nicht mit Saakaschwili“ – Die Verhandlungen zwischen Moskau und Adscharien sind die erste Warnung an den „neuen Präsidenten“**

**Moskau, 27.11.2003, ISWESTIJA, russ., Maksim Jussin**

(...) Das Präsidentenamt ist entgegen den Empfehlungen Moskaus praktisch an Saakaschwili übertragen worden (in Georgien zweifelt niemand daran, dass er es sein wird, der bei den Wahlen am 4. Januar siegen wird). Russland hätte sich mit jeder anderen Variante abfinden können – auch mit der von ihrer Umgebung abhängigen, aber durchaus zurechnungsfähigen Nino Burdschanadse, auch mit dem schlaun, hinterlistigen, aber vorsichtigen und berechenbaren Surab Schwanija. Aber nur nicht mit Saakaschwili – einem Menschen, an dessen psychischem Gleichgewicht sogar die eigenen Anhänger zweifeln.

Es gab bereits einen Präzedenzfall – Swiad Gamsachurdia. Ebenfalls ein Nationalist, ebenfalls russophob, ebenfalls anfänglich sehr angesehen. Und auch, wie Leute sagen, die ihn kannten, „nicht ganz zuverlässig“. Die Folgen der Regentschaft dieser Person löffeln Georgien und dessen Nachbarn bis heute aus. Seine Herrschaft war es, unter der ein Krieg begann – der in Südossetien – und die Voraussetzungen für einen anderen – in Abchasien – geschaffen wurden. Zu seiner Zeit war es, da die Beziehungen zu Moskau hoffnungslos verdorben wurden und die georgische Wirtschaft zu zerfallen begann.

Wir könnten natürlich so tun, als hätten wir das vergessen. Uns zwingen, Saakaschwili wie einen gewöhnlichen Politiker aufzunehmen, der mit Swiad nichts gemeinsam hat. Uns bemühen, die Beziehungen zu ihm „bei Null“ anzufangen. Seine Äußerungen gegenüber Russland, die von Hass und Verachtung erfüllt sind, aus dem Gedächtnis verdrängen. Die Augen vor der nationalistischen Ideologie seiner „Einheitlichen Nationalbewegung“ schließen. Sich einer Selbsthypnose unterziehen.

All das könnte man tun. Aber wozu? Damit uns in einigen Wochen (Monaten?) nach dem 4. Januar „die Schuppen von den Augen fallen“? Denn Präsident Saakaschwili wird sowieso sein echtes Wesen zeigen. Es ist besser, sich im Voraus darauf vorzubereiten. Und es ist

besser, wenn der „neue Gamsachurdia“ bereits heute weiß, wo die Grenze verläuft, die er unter keinen Umständen überschreiten sollte.

Moskau gibt mit den Verhandlungen mit Abaschidse über „die Erleichterung der Visumsregelungen“ zu verstehen: Adscharien ist eine Zone unserer besonderen Interessen. Russland wird Saakaschwili nicht erlauben, strittige Fragen mit dieser Autonomie mit Gewalt zu lösen. Lediglich auf dem Verhandlungsweg. Und nur unter Berücksichtigung unserer Interessen.

Adscharien ist ein Hebel, mit dem sogar auf einen so eigenartigen und eigensinnigen Politiker wie Micheil Saakaschwili effektiv eingewirkt werden kann. Aus vielen Gründen. Eben über Batumi wird ein Teil des Erdöls exportiert, das aus den Erdöllagern bei Baku stammt. Adscharien ist das wichtigste „Tor“ zur Türkei, die Wirtschaft der autonomen Republik entwickelt sich am dynamischsten und außerdem ist gerade Adscharien nach dem Verlust Abchasiens für die Georgier zum wichtigsten Erholungsgebiet geworden. Ob Tiflis auch weiterhin mit den „adscharischen Trümpfen“ rechnen kann, hängt vom guten Willen Aslan Abaschidses ab.

Und natürlich dem guten Willen Moskaus. (...) (lr)

### **„Nur eine Föderalisierung des Landes kann Georgien retten“ - Denkt Moskau über den Anschluss von Abchasien und Südossetien an die Russische Föderation nach?**

**Moskau, 27.11.2003, NESAWISSIMAJA GASETA, russ., Jelena Bajkowa, Anatolij Gordijenko**

Russland könnte seine Haltung gegenüber den Bitten Abchasiens und Südossetiens um die Aufnahme dieser nicht anerkannten Republiken in die Russischen Föderation überdenken. Das bestätigte eine gut informierte Quelle des Außenministeriums der „Nesawissimaja gaseta“. „Das ist nicht unmöglich: Abchasien und Ossetien haben mehrmals diesen Vorschlag gemacht. Die Situation in Georgien hat sich verändert. Unveränderlich bleiben jedoch die Prinzipien des internationalen Rechts, die diplomatischen Normen, die befolgt werden müssen. Ich kann vorläufig nichts Konkretes sagen.“

Zur Erinnerung: In Moskau ist heute ein dreiseitiges Treffen der Führung aller georgischen Autonomien, sowohl der ehemaligen – Abchasien und Südossetien, als auch Adschariens, das vorläufig noch unter der Jurisdiktion der Machthaber in Tiflis steht, vorgesehen. Der „Nesawissimaja gaseta“ vorliegenden Informationen zufolge sind der abchasische Premier Raul Chadschimba, der südossetische Präsident Eduard Kokojta und der adscharische Präsident Aslan Abaschidse auf Einladung des russischen Außenministers Igor Iwanow in Moskau eingetroffen. Die Information, dass die oberste außenpolitische Behörde Russlands das Treffen der Führung der georgischen Autonomien in Moskau initiierte, wurde der „Nesawissimaja gaseta“ auch von einer dem russischen Außenministerium nahe stehenden Quelle bestätigt. Aber, präzisierte sie, „auf der jetzigen Etappe tritt Russland lediglich als Beobachter der dreiseitigen Konsultationen zwischen der Führung der georgischen Autonomien auf. Um keine andere Rolle (auch nicht um eine Vermittlungsmission) Russlands geht es derzeit“, so die Quelle. „Wir sind der Ansicht, dass die Führung Abchasiens, Südossetiens und Adschariens beim Treffen in Moskau selbständig die Situation in Georgien einschätzen und eine gemeinsame Meinung darüber erarbeiten muss, wie gefährlich sie ihrer



Ansicht nach sein kann und welche Schritte in diesem Zusammenhang unternommen werden müssen“, hieß es weiter.

Die Treffen von Abaschidse, Kokojta und Chadschimba beschränken sich nicht auf das russische Außenministerium. So ist der Präsident Adschariens bereits gestern (26.11.) mit dem russischen Premierminister Kassjanow übereingekommen, die Visumsregelungen mit Russland zu erleichtern. Und Aslan Abaschidse sagte gestern bei einem Treffen mit Journalisten, sollten sich die Beziehungen zwischen Batumi und Tiflis negativ entwickeln, so rechne er mit den Militärangehörigen der 12. russischen Militärbasis, die in der Hauptstadt der Autonomie stationiert seien. (...)

„Die russische Seite ist einfach verpflichtet, Kontakt zur Führung der georgischen Autonomien aufzunehmen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für GUS-Angelegenheiten der Staatsduma der Russischen Föderation, Wjatscheslaw Irgunow, in einem Interview für die „Nesawissimaja gaseta“. Das Wichtigste bei den Verhandlungen „wird die Suche nach irgendeinem Kompromiss sein, der in erster Linie die territoriale Integrität Georgiens gewährleistet“. Womöglich müssten zu diesem Zweck wesentliche Änderungen an der georgischen Verfassung vorgenommen werden, die die Föderalisierung dieses Landes vorsehen, womöglich müsste auch eine georgische Konföderation gebildet werden, in der Adscharien, Abchasien und Südossetien über breite Vollmachten verfügen werden.

In Tiflis spricht man unterdessen bereits von einer möglichen Änderung des Staatsaufbaus. Wie der stellvertretende Vorsitzende des georgischen Parlaments und Sondervertreter des Staatsoberhauptes für die Beilegung des georgisch-ossetischen Konfliktes, Wachtang Rtscheulischwili, in einem Interview für die „Nesawissimaja gaseta“ sagte, werde Adscharien, ungeachtet der in den letzten Tagen in Tiflis zu beobachtenden Hysterie, sich nie von Georgien loslösen. Um so mehr versucht Aslan Abaschidse bei den Treffen in Moskau die Führung Abchasiens und Südossetiens zu überzeugen, dass unter dem Protektorat Russland, unter dessen aktiven Vermittlung und festen Garantien Verhandlungen über die Bildung eines föderativen oder sogar konföderativen Staates in Georgien aufgenommen werden könnten“, so der georgische Parlamentarier. (lr)

## **Georgien bittet Russland um Stundung von Schulden**

**Tiflis, 28.11.2003, SWOBODNAJA GRUSIJA, russ.**

Die Führung Georgiens "hat sich an Russland mit der Bitte gewandt, die ausstehenden Schulden im Energiebereich zu stunden", das teilte die amtierende Präsidentin des Landes Nino Burdschanadse mit. Sie äußerte die Hoffnung, Russland werde "angesichts der letzten Ereignisse in Georgien" Verständnis für diese Bitte zeigen. In einem Gespräch mit Journalisten sagte sie, damit es im Winter in Georgien keine Energieprobleme gibt, müssten die Brennstoffreserven ergänzt werden. Die USA und die Europäische Union haben nach ihren Worten bereits die Bereitschaft bekundet, Georgien bei der Energieversorgung finanziell zu unterstützen. Sie habe sich bereits bei allen ausländischen Partnern bedankt, die für die Probleme in Georgien Verständnis zeigten.

Staatsminister Surab Schwanija teilte mit, er habe vor einigen Tagen mit dem Außenminister der Russischen Föderation Igor Iwanow telefoniert und um "Sonderhilfe im Energiesektor" gebeten, meldet ITAR-TASS. (TS)

## **„Wir betrachten Abchasien als Teil Georgiens“ - Außenminister Russlands Igor Iwanow zur Lage in Georgien und den russisch-georgischen Beziehungen**

**Moskau, 29.11.2003, WEBSEITE DES AUSSENMINISTERIUMS DER RUSSISCHEN FÖDERATION, russ.**

*Frage:* Vor Russland stehen, was Georgien betrifft, zwei einander ausschließende Aufgaben: Einerseits den Zerfall des Landes verhindern und andererseits unsere Freunde – Adscharien, Abchasien und Südossetien – nicht im Stich lassen. Wie will Russland diese Ziele erreichen?

*Antwort:* Ich bin nicht der Meinung, dass das zwei einander ausschließende Aufgaben sind. Die Stabilität in Adscharien, Abchasien und Südossetien muss zur Verbesserung der Lage in Georgien beitragen und nicht zum Gegenteil. Ich glaube, dass sich heute kein vernünftig denkender Politiker eine andere Aufgabe stellt.

Das Hauptziel Russlands besteht darin, zur Stabilisierung der Lage in Georgien auf der Grundlage der Verfassung und des Gesetzes beizutragen. Wir haben Freunde nicht nur in Abchasien, Adscharien und Ossetien. Wir haben viele Freunde auch in anderen Regionen Georgiens. Wie der Präsident Russlands Wladimir Wladimirowitsch Putin erklärt hat, ist das georgische Volk ein mit uns befreundetes Volk. Es darf nicht in Regionen eingeteilt werden. Wird Georgien stabil sein, wird es leichter, sowohl das Problem mit Abchasien als auch mit Südossetien zu lösen. Wird die Situation sich zuspitzen, den Rechtsrahmen sprengen, wird es schwieriger, diese Probleme zu lösen. Natürlich herrscht in Abchasien, Südossetien und Adscharien Besorgnis wegen der Ereignisse in Tiflis. Sie befürchten, dass bestimmte destabilisierende Elemente auf ihr Territorium vordringen und die Situation noch erschweren könnten. Eben deshalb versuchen die georgischen Autonomien, sich gemeinsam davor zu schützen, dass die Situation, die sich heute entwickelt, nicht auf sie übergreift.

*Frage:* Abchasien ist ein Teil Georgiens, dabei sind jedoch die meisten Einwohner dieser Republik Bürger der Russischen Föderation. Wie will Russland dieses Problem lösen?

*Antwort:* Wir betrachten Abchasien als Teil Georgiens. Was die dort lebenden Bürger Russlands betrifft, so besteht unsere Aufgabe wie auch in anderen Ländern natürlich darin, sie maximal zu unterstützen und nicht zuzulassen, dass deren Rechte verletzt werden. Auf diese Weise gehen wir auch in Turkmenistan und anderen Staaten vor. Irgendwo klappt das besser, irgendwo schlechter. Aber in Abchasien werden wir natürlich den russischen Bürgern alle notwendige Unterstützung leisten, kontrollieren, dass deren Rechte eingehalten werden.

*Frage:* Adscharien hat erklärt, es wolle die Wahlen boykottieren. Ist das vom Standpunkt Russlands her gerechtfertigt?

*Antwort:* Werden die Wahlen im Rahmen der Gesetzlichkeit abgehalten, wird Transparenz und Demokratie garantiert, so haben wir eine Situation. Sollte es dieses Vertrauen seitens der Wähler gegenüber den Wahlen nicht geben, so wird sich Adscharien nach der Zweckmäßigkeit der Teilnahme an solchen Wahlen fragen.

*Frage:* Wie wird sich Russland verhalten, wenn die neue Führung Georgiens versuchen sollte, das Problem Abchasien durch Gewalt zu lösen?

*Antwort:* Wir haben mehrmals gesagt und auch die Ereignisse selbst haben gezeigt, dass durch Gewalt das Problem weder in Georgien, noch in anderen Ländern gelöst werden kann, wo es regionale Probleme gibt. Ich glaube, dass die Politiker in Georgien, die an der Stabilität und territorialen Integrität ihres Staates interessiert sind, verstehen müssen, dass solche Probleme lediglich auf politischem Wege gelöst werden können. Versuche, von Gewalt Gebrauch zu machen, werden nicht nur das Problem nicht lösen, sie könnten auch tatsächlich eine Gefahr für die territoriale Integrität Georgiens darstellen. Ich glaube, die in Tiflis müssen das begreifen. (lr)